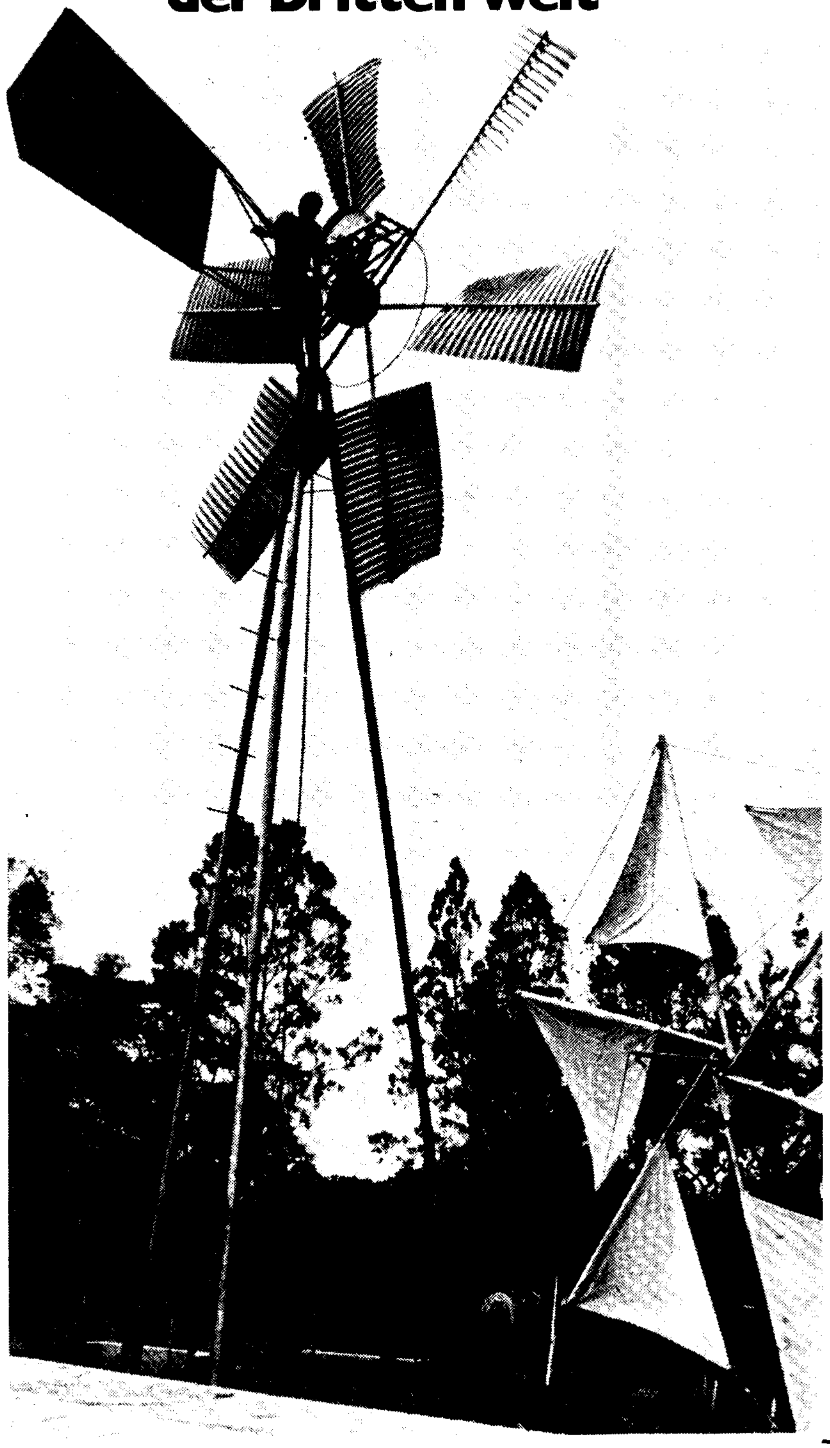
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Energieversorgung der Dritten Welt

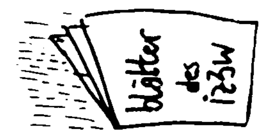


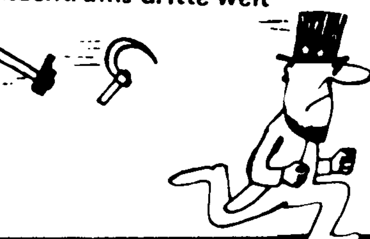
Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

Nr. 70 Juni 1978 DM 2.50

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt





herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761/74003.
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12, 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Benedict Fehr, Eberhard Gohl, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Klaus Jährling, Hartmut Jung, Clemens Jürgenmayer, Uli Kieser, Betinna Kocher, Thomas Marx, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Zaire

Zum Verlauf des Konflikts im Mai

Die Besetzung der zairischen Stadt Kolwesi (Shaba-Provinz) durch Truppen der Befreiungsbewegung FNLC („Front National de Liberation du Congo" = Nationale Front zur Befreiung des Kongo) und die Reaktion durch französisch-belgischen Militäreinsatz haben dem zairischen Widerstand schlagartig erneute Publizität verschafft. Wir wollen an dieser Stelle nur versuchen, den Ablauf der Ereignisse chronologisch darzustellen und durch die Schilderung der uns vorliegenden Informationen eine Gegenposition zu der mit Halb- und Unwahrheiten gespickten Berichterstattung in der westdeutschen Presse schaffen. Eine ausführliche Hintergrundinformation über den Stand der zairischen Opposition und die Rolle ausländischer Interessen (Frankreich, Belgien, USA, BRD, UdSSR, VR China) muß einem späteren Artikel vorbehalten bleiben. Wir können in diesem Zusammenhang nur auf vorangegangene Berichte (Heft Nr. 61, 66, 69) verweisen.

Red.

Die jüngsten Ereignisse in der zairischen Kupferprovinz Shaba erscheinen verwirrend. Zwar wurde in liberalen Zeitungen berichtet, daß die Rebellion der FNLC sich gegen eine völlig korrupte Diktatur richtete, dennoch vertraten sie die Einstellung, daß die westlichen Interessen eine energische Aktion zur politischen und ökonomischen Rettung des Mobuto-Regimes gebieten würden. Vordergründig wurde die französisch-belgische Militäraktion mit der Bedrohung der ansässigen Bevölkerung gerechtfertigt. Zur zusätzlichen Legitimierung mußten erneut die machtgierigen Potentaten aus Kuba, der Sowjetunion und der DDR, als die eigentlichen Drahtzieher der überall in Afrika aufbrechenden Unruhe, herhalten.
Doch was geschah in Kolwesi in dieser von „Blut und Terror" geschwängerten Zeit seit dem 13. Mai 1978 wirklich?

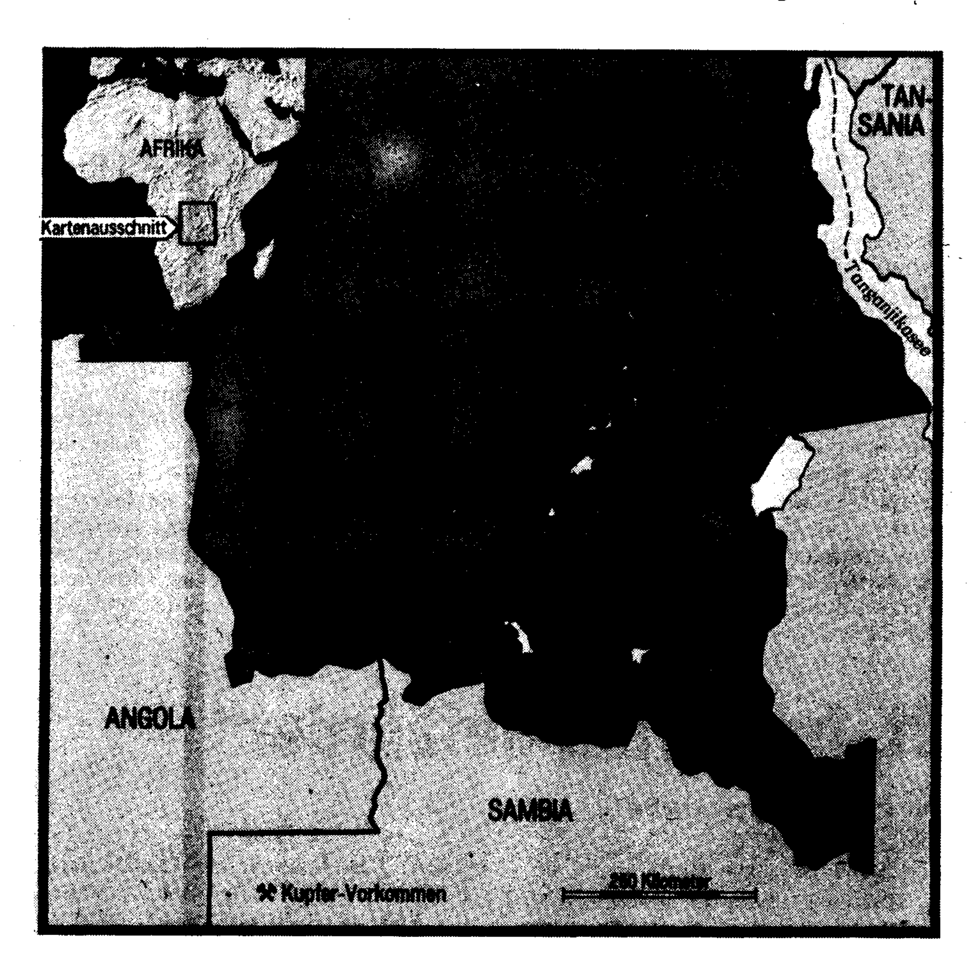
13. Mai: die Kämpfer der FNLC besetzen nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan sämtliche Schlüsselstellungen Kolwezis, einschließlich des Flughafens. Kolwezi ist das Bergbauzentrum der Provinz Shaba und damit das ökonomische Herz Zaires. Die Aktion ist nach 2 Stunden weitgehend abgeschlossen und trifft durch ihren Überraschungseffekt nur auf geringen Widerstand der zairischen Garnison und ihrer europäischen Militärberater. Zur Zeit des Angriffs befinden sich in Kolwezi ca. 1700 Belgier, 400 Franzosen und 100 Amerikaner.
Bei großen Teilen der einheimischen Bevölkerung treffen die Aufständischen sofort auf große Sympathien. Nach Einnahme der zairischen Kasernen können sich die disziplinierten und gut organisierten, aber schlecht ausgerüsteten FNLC-Kämpfer reichlich mit Waffen aller Art versorgen.

14. Mai: Der zairische Außenminister appelliert an die Hilfe der USA, Frankreichs, Belgiens, Marokkos und der VR China „gegen die neue Invasion, die" – wie er behauptet – „unterstützt wird von den Russen, Kubanern und zwei Staaten Nordafrikas: Algerien und Libyen."

15. Mai: Die FNLC schickt eine Botschaft ans belgische Außenministerium, in der sie sich bereit erklärt, in Kolwezi Delegationen der Staaten zu empfangen, deren Staatsbürger sich in der Stadt aufhalten. Nach ihrem Vorschlag soll dabei – in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz – die Ausreise derjenigen Weißen organisiert werden, die das Land zu verlassen wünschen. Dieses Angebot bleibt ohne jegliche Antwort, sieht man von der couragierten, aber letztlich einflußlosen Haltung des sozialistischen belgischen Außenministeriums Simonet ab, der sich jedoch seinem bürgerlichen Koalitionspartner unter Führung Premierminister Tindemans unterordnen muß.

16. Mai: Bereits gegen 3 Uhr morgens springen in derNähe des außerhalb der Stadt gelegenen Flughafens, nach Beobachtung der FNLC, mehrheitlich aus Weißen (!) zusammengesetzte Spezialtruppen ab, während Mobutu über Radio die heroische Intervention von Elite-Einheiten zairischer Fallschirmspringer in Shaba verkündet. Ein erster Angriff von 30 französischen „Paras" auf den Flughafen wird von der FNLC zurückgeschlagen. Am gleichen Tag intensivieren sich die zairischen Bombardements mit Mirage-Kampfflugzeugen, die zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern.

17. Mai: Ein zweiter Angriff französischer Fallschirmspringer auf Kolwezi wird von der FNLC abgewehrt. Dabei kommt es zu Opfern unter der weißen Zivilbevölkerung, da die Paras besonders in den Villen Deckung suchen, in denen sich Europäer zusammengeschlossen haben.
An den Plünderungen, die in der Stadt von Seiten der schwarzen Bevölkerung zunehmen, sind nach Angaben von Flüchtlingen in großem Maße auch die sehr schlecht bezahlten zairischen Truppen beteiligt, die die noch unter ihrem „Schutz" stehende weiße und schwarze Bevölkerung ausrauben.



Der französische Ministerrat erklärt währenddessen, daß er „die Bemühungen der Regierung Zaires und seines Präsidenten unterstützt und sich den Aktionen des Eindringens in Shaba widersetzt, um dort die Sicherheit wieder herzustellen".

18. Mai: Beim Kampf der FNLC um die letzte zairische Kaserne in Kolwezi kommen zahlreiche weiße Zivilisten ums Leben, die von den zairischen Truppen bewacht wurden und nun in panischer Flucht vor dem Angriff der Aufständischen mitten ins Kampfgeschehen geraten sind. Eine unbestimmte Zahl zairischer Soldaten wechselt die Fronten.
Ein Überlebender eines sogenannten Massakers der Rebellen an Weißen berichtet später: „32 weiße Frauen, Männer und Kinder wurden von den zairischen Truppen in einer Villa tagelang gefangen (!) gehalten und bekamen nichts zu essen und nur wenig Wasser für die Kinder. Sämtliche Kinder erkrankten. Unter dem Eindruck des FNLC-Angriffs auf die Kaserne sei ihnen die Flucht gelungen, wobei sie bis auf einen von den zairischen Truppen erschossen worden seien" (Le Monde 23.5.78). Die Gefangenschaft der Weißen sowie deren anschließende Ermordung durch zairische Truppen könnte erklärt werden als Versuch, der FNLC blutige Massaker an Europäern in die Schuhe zu schieben, um die westlichen Großmächte zum sofortigen militärischen Handeln gegen die FNLC zu zwingen.
Nach tagelangen, ständigen diplomatischen Kontakten treten spätestens am Donnerstag in Stuttgart (!) offizielle Vertreter aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, den USA und der BRD zusammen, um die gemeinsame Militärintervention Frankreichs und Belgiens in Shaba abzustimmen. Dabei zeigen sich zwei divergierende Konzepte der Krisenlösung in Zaire, die erst später – nach dem faktischen Ablauf der Aktion – harmonisiert werden. Der belgische Außenminister Simonet dringt auf eine strikt humanitäre Aktion unter Einschaltung des Roten Kreuzes zur Evakuierung der weißen Bevölkerung aus dem Kampfgebiet. Dabei will er alle friedlichen Mittel bis hin zur Verhandlung mit der FNLC ausschöpfen. Die Durchführung einer derartigen Rettungsaktion wird von Mobutu strikt abgelehnt.
Anders dagegen die französische Haltung, die kompromißlos allein auf Mobutu setzt und zusammen mit ihm auf einen militärischen Sieg über die FNLC und die Wiederherstellung der Ordnung dringt. Damit ist sicher auch beabsichtigt, Belgien mit der politischen Hilfe Mobutus sukzessive von seinem führenden Platz in der zairischen Ökonomie zu verdrängen.
Die amerikanische Haltung ist äußerst widersprüchlich. Während Präsident Carter eine zunehmend aggressivere Haltung gegenüber der Ausweitung des sowjetisch-kubanischen Einflusses in Afrika vertreten will, sind ihm seine Hände derzeit noch durch den Kongreß gebunden. Dessen tendenziell isolationistische Mehrheit hat sich nach dem Vietnamdebakel die Entscheidungsbefugnis über ausländische Militäroperationen erkämpft, Carter beschränkt sich deshalb in Shaba auf eine indirekte militärische Hilfe, indem er die französisch-belgische Aktion logistisch unterstützt.
Noch während diese Verhandlungen laufen, verlassen französische Einheiten des 2. Fallschirmspringer-Regiments (REP), das für Einsätze im Ausland eingerichtet wurde, ihre Basis in Korsika mit unbekanntem Ziel. Giscard d'Estaing rechtfertigt später offiziell seine eigenmächtige Entscheidung für den sofortigen französischen Großeinsatz mit dem Hinweis, daß ihm über Mobutus Geheimdienst ein (angeblicher) Befehl des FNLC-Chefs Mbunda zugeleitet worden sei, nach dem alle Weißen in Shaba ermordet und die technischen Einrichtungen der Provinz verwüstet werden sollten. Unter diesem – nach obiger Schilderung – äußerst zwielichten Vorwand, angeblich von den Rebellen bedrohte weiße Menschenleben zu retten, beginnt die internationale Großaktion zur Rettung der Mobutu-Diktatur:

19. Mai: Das beglische Radio meldet – offenbar immer noch in der Meinung, es handele sich um eine rein humanitäre und nicht politische Aktion – den genauen Zeitpunkt des in 2 Wellen vorgesehenen Absprungs von 800 französischen Fallschirmspringern über Kolwezi: 15 Uhr und 17 Uhr desselbigen Tages. Bei den Aufständischen bricht nach Augenzeugenberichten nach dieser Meldung Niedergeschlagenheit und Panik aus. Der Haß auf die Europäer, die – wie schon vor einem Jahr – als Retter der Mobutu-Diktatur auftreten, sowie auf die ansässige Mobutu-Klientel macht sich in der einheimischen Bevölkerung jetzt voll Luft: Das führt – nach bisherigen Berichten der westlichen Presse – zu Plünderungen großen Stils und zur Ermordung zahlreicher Frauen, Männer und Kinder. Nach Meinung von Flüchtlingen wäre es nicht zu Massakern gekommen, wenn die Ankunft der Paras nicht über Radio angekündigt worden wäre. Es zeigt sich, daß die Aktion Frankreichs im Grunde keine Menschenleben gerettet, sondern vielmehr erst deren Opferung provoziert hat. Das eignet sich propagandistisch im Nachhinein natürlich glänzend als humanitäre Rechtfertigung für die Notwendigkeit des Angriffs auf Kolwezi.
Die französischen Soldaten leisten „ganze Arbeit und fragten nicht lange, ob jemand Rebell oder Unbeteiligter sei." (Die Zeit, 26.5.78).
Flüchtlinge berichten später ebenfalls, über parallele kaltblütige Massaker und wilde Plünderungen von Seiten zairischer Truppen.
Ein Zeuge, R. Korczak, berichtet über ein Massaker zairischer Truppen an etwa 30 Personen in einem Haus des Bergwerksviertels: „Die Soldaten Mobutus haben diese Menschen gesucht, um sie zum Flughafen zu evakuieren; dann haben sie sie in ein Haus gefahren und dort abgeschlachtet. Nur 2 konnten dabei entkommen. Man hat von Massakern gesprochen, tatsächlich wurden sie nur von der zairischen Armee begangen. Wir hatten mehr Angst vor dieser Armee als vor den Aufständischen, die sich in meinem Viertel sehr korrekt und diszipliniert verhalten haben. Die Armee Mobutus hat uns Lösegeld abgepreßt und unsere Häuser geplündert. Ich habe zairische Soldaten gesehen, die sich um das Gepäck von Europäern stritten. Sie waren mehr damit beschäftigt, uns zu plündern als zu kämpfen." (Le Monde, 23.5.78).
Zahlreiche Flüchtlinge bestätigten später, daß die zairische Armee nicht zögerte, mit automatischen Waffen oder Mörsern gegen die Häuser der Europäer zu schießen. R. Korczak findet für die Plünderungen eine einfache Erklärung: „Die zairischen Soldaten sich sehr schlecht bezahlt und lieben es sehr zu trinken. Es mangelt ihnen daher an Geld." (Le Monde, 23.5.78).
Der italienische Ingenieur M. Postorini antwortet auf die Frage, ob die zairischen Soldaten an der Seite der französischen Paras gekämpft hätten: „Hören Sie – Verzeihung – aber ich fand das zum Kotzen: die zairischen Soldaten – wenn man sie überhaupt Soldaten nennen kann – haben die gleichen Flugzeuge genommen wie wir, um Kolwezi zu verlassen'(Le Monde, 23.5.78).

20. Mai: Auf dem Flughafen von Kolwezi landen die großen Transportmaschinen der belgischen Armee mit 1800 belgischen Soldaten. Die belgische Regierung stellt sofort klar, daß es sich nicht um eine französisch-belgische Gemeinschaftsaktion handelt: „Es gab keine, es gibt keine und es wird keine kombinierte französisch-belgischen Operationen geben." Simonet präzisiert weiter: „Die französische Regierung hat uns sehr schnell wissen lassen, daß sie mit einer Perspektive intervenierte, die teilweise unterschiedlich von unserer war. Sie hatte gleichermaßen ein humanitäres Interesse, aber sie hatte darüber hinaus die politische Perspektive, die Ordnung in einem afrikanischen Land wiederherzustellen, das dem Westen gewogen ist." (Le Monde, 25.5.78).

21. Mai: Über 1300 europäische Einwohner Kolwezis werden über eine Luftbrücke nach Brüssel bzw. Paris evakuiert.
Mobutu äußert seine Hoffnung, daß „die französischen Truppen noch einige Zeit in Zaire bleiben".

22. Mai: Die belgischen Truppen beginnen mit ihrem Abzug aus Kolwezi; lediglich 500 von ihnen bleiben in Kamina, einer Luftwaffenbasis im Norden Shabas, stationiert, um „die Sicherheit von einigen Hundert im Krisengebiet verbliebenen Belgiern während der Zeit der Unsicherheit zu garantieren."

23. Mai: Mobutu trifft in Paris auf der französisch-afrikanischen Konferenz ein, bei der sich fast ausschließlich die „gemäßigten", politisch und ökonomisch eng mit dem Westen verbundenen Regierungen Afrikas eingefunden haben. Mobutu befürwortet den französisch-belgischen Vorschlag, eine afrikanische Sicherheitstruppe mit logistischer Unterstützung der Europäer aufzustellen.

25. Mai: Die französischen Einheiten geben nach einwöchigem Einsatz aus Furcht vor der Verwicklung in einen verlustreichen Guerillakrieg die Verfolgung der Rebellen auf. Sie wollen sich nach Frankreich zurückziehen, wo nach anfänglichem Enthusiasmus die innenpolitische Unruhe erheblich zugenommen hat.

26. Mai: Als Ersatz für die Franzosen und zur Stärkung der zairischen Regierungstruppen treffen die ersten 100 Marokkaner in Shaba ein.
Nach Informationen des CIA waren an der Aktion keine kubanischen Truppen beteiligt, doch wird vermutet, daß Kubaner bei der Ausbildung von FNLC-Truppen geholfen hätten (Tagesspiegel, 26.5.78).
FNLC-Chef Mbunda erklärte dazu in der französischen Zeitschrift „afrique-asie": „Seit dem ersten Shaba-Krieg vom 8. März 1977 haben meine Truppen den Zaire nicht mehr verlassen und haben seit diesem Datum eine enthusiastische Volksunterstützung erhalten seitens einer Bevölkerung, die am Rand der Verzweiflung war. Die Truppen der FNLC haben sich seither versorgt auf Kosten der zairischen Armee. Was ihre Ausbildung betrifft ist sei einzig und allein das Werk kongolesischer Instrukteure. Es besteht bei uns keinerlei äußere Vereinnahmung, weder von sowjetischer noch von kubanischer, noch von irgend einer anderen Seite." (abgedruckt in Le Monde v. 25.5.78).
Über die nähere Zukunft äußert sich ein anderer FNLC-Sprecher: „Unsere Kämpfer ha-

ben sich aus Kolwezi zurückgezogen und haben praktisch keine Verluste erlitten. Sobald die belgischen und französischen Fallschirmspringer die Stadt verlassen haben werden – falls sie das tun, sind wir in der Lage, sie sehr schnell wieder zu erobern." (Le Monde, 23.5. 78).

Johannes Schweitzer

Malawi

Rückgang der Repression

Der südostafrikanische Kleinstaat Malawi, zeitweise in der westdeutschen Presse wegen seiner Unterdrückungspolitik verrufen, erfreut sich wieder offener Untersüttzung des Westens. Während Erhard Eppler sich strikt geweigert hatte, das Land zu betreten, stattete die ehemalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Marie Schlei, dem Land im Sommer 1977 einen offiziellen Besuch ab. Die BRD erhöhte ihre staatliche Entwicklungshilfeleistung von 7 Mio DM (1976) auf 27 Mio DM im Jahre 1977 (FR, 24.11.1977). Jahrelang war das Hauptziel der bundesdeutschen Hilfe ein Landwirtschaftsprojekt bei Salima am Malawi-See, wo die örtlichen Großbauern und die Parteijugend des Präsidenten gefördert werden sollten.
Der Malawische Diktator auf Lebenszeit Dr. Hastings Kamuzu Banda war erst 1958 nach vierzigjähriger Abwesenheit in das Land zurückgekehrt und übernahm rasch die Führung des antikolonialen Kampfes. Nach der Unabhängigkeit (1964) bootete er sämtliche politischen Mitstreiter, die sich ihm widersetzten, aus und wurde ein reicher Großgrundbesitzer. Als Staatschef hat er umfassende Herrschaftsgewalt und regiert das Land durch Terror. Berüchtigt sind vor allem die „Jungen Pioniere", die zusammen mit Polizei und Geheimdiensten ein, das ganze Land umfassendes, Spitzelsystem aufbauten. Zehntausende wurden Opfer von Verhaftungen und Morden. Selbst ganze Dorfgemeinschaften verschwanden aus nichtigem Anlaß in den Gefängnissen. Die sehr strenge Zensur sorgt dafür, daß wenig Informationen die Grenze überschreiten.

EINIGE STRUKTURDATEN ZU MALAWI

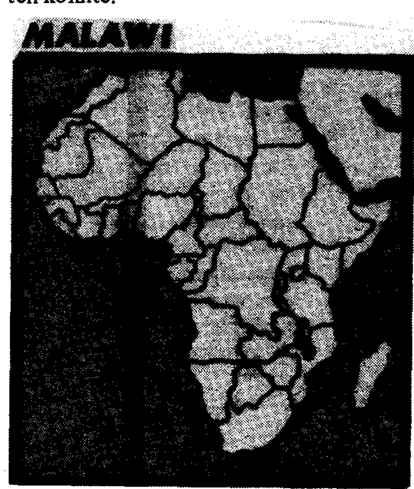
Fläche
118 484 qkm, davon 20 % Binnengewässer

Bevölkerung
5 180 000 Einwohner (1976), überwiegend Bantu-Stämme; 90 % leben auf dem Lande und etwa 60 % sind Analphabeten

Wirtschaft:
1/5 der Bevölkerung arbeitet in der Industrie, das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 150 $. Wichtigste Ausfuhrgüter sind Tee (15 - 20 %) und Tabak (bis 40 %), daneben Erdnüsse, Mais, Baumwolle.
Einfuhr: 205 Mio $ (1976), Ausfuhr: 157 Mio $ (1976).

(Quelle: Der Fischer Weltalmanach 1978)

Gewisse Repressionsmaßnahmen wie Kleiderordnungen oder die Durchsetzung puritanischer Moralvorstellungen sind aus der Person des Diktators zu erklären, der in der strengen Zucht schottischer Missionare aufgewachsen ist.
Im übrigen dient die wütende Suche der Repressionsorgane nach jeder echten ode eingebildeten Opposition (einschließlich der Zeugen Jehovas, die sich aus religiösen Gründen weigerten, Mitglieder der Regierungspartei zu werden) der Durchsetzung eines klar kapitalistischen Entwicklungskonzeptes. Die Einkommensunterschiede sind enorm und werden durch Dekrete abgesichert. Ein Beamter verdient etwa das fünffache des Einkommens kleiner Bauern und wird um das fünf- bis sechsfache durch das Einkommen technischer Experten übertroffen. Die Regierung fördert bewußt die wohlhabenderen Bauern, um eine landwirtschaftliche „Mittelschicht" zu bilden. Die Masse der Bevölkerung wird gezielt benachteiligt; so gibt es keine Schulpflicht, um ein Bildungsniveau zu vermeiden, das eine Landflucht einleiten könnte.



Mit dem bewußten Auf- und Ausbau einer Klassengesellschaft einher geht die Einladung an ausländische Kapitalgeber zu investieren. Der Kapitalverkehr unterliegt kaum Beschränkungen. Der „ehrenwerte Diktator" (The Citizen, Johannesburg, 1.11.77) hat durch die Erzeugung eines allgemeinen Repressionsklimas erreicht, daß es praktisch keine Korruption gibt. Die Effizienz der Verwertung investierten Auslandskapitals und die hohe Schuldenmoral in Malawi führten zu umfangreichen Investitionen der Weltbank, des Commonwealth Development Fund, Großbritanniens, Kanadas und Südafrikas. Der in Kapitalistenkreisen exzellente Ruf der malawischen Wirtschaft führte dazu, daß Malawi keine Schwierigkeiten hat, im In- oder Ausland Kredite aufzutreiben. Malawi hat sehr gute Beziehungen zu Südafrika und war ein guter Verbündeter Portugals und der BRD. Die veränderten Kräfteverhältnisse im Südlichen Afrika zwnagen Banda allerdings dazu, sich nicht mehr allzu offen mit den wißen Minderheitsregimes zu verbünden.
Der Wunsch seiner Geldgeber scheint es gewesen zu sein, Malawis Unterdrückungsapparat weniger auffällig zu machen und so ist seit Mitte 1976 eine Abnahme der Repression zu verzeichnen. So wurden etwa 1000 politische Gefangene freigelassen (amnesty international: Länderbericht über Malawi, Dezember 1977), einige besonders exponierte Schergen des Terrorregimes verloren ihre Posten.

Trotzdem hat sich nicht viel geändert. Weiterhin betreibt der Präsident zusammen mit seinen ausländischen Geldgebern das Land wie einen Privatbetrieb. Die „betriebswirtschaftlichen" Erfolge können die Vernachlässigung des Schul- und Gesundheitswesens nicht entschuldigen. Im Ausland reorganisiert sich die Opposition; die LESOMA (Liga für ein sozialistisches Malawi) bereitet den bewaffneten Befreiungskampf vor.

as

Eritrea

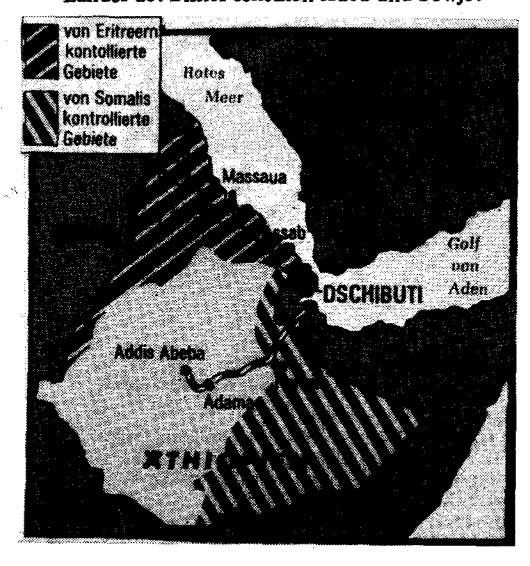
Wird Eritrea ein zweites Ogaden?

(vgl. „blätter" Nr. 66 v. Brief des sozialistischen Büros an Fidel Castro in dieser Nummer)

Ca. 100.000 äthiopische Soldaten in und um Eritrea stehen heute ca. 50.000 eritreischen Soldaten gegenüber, die aber von etwa 10.000 Mann Volksmiliz unterstützt werden (Schätzungen des Guardian/v. 24. 5. 78). Durch die Ausrüstung mit US-Waffen und jetzt mit sowjetischem Kriegsmaterial wird die Überlegenheit der Äthiopier erdrückend. Seit März, dem Abschluß des südlichen Sezesssionskrieges im Ogaden mit den Somalis, werden sowjetische Panzer in die eritreische Hauptstadt geflogen, eritreische Städte werden wieder bombardiert.

Der äthiopische Juntachef Mengistu leitete die Militäroffensive mit einer erneuten Propagandaoffensive gegen Eritrea ein: In der Rede zum 1. 5. dankte er Kuba für seine Hilfe, in einer späteren Rede nannte er noch die UdSSR und den Südjemen als Unterstützer seiner Politik und erweckte den Anschein einer breiten internationalen Unterstützung seiner Aktionen in Eritrea (Monitor Dienst 5. 5. 78). Doch scheint z.Zt. von diesen Ländern nur der Südjemen, der ursprünglich Eritrea gegen Haile Selassie unterstützt hatte, aktiv an den Kämpfen beteiligt zu sein und gegen Eritrea vorzugehen. Kuba scheint nur einen kleinen Teil seiner 17.000 Mann aus dem Ogaden nach Asmara verlegt zu haben, ohne diese Soldaten aber an den Kämpfen zu beteiligen (SZ 17. 5. 78).

Aus der DDR und der UDSSR sind wohl noch keine Soldaten nach Eritrea verlegt worden. Die Zukunft Eritreas hängt vom Verhalten der mit Äthiopien verbündeten sozialistischen Länder ab. Bisher scheinen Kuba und Sowjet-



OFFENER BRIEF

arbeitsgruppe sozialistisches büro
postfach 591, 6050 offenbach 4
hohe straße 28 (souterrain)
telefon 0611 - 83 25 93

Offenbach, 1. Juni 1978

Genosse Fidel Castro
c)o Botschaft der Republik Kuba
Kennedyallee 22-24

5300 Bonn-Bad Godesberg

Lieber Genosse Castro!

Die Invasion der äthiopischen Armee mit kubanischer und anderer ausländischer Unterstützung in das Gebiet von Eritrea hat uns sehr betroffen gemacht. Aus diesem Grunde wenden wir uns mit diesem Brief an Dich und die Öffentlichkeit, um unsere tiefe Besorgnis auszudrücken.

Das Sozialistische Büro ist eine politische Organisation, die sich aus der außerparlamentarischen und Studentenbewegung der 60er Jahre entwickelt hat. Für unsere Orientierung ist der lange Kampf der vietnamesischen Befreiungsfront von großer Bedeutung gewesen. Wir haben ihn viele Jahre mit unseren Möglichkeiten in der Bundesrepublik unterstützt. Von der vietnamesischen Befreiungsbewegung haben wir gelernt, wie wichtig der Zusammenhang zwischen den revolutionären Mitteln und den Möglichkeiten zur Erreichung sozialistischer Ziele ist. Die in Vietnam praktizierte Politik der „nationalen Versöhnung" ist für uns beredter Ausdruck für ein solches Verständnis und für eine langfristig angelegte, auf humane Ziele gerichtete politische Praxis.

Im Falle Eritrea befürchten wir, daß dort der Versuch unternommen wird, eine nationale und soziale Befreiungsbewegung mit sozialistisch-marxistischer Orientierung, die wie die vietnamesische Befreiungsfront vornehmlich auf der eigenen Stärke der bislang unterdrückten Klassen aufbaut, zerschlagen werden soll. Anders als in Vietnam sind daran aber nicht imperialistische Industriestaaten beteiligt, sondern Staaten, wie anscheinend auch Kuba, die den Anspruch erheben, sozialistische Politik auch im internationalen Maßstab zu verfolgen.

Der Kampf der verschiedenen eritreischen Befreiungsbewegungen hat seinen Ursprung in der kolonialistischen und von den USA gestützten Annektion Eritreas und der terroristischen Unterdrükkung seines Volkes durch die Feudalherrschaft des Kaisers Haile Selassie. Nach Beseitigung der Monarchie durch die vom Militär eingeleiteten revolutionäre Umwälzung in Äthiopien wurde die Unterdrückung jedoch nicht sofort beendet, sondern mit militärischen Mitteln fortgesetzt. In dieser Zeit konnte sich aus den rivalisierenden Strömungen die sozialistisch orientierte eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) als stärkste Kraft gegenüber den bürgerlich-nationalistischen Kräften durchsetzen. Sie konnte trotz der für sie notwendigen Hilfe von außen ihre Unabhängigkeit und damit auch ihre sozial-revolutionäre Handlungsfreiheit sichern. Dazu hat sie sich vor allem auf die eigenen Kräfte der bis dahin im Lande unterdrückten Klassen gestützt und viel getan, um deren revolutionäres Bewußtsein und ihre militärische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Praxis zu entwickeln. Deshalb kann sie eher als andere Kompromisse mit bürgerlichen oder reaktionären Kräften zu Lasten der ausgebeuteten Klassen vermeiden. Hierin liegt die Ursache ihrer Stärke, die sie nicht nur gegenüber äußerer Invasion, sondern auch gegenüber den autoritären, bürgerlich-nationalistischen Kräften der ELF zeigt. Da die EPLF die stärkste Kraft der Revolution und der sozialen Entwicklung ist, wird sich die Invasion äthiopischer Truppen mit ausländischer Hilfe notwendig besonders gegen sie auswirken müssen.

Der Angriff auf Eritrea wird von einem Regime in Äthiopien getragen, dessen dauerhafte Orientierung kaum einzuschätzen ist. Wir verkennen nicht die außerordentlichen Probleme, von denen eine revolutionäre, das feudale System stürzende Bewegung in diesem Land stand, das von tiefen Stammes- und Religionsunterschieden, die gleichzeitig zu sozialen Herrschaftsstrukturen geronnen waren, geprägt war. Wir sehen aber auch, daß die militärische Führungsgruppe Äthiopiens keine eindeutige Klassenbasis aufweist, sondern sich in terroristischer Weise in kleinbürgerlichen Fraktionskämpfen verstrickt. Die Erfahrungen, nicht nur aus anderen afrikanischen Ländern, zeigen, welch unbestimmtes Moment gesellschaftliche Entwicklung in solchen, weitgehend von Zwischenschichten geprägten Herrschaftssystemen liegt. So ist es für uns keineswegs auszumachen, daß die Regierung Mengistu als eine „national-demokratische" mit „sozialistischer Orientierung" gekennzeichnet werden kann. Viele solche Zwischenschichten-Regierungen in anderen Ländern haben – selbst nach Verstaatlichungen und Agrarreformen – die Interessen der Bauern und Arbeiter an der allseitigen Entwicklung des Landes zugunsten der Sicherung ihrer eigenen Privilegien unterdrückt. Hierzu waren sie oft genug bereit, ihr Land in erneute Abhängigkeit von alten Kolonial- und Imperialmächten zu bringen und dadurch eine nationale Entwicklung aufs Höchste zu gefährden. Das Beispiel Ägypten, früherer Paradefall für die sowjet-marxistische Theorie des „nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges", mag hier als Warnzeichen dienen.

Die Invasion in Eritrea soll nun von dem Argument gedeckt werden, daß zunächst die staatliche Einheit des Landes herzustellen sei. Erst dann könne Addis Abeba größere Flexibilität zeigen. Wir halten das Argument von der Priorität der staatlichen Einheit um jeden Preis für Marxisten für völlig unzulässig. Es vergißt, daß die Frage der staatlichen Einheit nicht absolut zu entscheiden, sondern im historischen und sozio-ökonomischen Zusammenhang zu sehen ist. Für sozialistische Bewegungen, die den Anspruch nach der Entfaltung einer freien und zutiefst demokratischen Gesellschaft stellen, kann staatliche Einheit verschiedener Völker nicht auf Unterwerfung einer revolutionären Bewegung durch die andere, sondern nur auf ihrer freiwilligen Kooperation beruhen. Der militärische Konflikt zwischen ihnen muß dagegen konterrevolutionärem Einfluß Tür und Tor öffnen. Konkret gesprochen: Durch die Invasion in Eritrea wird die EPLF in ihrem Klassenkampf gegenüber den national bürgerlichen Kräften geschwächt, und um Waffen zu erhalten, gegenüber äußeren Einflüssen verwundbarer.

Auf der anderen Seite wird der revolutionäre Prozeß in Äthiopien durch diesen Invasionskrieg notwendig zerstört werden. Nicht mehr die soziale Revolution, sondern die militärische Effiziens steht im Vordergrund. Sozialistische, kommunistische und gewerkschaftliche Opposition, die sich nicht strikt den nationalen Kriegszielen unterordnet, wird verstärkt Objekt der Repression werden. Die jüngste Verfolgung der Gewerkschaftsführung ist hierfür ein eindringliches Zeichen. Der Unterdrückungskrieg gegen den Widerstand eines ganzen Volkes muß die revolutionäre Moral Äthiopiens zerstören und eine sozialistische Orientierung aufs äußerste gefährden. Die Beihilfe hierzu von Staaten mit sozialistischem Anspruch muß den revolutionären Internationalismus aufs Schwerste treffen!

Wir ziehen als Schlußfolgerung: Mit der Invasion in Eritrea wird nicht nur die Gefahr der Zerschlagung einer selbständigen, sozialrevolutionären Bewegung zugunsten der Konterrevolution eingeleitet, sondern auch dem revolutionären Prozeß in Äthiopien, der von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklungschancen des armen Landes ist, selbst großer Schaden zugefügt. So wichtig auch die Hilfe Kubas für die MPLA in Angola gegen die Hilfskräfte der imperialistischen Staaten gewesen ist, so sehr wenden wir uns gegen sein Eingreifen auf Seiten der äthiopischen Regierung gegen die sozial-revolutionäre Bewegung in Eritrea. Wie will Kuba in diesem Jahr die Teilnehmer an den Weltjugendfestspielen unter den Bildern von Che Guevara begrüßen, wenn gleichzeitig kubanische Soldaten dazu beitragen, die Befreiungsbewegung in Eritrea zu bekämpfen?

Wir fordern Dich und alle kubanischen Genossen auf, die indirekte oder direkte kubanische Unterstützung für die Invasion in Eritrea sofort abzubrechen und eure Kräfte mit langem Atem für eine Verständigungslösung ohne Anwendung von Gewalt und Druck zwischen Äthiopien und den sozial-revolutionären Kräften in Eritrea einzusetzen. Nur so kann unermeßlicher Schaden für die Völker von Eritrea und Äthiopien und für die bestehenden Ansätze sozialistischer internationaler Solidarität abgewendet werden.

Mit solidarischem Gruß!
Sozialistisches Büro – Arbeitsausschuß
i.A. gez. Andreas Buro

union noch eine militärische Lösung der Eritreafrage abzulehnen bzw. eine eigene Teilnahme an den Militäraktionen noch auszuschließen, andererseits kann Äthiopien die Kämpfe mit sowjetischen Waffen und eventuell kubanischen Beratern durchführen.

Castro hat Ende April Mengistu in Kuba empfangen, er zeigte sich in seinen Reden als zuverlässiger Bundesgenosse der Äthiopier und forderte – zuungunsten der Eritreer? – die absolute Einheit und Integrität Äthiopiens (Monitor Dienst 28. 4. 78).

Diese zweideutige Politik Castros, der ursprünglich die Kämpfer der ELF in Kuba hat schulen lassen, wirkt sich natürlich auch ohne direktes militärisches Engagement zuungunsten der Befreiungsbewegungen aus. Die Befürchtung, Kuba könne doch auf äthiopischer Seite in die Kämpfe verwickelt sein oder demnächst werden, führte zu öffentlichen Appellen der italienischen, belgischen und französischen kommunistischen Parteien. L'Humanite verlangte auf der 1. Seite die Selbstbestimmung für Eritrea und die „Unita" forderte einen Verzicht Kubas auf Intervention (Guardian 31. 5. 78). „Eritrea is not the Ogaden".

sha

Ägypten

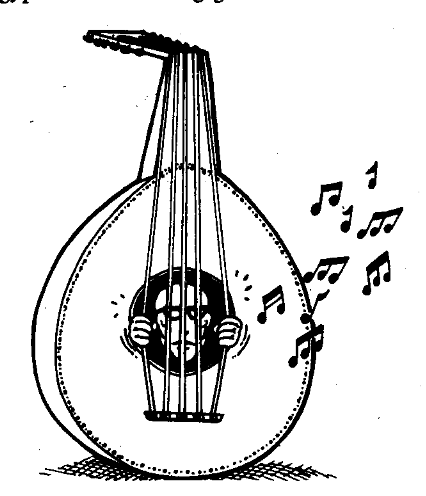
Repressionswelle gegen Sadat-Kritiker

Am 20.5.1978 ließ sich der ägyptische Präsident Sadat in einer Volksbefragung sechs Prinzipien „zum Schutz der inneren Front und des sozialen Friedens" von den Massen bestätigen. In diesem Katalog dessen, was in Zukunft im öffentlichen Leben Ägyptens verboten sein soll, findet sich praktisch jede Art von Opposition gegen Sadat und seine Linie. Wer gegen die göttlichen Gesetze und die Religion agitiert (also die Marxisten) oder wer bereits vor Nassers Machtübernahme 1952 am politischen Leben beteiligt war (die Herren von der neugegründeten, aber aus den Zeiten der Monarchie noch gut bekannten Wafd-Partei), soll ebenso den Mund halten müssen wie Journalisten, die „das ägyptische politische Leben pervertieren", indem sie „das Recht der Meinungsäußerung mißbrauchen" und die Schwierigkeiten, denen sich das Land gegenübersieht, dazu „ausbeuten", den Präsidenten zu kritisieren (LM, SZ 16.5. 78). Ebenso soll ausgeschaltet werden, wer vor 1971 zur Machtelite gehörte, also die eher pro-sowjetischen Teile der nasseristischen Führungsspitze, die Sadat bei seinem 'kalten Staatsstreich' nach Nassers Tod ausbooten konnte.
Tatsächlich wurden schon wenig später vom Generalstaatsanwalt über 60 Journalisten und vor allem linke intellektuelle auf eine Anklageliste gesetzt mit dem Vorwurf, ihr Land diffamiert zu haben. Darunter befindet sich Nassers und zu Anfang auch Sadats Berater und ehemalige Chefredakteur der Regierungszeitung Al-Ahram, Hassanein Heykal, der als Sprachrohr der Nasseristen und reformistischen Linken gilt. Weiter betroffen ist der Dichter und Liedermacher Fuad Negm, der erst kürzlich wegen politischer Lieder zu Gefängnis verurteilt, dann allerdings freigelassen worden ist (LM 30.5.78).

Der Führer der einzigen zugelassenen linken Partei, der Sammlung der national-fortschrittlichen Unionisten", Khaled Mohjeddien, verlor seine parlamentarische Immunität und wurde ebenfalls angeklagt. Ein anderer Abgeordneter dieser Partei, Abul Hariri, war schon vorher ohne Aufhebung seiner Immunität wegen „versuchter Störung der öffentlichen Ordnung" zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt worden, soll aber mittlerweile wieder auf freiem Fuß sein (LM 4./5. 6. 78).

Hintergründe

Was steckt hinter diesen Repressionsmaßnahmen? Schießt Sdat nicht mit Kanonen auf Spatzen, wenn er alle Kritik verbietet, obwohl er sich ungebrochener Popularität bei den Massen erfreut, wie auch der Ausgang der Volksbefragung (90 % Ja-Stimmen) bestätigt? die Antwort dürfte darin liegen, daß der geschickte Demagoge und politische Taktiker Sadat nach immer neuen Wegen suchen muß, sich dieses Massenvertrauen zu erhalten und die Schuld an der wirtschaftlichen Misere und dem fortbestehenden Massenelend anderen in die Schuhe zu schieben. Dies ist für ihn umso schwieriger, wenn gleichzeitig Vetternwirtschaft und Prasserei in der Sadat-Clique schon sprichwörtlich wird. Wahrscheinlich will Sadat mit dem Referendum seine linken und teilweise auch rechten Kritiker weniger physisch vernichten oder zum Exil zwingen, sondern vielmehr die Massen gegen sie hetzen, sie massiv einschüchtern, um dann nach einer Periode des Schweigens wieder 'gemäßigte' Kritik zuzulassen. Solche Repressionszyklen hat es in Ägypten schon früher gegeben.



Sadats „Politik der Offenen Tür": Dichter Negm im Gefängnis

Der letzte große 'Befreiungsschlag' zur Ablenkung von den drückenden Problemen war die spektakuläre Reise nach Jerusalem im Herbst letzten Jahres mit einem umfassenden Friedensangebot an Israel. Diese Initiative ist jedoch an der starren Haltung der zionistischen Expansionisten gescheitert. Sadats Charisma als großer Friedensbringer verblaßt bereits, das Volk läßt sich nicht ewig mit Jubelreden abspeisen. Außerdem hat seine Reise der arabischen Einheit erheblich geschadet, was wiederum Sadats größte Geldgeber in Saudiarabien und den anderen Ölstaaten verärgerte.
Aber auch von anderer Seite kam Sadat wieder stärker unter Druck: Der Internationale Währungsfonds (IWF), Kreditvergabezentrale der kapitalistischen Industrieländer, fordert seit längerem u.a. den Abbau der Lebensmittelsubventionen, Anhebung der Preise für Wasser, Strom und Gas und Begrenzung der Gehaltssteigerungen für das Heer der Staatsbediensteten.
Er fand damit ein offenes Ohr bei Wirtschafts- und Finanzminister Kaissuni, dem Vertrauensmann der kapitalistischen Länder, „der für eine größere Kreditwürdigkeit Ägyptens zweifellos gesorgt hat" (HB 11.5.78). Der Versuch Kaissunis, diese Wirtschaftsmaßnahmen auf Verlangen des IWF durchzuführen, hatte bereits Anfang 1977 zu einem Volksaufstand in Kairo geführt und mußte von Sadat abgebrochen werden.
Als Kaissuni jetzt auf einen neuen Anlauf drängte, wurde er von Sadat aus dem Kabinett genommen, da er erneuten Volkswiderstand zu Recht befürchtete. Sadat mußte sich dafür aber im Westen die Drohung gefallen lassen, daß sich die Entlassung „recht abträglich für Ägypten auswirken" würde (HB 24.5.78).
Dabei ist Sadat seit seiner Machtübernahme 1971 den kapitalistischen Ländern schon ungeheuer weit entgegen gekommen. Im Rahmen seiner Wirtschaftspolitik der offenen Tür (Infitah) hat er Nassers Reformansätze praktisch rückgängig gemacht.
Das Auslandskapital wurde nicht nur zugelassen, sondern durch Vergünstigungen geradezu angelockt, der öffentliche Sektor teilweise reprivatisiert und der private Sektor gefördert, Preiskontrollen größtenteils abgeschafft und sogar die Agrarreform gefährdet. Auch als Experimentierfeld für gefährliche Nuklear-Technologien stellte er sein Land zur Verfügung (vgl. blätter ... Nr. 65 zum Katara-Projekt).
Trotzdem verhinderte die in Ägypten noch aus osmanischer Zeit traditionell korrupte und schwerfällige Verwaltung und eben der Widerstand des Volkes die vollständige Inbesitznahme des Landes durch das ausländische Kapital, weil sie die Profitmöglichkeiten beeinträchtigen.

Kritik von rechts

Ein weiteres Kritikpotential erwuchs Sadat aus der im Februar neugegründeten Wafd-Partei. Es handelt sich hierbei um die vor Nassers Machtübernahme im jahre 1952 tonangebende politische Richtung, die unter der Monarchie König Faruks fast immer die Regierung stellte, um die Partei der Paschas, der Großgrundbesitzer also. Bei näherem Hinsehen fällt allerdings auf, daß eine neue Note in das alte Lied der Honoratiorenpartei geraten ist: junge, in Europa ausgebildete und in europäischen Normen denkende Technokraten stehen im zweiten Glied hinter den nunmehr 80-jährigen Veteranen, die die Parteispitze bilden. Sie stimmen außenpolitisch mit Sadat überein (wollen ihm angeblich sogar die Präsidentschaft auf Lebenszeit antragen), sind aber innenpolitisch für einen konsequenten wirtschaftlichen Liberalismus, fordern also die totale Abschaffung des öffentlichen Sektors und aller Reglementierungen des privaten Kapitals und nach europäischem Vorbild eine Stärkung der Position des Parlaments gegen den Präsidenten (afrique-asie, 6.3.78).
Die Wafd-Partei errang sofort eine recht große Popularität, was sich in Lokalwahlen und parlamentarischen Abstimmungen zeigte, Offenbar konnte sie auch und gerade auf die armen Massen eine große Ausstrahlung ausüben. Angeblich hat bei einer Kommunalwahl im Armenviertel der zweitgrößten Stadt des Landes, Alexandria, der Kandidat der Marxisten-Nasseristen seinen Wählern geraten, im zweiten Wahlgang für die Wafd zu stimmen (LM, 18. 5.78).

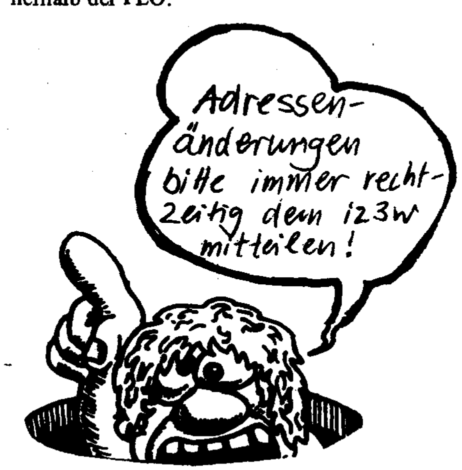
Neben den Linkskräften wollte Sadat mit seinem Repressionskatalog auch die Wafd treffen, wahrscheinlich, da er ihren wachsenden Einfluß für zu unkontrollierbar und damit gefährlich hielt, nicht so sehr wegen ideologischer Differenzen.
Allerdings richteten sich die auf Grund der Volksbefragung erlassenen Maßnahmen nicht gegen die Partei an sich, deren bloße Existenz ja die Illusion des Parteienpluralismus miterhält, sondern nur gegen allzu kritische Äußerungen von ihrer Seite.
Deshalb kann die für jedermann überraschende Selbstauflösung der Wafd-Partei am 2. Juni 1978 nur als Schachzug gewertet werden, de den Einfluß der Partei auf anderer Ebene sichern soll. Offenbar sah Sadat diese Selbstauflösung durchaus nicht gern, da eine gefügige Wafd ihm eines Tages die politische Möglichkeit gegeben hätte, sich zum Diktator auf Lebenszeit machen zu lassen (LM 4./5.6.78).

sth

Libanon

Zwei Monate nach der Entsendung der UN-Truppen (Unifil) in den Südlibanon ist ein Ende ihrer Stationierung im Gebiet südlich des Litani immer noch nicht in Sicht.
Im Gegenteil, die Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete mittlerweile einen bis zum 18. September 1978 gültigen Finanzierungsplan für den Einsatz dieser Truppen – gegen die Stimmen der Warschauerpaktstaaten, Chinas, Libyens und Syriens, die der Ansicht sind, Israel alleine habe die Kosten zu tragen (NZZ, 25.4.78).
Der offizielle Auftrag dieser Truppen bleibt weiterhin unscharf definiert und der Interpretation der beteiligten Parteien überlassen. Die Kommandeure der „Blauhelme" schlossen sich der auch von Israel und den Vertretern der libanesischen Bourgeoisie geäußerten Ansicht an, ihre Aufgabe sei es nicht nur, den Abzug der israelischen Einheiten zu überwachen, sondern auch, „sich jeder bewaffneten Infiltration (des Gebietes) zu widersetzen". So der neue Kommandant der französischen Fallschirmjäger, Viard (Le Mnde 7.5.).
In der Praxis bedeutet das eine schwere Behinderung des palästinensischen Widerstandes, vergleichbar dem Vorgehen der auf den Golanhöhen stationierten UNO-Beobachter. Seit Jahren verfolgen diese alle sich in der Sicherheitszone bewegenden palästinensischen „Infiltranten", um sie der syrischen Regierung zur Bestrafung auszuliefern (NZZ, 8.5.).
Der Südlibanon wurde mit dem Vertrag von Kairo 1969, der zwischen der PLO und der libanesischen Staatsführung geschlossen wurde und unter anderem auch das Recht der PLO beinhaltet, bewaffnete Einheiten im Südlibanon aufzustellen, auszubilden und gegen Israel zu operieren, zum Hauptstützpunkt des palästinensischen Widerstands. Besondere Bedeutung gewann er, als im „Schwarzen September" 1970 Hussein durch Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern die politischen und militärischen Strukturen der PLO in Jordanien zerschlagen ließ und in Syrien Assad, Vertreter des konservativen Flügels der Baath-Partei, an die Macht kam. Seit dieser Zeit verlor die PLO praktisch ihre Autonomie in diesen beiden Ländern. Militärische Aktionen gegen Israel durften nur noch unter Zustimmung der jeweiligen Staatsführung durchgeführt werden.

Die Haltung der PLO zur Stationierung der Unifiltruppen im Südlibanon ist gespalten. So gab es in den vergangenen Wochen trotz Arafats Kooperationsangebot an den ghanesischen Oberkommandierenden Erskine immer wieder vereinzelte Feuergefechte zwischen UN-Soldaten und Palästinensern.
Der größte Einsatz wurde am 2. Mai gegen die französischen Fallschirmjägerkontingente in Tyrus geführt, die der Führer der „Volksfront zur Befreiung Palästinas" (FPLP), G. Habasch als Neokolonialisten bezeichnete (NZZ 8.5.). An diesem Tag griffen alle palästinensischen Organisationen zugehörige Widerstandskämpfer mit MGs, Kanonen und Mörsern die in der Kaserne von Tyrus untergebrachten französischen Truppen an. Dabei wurde der französische Kommandeur Salvan, eben von einer Besprechung mit dem palästinensischen Militärverantwortlichen Azmi zurückkehrend, in einem palästinensischen Jeep sitzend beschossen. Beim Versuch, ihn zu verteidigen, wurde ein palästinensischer Begleitoffizier getötet.
Unterstrichen offizielle PLO-Vertreter noch Ende April ihren festen Willen, die Anwesenheit bewaffneter palästinensischer Einheiten im Südlibanon weiterhin durchsetzen zu wollen, so verlautbarte ein Arafat-Beauftragter zur Untersuchung dieses „Zwischenfalls" nun: „Das Attentat gegen Oberst Salvan ist ein Verbrechen, es stellt gleichzeitig auch eine Verschwörung gegen die palästinensische Revolution dar" (Le Monde, 5.5.).
Ein Hinweis auf Auseinandersetzungen innerhalb der PLO.



Gemeinsames Ziel der palästinensischen Widerstandsorganisationen ist weiterhin die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge in die Kerngebiete des heutigen Israel und die Gründung eines „demokratischen, nicht-religiös fundierten Staates, in dem Juden, Christen und Moslems gemeinsam leben können." Voraussetzung dafür ist allerdings die Zerstörung des zionistischen Staates, der von Anfang an alle Nichtjuden diskriminierte und bis heute die Palästinenser als Volk nicht anerkennen will.
Es sind nun Fragen der Strategie, die innerhalb der PLO zu Auseinandersetzungen führten. Auf der einen Seite visiert die um Arafat gruppierte Mehrheit der Fath zunächst einmal als Etappenziel die Gründung eines souveränen palästinensischen Kleinstaates in Cisjordanien an, der als Basis für den weiteren Kampf um das erwähnte Endziel dienen soll. Erreicht werden soll das auf diplomatischem Wege, d.h. die Genfer Nahostkonferenz, und so empfindet diese Gruppe alle Aktionen, die ihrer Meinung nach den Weg nach Genf verbauen, als Störfaktor.



Auf der anderen Seite steht die sog. Ablehnungsfront, die der Ansicht ist, die Einrichtung eines solchen Kleinstaates beinhalte automatisch die Anerkennung des Staates Israel und bedeute damit eine Kapitulation vor dem Zionismus und das Ende der Rückgewinnung ganz Palästinas. Diese Gruppe befürwortet daher die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, um den israelischen Staat endgültig zu Fall zu bringen.
Die Art und Weise, wie die Lösung dieses Konflikts angegangen wird, ist allerdings höchst bedenklich und deutet auf innerdemokratische Probleme in der PLO: Am 17.4. wurden die von Abu Ayad und Abu Saleh (Mitglieder des ZK der Fath) unterstützten Vertreter des „radikalen Flügels" Abu Daoud und Nagi Allouche, beide Mitglieder des Revolutionsrates, mitsamt 120 Anhängern kurzerhand verhaftet (Le Monde, 27.4.). Ihnen wird vorgeworfen, von Leuten der Extremistengruppe um Abu Nidal (ging nach Bagdad in's Exil, wurde aus der PLO ausgeschlossen und zum Tode verurteilt) infiltriert zu sein. Abu Nidal soll verantwortlich sein für die Ermordung des offiziellen PLO-Vertreters in London, Said Hammami (NZZ, 7.1.). S. Hammami trat ein für die Schaffung eines palästinensischen Kleinstaates in Cisjordanien, die Anerkennung des Staates Israel und eine Koexistenz beider Staaten (Le Monde diplomatique, April 78).

Innerhalb der PLO werden inzwischen Stimmen laut, die eine Ablösung Arafats und die Einrichtung eines Führungskomitees fordern. Anlaß ist die Versicherung Arafats, mit den UNO-Truppen zusammenzuarbeiten und nach deren Rückzug keine Angriffe mehr auf Israel vom Südlibanon aus zu führen.

tm

Afghanistan

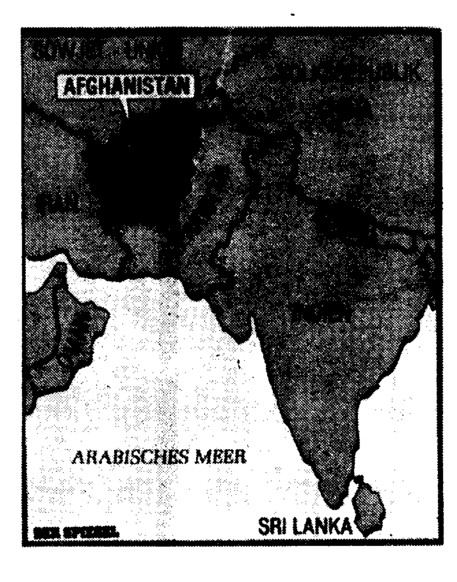
Kein gewöhnlicher Putsch
Etwa 3 Tage dauerten die Kämpfe in Kabul, nachdem linksgerichtete Offiziere am 27. April 1978 zum Sturz des Präsidenten Daud hatten antreten lassen. Einige 1000 Menschen sollen insgesamt bei den Kämpfen getötet worden sein, darunter auch Daud und

mehrere Mitglieder seiner Familie.
Der neue Revolutionsrat ernannte wenig später nur Mohammed TARAKI zum Präsidenten der Republik. Damit brachte er zum Ausdruck, daß es sich hier nicht um einen einfachen Militärputsch handelte, denn Taraki ist nicht Soldat, sondern Gründern und Vorsitzender der seit 1965 bestehenden und angeblich 50.000 Mitglieder zählenden Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VDPA), kurz auch „Chalk" (= Volk) genannt, die man in etwa als moskau-orientierte kommunistische Partei bezeichnen kann.

Die Entwicklung Afghanistans unter Daud

Daud, der Vetter und Schwager des Königs, war bereits einmal von 1953 bis 1963 Regierungschef gewesen. Damals hatte er eine vorsichtige wirtschaftliche Entwicklung eingeleitet, indem er das Land den westlichen Industrieländern und besonders der UdSSR öffnete. Die ausländischen Hilfsprojekte konzentrierten sich vor allem auf den Ausbau der Verkehrswege sowie auf eine Förderung der Exportproduktion. Obwohl z.B. Weizen das Hauptnahrungsmittel in Afghanistan ist und aus den USA importiert werden muß, förderte die UdSSR in der Landwirtschaft schwerpunktmäßig die Baumwollproduktion für ihren eigenen Importbedarf. Die Baumwollproduktion stieg während der ersten beiden Fünfjahrespläne um 127 bzw. 60 %, die Weizenproduktion dagegen überhaupt nicht (vgl. Broschüre der Generalunion Afghanischer Studenten im Ausland (GUAfS): Der Militärputsch in Afghanistan (1973) – seine Ursachen und Folgen).
Bei diesem wirtschaftlichen Eindringen nach Afghanistan lieferten sich die USA und die UdSSR einen harten Konkurrenzkampf, aus dem die UdSSR eindeutig als Sieger hervorging. Während der ersten 3 Fünfjahrespläne gaben sie insgesamt 629Mio. $ Kredite (zu einem jährlichen Zinssatz von 2,5 bis 6 %); die USA brachten es auf 255 Mio $ und die BRD nahm den 3. Platz ein. Von 1955 bis 1969 stieg das Exportvolumen in die UdSSR von 5 % auf 55 % des Gesamtexportvolumens an (ebd.). Zudem wurde das Militär mit sowjetischen Waffen ausgerüstet; die Ausrüstung der Polizei wurde durch die BRD besorgt.
1963 zwangen die westlichen Imperialisten, deren Machtstellung beträchtlich blieb, Daud wegen seiner sowjetfreundlichen Politik zum Rücktritt. Es scheint in den folgenden Jahren keine Tendenzwende in der afghanischen Politik gegeben zu haben: während der Einfluß der UdSSR allmählich weiterwuchs, blieb auch der Westen gut im Geschäft, so daß Afghanistan als echter Pufferstaat im annähernden Gleichgewicht zwischen westlichen und östlichen Interessen angesehen werden konnte.
Nach zwei durch Hungersnöte und besonders großes Elend geprägten Jahren stürzten am 17. Juli 1973 linksgerichtete Offiziere die Monarchie und riefen die Republik aus. Daud wurde ihr Präsident.

Die Offiziere setzten 1973 wohl auf seine vermeintliche Sozialismusfreundlichkeit, wurden aber in den folgenden Jahren eines anderen belehrt. Daud versuchte in seiner Amtszeit als Staatspräsident, die Bindung an die UdSSR wieder zu lockern. Sozial änderte sich wenig. In den folgenden Jahren wurde zwar ein Agrarreformgesetz verabschiedet, aber seine Verwirklichung ging nur schleppend voran. Daud ließ die Bürokratie aus der Zeit der Monarchie unverändert im Amt und so konnte jede nur denk-



bare Möglichkeit zur Verzögerung oder Umgehung der Landverteilung genutzt werden. Die linken Offiziere, die anfangs noch Ministerposten innehatten, wurden nach und nach auf Botschafterposten ins Ausland abgeschoben. Insgesamt ist die häufig genannte Charakterisierung Dauds, er sei Mittler zwischen feudalen und linksgerichteten Kräften gewesen, nur insofern berechtigt, als er fü eine vorsichtige Modernisierung, sprich kapitalistische Entwicklung des Landes eintrat, aber in Wirklichkeit die Rechte der Feudalisten kaum anzutasten wagte.
Dafür ging er zunehmend offen gegen Kommunisten vor, die sich ihrerseits wieder erbitterten und Umsturzpläne schmiedeten. Nachdem im November 1977 der Planungsminister bei einem Attentat ums Leben kam, wurde im Februar ein politischer Prozeß gegen 25 Personen eröffnet (LM 21.2.78).
Am 17. april 1978 wurde ein ZK-Mitglied der „Chalk" auf offener Straße von rechten Kräften ermordet. Anläßlich seiner Beerdigung gingen in Kabul einige Tausend Menschen – die „Chalk" spricht von 60.000 – auf die Straße, um gegen Reaktion und Imperialismus zu demonstrieren. Einige Chalk-Führer wurden dabei verhaftet, darunter auch Taraki, aber wenige Tage später wieder freigelassen (NZZ 5.5.78).
Dieses harte Vorgehen Dauds gegen die Kräfte, die ihn 5 Jahre zuvor in den Präsidentensessel gehoben hatten, brachte das Faß zum Überlaufen und gab den Anlaß zu seinem Sturz.

Wirtschaftliche und soziale Bedingungen

Von den offiziell 18 Mio, inoffiziell aber nur 10 Mio. Afghanen (eine Volkszählung wurde noch nie durchgeführt), leben etwa 80 % von der Landwirtschaft. Über die Hälfte von ihnen besitzt kein Land (Länderkurzbericht 1976, S. 8). Von dem anderen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung, den Grundeigentümern, besitzen wiederum 80 % weniger als 1 ha Land (ebd.) (evtl. Änderungen nach 1973 sind hier nicht berücksichtigt). 38.000 feudale Familien besitzen 80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Ihre Pächter müssen unter härtesten Bedingungen arbeiten und 3/4 bis sogar 5/6 ihrer Erträge als Pachtzins abliefern. Neben dem Ackerbau hat allerdings die Viehwirtschaft auch große Bedeutung; überwiegend ist sie in den Händen der 2 bis 3 Mio Nomaden.
Die Landwirtschaft erwirtschaftet gut 50 % des Sozialprodukts, das Handwerk 13 % und die Industrie nur 10 %. Der Handel einschließlich Schmuggel bringt es auf immerhin 20 % (Habla 2.5.78).
Bei einer derartigen Wirtschaftsstruktur ist man schon fast nicht mehr über die extrem hohe Analphabetenquote von 90 % überrascht, ebensowenig über das niedrige Pro-Kopf-Einkommen von etwa 200 DM pro Jahr (ebd.). Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 25 Jahre. Der gesamten Bevölkerung stehen nur 900 Ärzte zur Verfügung, die meist in der Stadt arbeiten.
Der geringe Entwicklungsstand drückt sich in der afghanischen Handelsbilanz ausnahmsweise in einem Überschuß aus ! Die Nachfrage nach modernen Kapital- und Konsumgütern ist so gering, daß sie mit den traditionellen Ausfuhren von Fellen, Teppichen, Nüssen und Rosinen gedeckt werden kann (Habla 12.5.78). Die Einfuhr von Mineralöl wird aus dem Verkauf von Erdgas an die UdSSR finanziert (ebd.). Die Tatsache, daß es bei einem Fehlen von Importbeschränkungen noch einen Exportüberschuß gibt, deutet an, wie extrem dünn die afghanische Oberschicht ist.

Die neue Regierung will große Veränderungen einleiten

In 2 Etappen will die „Chalk" den nationalen und sozialen Befreiungskampf des Landes voranbringen. In einer ersten, nationaldemokratischen Etappe soll die Macht der feudalen Großgrundbesitzer und der vom Imperialismus abhängigen Kompradorenbourgeoisie samt ihrer Bürokraten die Macht entrissen und „in die Hände von nationalen und demokratischen Kräften wie der Arbeiter, Bauern, Werktätigen von Stadt und Land, der großen Mehrheit der Intelligenz, der Angestellten der staatlichen und privaten Institutionen, des Kleinbürgertums, der Mittelschichten und der sog. 'nationalen Bourgeoisie'" gelegt werden („Zur Strategie und Taktik der VDPA", Mai 1978).
In der 2. Etappe soll die Errichtung des sozialistischen Systems folgen. „Die Propagierung der sozialistischen Umwälzung kann e r s t d a n n als strategische Hauptaufgabe der revolutionären Bewegung betrachtet werden, wenn die Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution in Afghanistan g e l ö s t worden sind und die o b j e k t i v e n u n d s u b j e k t i v e n B e d i n g u n g e n f ü r d e n Ü b e r g a n g z u m S o z i a l i s m u s g e s c h a f f e n s i n d" (ebd.) (Hervorhebung von uns, d. Red.).
Eine solche Taktik, zunächst die Bourgeoisie erstarken zu lassen und erst dann, wenn sie die Macht in den Händen hat, gegen sie zu agitieren, kann die Entwicklung zum Sozialismus allerdings stark bremsen (vgl. Artikel „Ideologiekritik: Übergangsgesellschaften" in diesem Heft).
In der Tat werden von der neuen Regierung Veränderungen angegangen. Es gab bereits eine Säuberungsaktion gegen hohe Beamte (NZZ 11.5.78).
Auch an Reformplänen fehlt es nicht: wichtigste Vorhaben sind eine durchgreifende Landreform, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie eine „staatliche Führung" von Wirtschaft und Handel (FAZ 8.5.78).

Es werden soziale Forderungen vertreten wie z.B. Recht auf Arbeit, Mindestlöhne, 42-Stunden-Woche, bezahlter Jahresurlaub, Kranken- und Sozialversicherung, Verbot der Kinderarbeit, Streik- und Demonstrationsrecht sowie das Recht, politische Parteien und Gewerkschaften zu bilden (DZ 12.5.78). Forderungen, die in einem fast feudalen Lande sensationell sind.

Die neuen Führer legen Wert darauf, daß die Forderungen allesamt verfassungsgemäß sind. Sie lehnen es ab, sich als Marxisten bezeichnen zu lassen und berufen sich auf die islamische Tradition – immerhin sind 99 % der Bevölkerung Moslems. In erster Linie stellen sie sich in das nationaldemokratische Licht; aber ihre Verbindungen zur UdSSR kann indes auch niemand leugnen.
In der westlichen Welt hat der politische Kurswechsel Afghanistans Angst ausgelöst. Der Iran befürchtet eine Stärkung seiner demokratischen Opposition. Pakistan fühlt sich von prosowjetischen Kräften eingekesselt. Für die westlichen Großmächte hat Afghanistan seine Funktion als neutraler Pufferstaat verloren. Taraki indes bemüht sich weiterhin, überall um Sympathie zu werben und betont, daß man alle Entwicklungshilfe, die ohne Bedingungen vergeben wird, gerne annimmt (FR 9.5.78).
Bei den verheißungsvollen Ansätzen der neuen Regierung wird in Zukunft kritisch zu verfolgen sein, inwieweit die Etappenpolitik und die starke Anlehnung an die UdSSR nicht zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung werden.

ebe

Indien

Im April dieses Jahres legte die Janata-Regierung unter Premierminister Moraji Desai den sechsten Fünfjahresplan (1978 - 1983) vor. Er sieht Gesamtausgaben in Höhe von 1162 Mrd. iR (100 iR = 26,50 DM) vor, von denen nur etwa 5 % durch Auslandskapital gedeckt werden sollen (alle Angaben und auch die folgenden aus NZZ v. 6.4. und NfA v. 9.5.).
Außer durch bisher bestehende Steuern sollen die Mittel freigemacht werden durch 1. neue, insbesonders den bäuerlichen Mittelstand betreffende Steuern, 2. Subventionskürzungen im Export und Nahrungsmittelsektor, 3. Erhöhung der Preise für Produkte aus staatlichen Betrieben und 4. Beibehaltung des Zwangssparens für die höheren Angestellten des öffentlichen Dienstes.
Geplant ist ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4,7 %, was angesichts der Tatsache, daß es in den vergangenen Jahren immer runde 3,5 % betrug, ein ziemlich hochgestecktes Ziel zu sein scheint.
Im Gegensatz zur in den bisherigen Fünfjahresplänen bevorzugten Förderung einer kapitalintensiven Entwicklung der Schwerindustrie legt der 6. Plan das Schwergewicht auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors. Etwa doppelt soviel wie im 5. Plan, nämlich 43 % der Gesamtausgaben, sind für diesen Bereich vorgesehen, der sich grob aufgliedern läßt in die folgenden Einzelprogramme:

a) An erster Stelle steht die Initiative „Arbeit für die Arbeitslosen". Bei z.Z. 20 Mio Arbeitslosen (1) sieht der Plan eine Schaffung von 49,261 Mio neuen Arbeitsplätzen vor allem in den rund 570 000 indischen Dörfern vor. Verwirklicht werden soll das durch den Ausbau der Milch-, Fisch- und Forstwirtschaft sowie infrastrukturelle Maßnahmen wie Straßenbau, Dorfelektrifizierung und Trinkwasserversorgung. Allerdings wird die Zahl der arbeitsfähigen Inder bis 1983 um 30 Mio angestiegen sein. (HB, 9.5.).
Die geplante Entwicklung einer dörflichen, auf landwirtschaftliche Bedürfnisse ausgerichteten Kleinindustrie soll die Abwanderung von Arbeitskräften in die ohnehin schon hoffnungslos überfüllten Großstädte zum Stillstand bringen. Die gleichzeitig mit dem 6. Plan in Kraft getretenen neuen Handelsbestimmungen (s.u.) sehen für diesen Sektor ein teilweises Investitionsverbot für Ausländer vor sowie ein Importverbot für diejenigen Güter, die durch diese Dorfindustrie produziert werden können.
b) Durch Programme zur Bewässerungshilfe und Flutkontrolle sollen etwa 17 Mio ha Land neu erschlossen werden. So sollen einerseits die Ernährungslage der indischen Massen und andererseits der Export von Nahrungsmitteln verbessert werden: geplant sind die Anhebung der Produktion für Nahrungsmittelgetreide um 15 % auf 140 Mio t (1977/78: 121 Mio t) Ölsaaten um 21 % auf 11,2 (9,2) Mio t, Baumwolle um 27 % auf 815 000 (643 000) Ballen und Zuckerrohr um 21 % auf 188 (156) Mio t.

Die neuen Handelsbestimmungen sehen im Exportbereich eine Steigerung um 50 % im Vergleich zu 76/77 (51,4 Mrd iR) auf 77,5 Mrd. iR für 1983/84 vor. Diese soll erreicht werden durch eine Diversifizierung der Exportgüter einerseits und der Bestimmungsländer andererseits (d.h. Lieferung einer größeren Zahl von Produkten an eine größere Anzahl von Ländern). Besondere Absatzmärkte bieten sich im nahen Osten und den arabischen Staaten an. Die Importe sollen um 107 % auf 105 Mrd iR gesteigert werden. Die anstehende negative Handelsbilanz von 27,5 Mrd iR soll gedeckt werden mit Hilfe der durch den Remittendenfluß von im Ausland arbeitenden Indern auf 49 Mrd iR angestiegenen Devisenreserven.
Im Importsektor zeigen sich die folgenden qualitativen Neuerungen: Die Importe von Investitionsgütern wurden liberalisiert, d.h. Einfuhren werden freigegeben für a) die Exportproduktion und b) die Bereiche Kraftwerkbau (Stromerzeugung und Stromverteilung), Düngemittel-, Schädlingsbekämpfungsmittel-, Papier-, Zucker- und Zementindustrie sowie für die Exploration von Mineralien und Erdöl. Das bedeutet, daß von nun an (allerdings mit der vorläufigen Beschränkung auf ein Jahr) industrielle Ausrüstungen auch dann aus dem Ausland bezogen werden dürfen, wenn sie im Inland produziert werden.
Andererseits wurde dem Import von Konsumgütern und Produkten, die die zu fördernde ländliche Kleinindustrie produzieren kann, ein Riegel vorgeschoben. Die indische Regierung scheint so ihren mit dem Coca Cola-Verbot (s. blätter Nr. 68, S. 34) begonnenen Kampf gegen die Multis auf diesem Sektor fortsetzen zu wollen.
Auf den ersten Blick scheinen die geplanten Maßnahmen positiv, ist doch eine Lösung aus Abhängigkeit und Unterentwicklung ohne Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors nicht möglich.
Allerdings dürfen der 6. Plan und die neuen Außenhandelsbestimmungen nicht abstrakt und abgelöst von der Wirklichkeit betrachtet werden, sondern müssen auf der Grundlage der konkreten sozio-ökonomischen Bedingungen in Indien eingeschätzt werden.
Die indische Wirtschaft ist gekennzeichnet durch die sog. „miexed economy", ein System, in dem neben dem umfangreichen staatskapitalistischen Sektor der unattraktive, aber für die Entwicklung notwendige Bereiche wie z.B. die Juteindustrie in der Hand hat, ein privater Sektor besteht, der die gewinnträchtigen Bereiche beherrscht. Dieser Privatsektor ist gekennzeichnet durch a) einen sehr hohen Monopolisierungsgrad und b) eine relativ geringe ausländische Kapitalbeteiligung (nur 1 % des Produktivkapitals), die sich allerdings in strategisch wichtigen Sektoren wie Bergbau, Erdöl usf. konzentriert. Sämtliche Versuche einer strukturellen Reform der indischen Wirtschaft sind bisher am System der „mixed economy" gescheitert.
Die neuen Bestimmungen für den Import von Investitionsgütern sind insbesondere für die Multis von Vorteil, die einen weiteren Absatzmarkt für ihre kostspieligen technischen Anlagen hinzugewinnen. So freute sich auch das Handelsblatt vom 5.4. über „den größten Schritt in Richtung auf den Abbau der einstmals allumfassenden Handelskontrollen". Die die gleichen Investitionsgüter produzierenden indischen Betriebe werden unter der nun auftretenden ausländischen Konkurrenz zu leiden haben. Den Nutzen der Importliberalisierung haben diejenigen indischen Großunternehmen, die über das nötige Kapital verfügen, solche Güter im Ausland aufzukaufen.
Trotz eines aufwenigen Verbalradikalismus wurde die Landreform in Indien bisher auch nicht ansatzweise verwirklicht. Die im Zuge der „Reformversuche" entstandene neue Klasse der Großbauern (siehe dazu „blätter.." Nr. 68, S. 33 ff.) konnte unter der Janata-Regierung ihren politischen Einfluß erheblich vergrößern: Die an der Regierung beteiligte „Akali Dal" ist eine reine Agrarierpartei, deren Vorsitzender Ch. Singh mit dem Innenministerium (ministry of home) das wichtigste der indischen Ministerien in die Hand bekam.



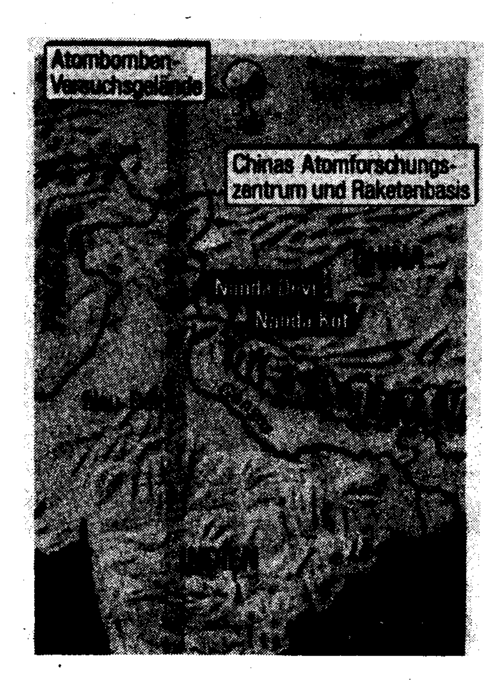
Getreideernte in Indien

Auf Grund der im Dorfe bestehenden Machtstrukturen werden die Förderungsgelder in den Taschen derjenigen versickern, „die etwas zu sagen haben". Das sind die Großbauern und die mit ihnen total verfilzte Bürokratie. Infrastrukturelle Maßnahmen wie Straßenbau, Dorfelektrifizierung etc. können – abgesehen davon, daß sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur eine kurzfristige Lösung darstellen – den Kleinbauern lediglich dann wirklich nützen, wenn sie als Rahmenmaßnahmen entscheidende strukturelle Veränderungen wie eine gerechte Landverteilung, Bildung von Kooperativen usw. flankieren.
Versuche der Kleinbauern und Tagelöhner, die in diese Richtung zielen, werden aber von den Großbauern aufs Brutalste bekämpft.

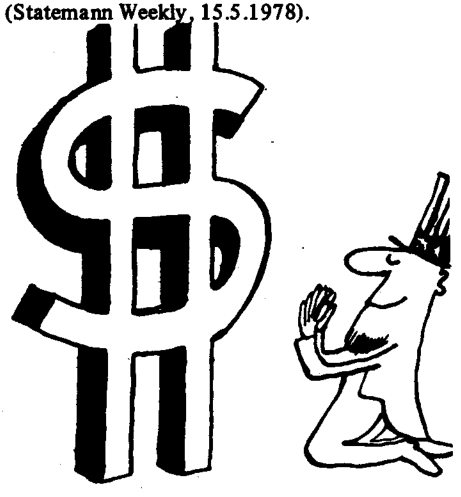
So meldete Le Monde vom 20.4. wieder andauernde Terroraktionen besonders in den Staaten Bihar, Uttar Pradesh und Andhra Pradesh: Morde an Bauernführern, Abbrennen ihrer Hütten und Zerstörung ihrer Ernten sind gängige Praxis (siehe dazu auch IZ3W Nr. 68, S. 36 „Die Ermordung eines Bauernführers").
Auf parlamentarischer Ebene ist von einer Landreform keine Rede mehr, was angesichts der starken Interessenvertretung der Großbauern durch die „Akali Dal" in der Regierung nicht verwundert.
Interessant in diesem Kontext ist das Vorgehen der indischen Regierung gegen die Pharmaindustrie. Schon im Jahre 1975 forderte die sog. Hathi-Kommission eine Vollverstaatlichung des pharmazeutischen Sektors (40 ausländische Unternehmen) und schlug weiterhin vor, die Anzahl der Arzneimittel von 50 000 (!) auf 104 (in Anlehnung an die Vorschläge der WHO) zu reduzieren. Zudem sollten die Medikamente nur noch unter einer pharmakologischen Einheitsbezeichnung (dem sogenannten „generic name") auf den Markt kommen dürfen. Was letzteres bedeutet, läßt sich anhand einer für Kolumbien aufgestellten Statistik über die Preispolitik der Pharmamultis erkennen. Kostete das im Lande hergestellte Beruhigungsmittel „Diazepam" (= generic name) zwischen 30 – 45 US Dollar/kg, so strich Hoffmann-La Roche für dasselbe Produkt unter dem Namen Valium[R] runde 2.500 US-Dollar/kg ein.
Das indische Parlament verabschiedete nun einen allerdings im Vergleich zum Hathi-Plan sehr entschärften Gesetzentwurf, der den privaten Kapitalanteil für Firmen, die gewöhnliche Wirksubstanzen (low technology) herstellen, auf 40 % und den für Firmen, die in der Produktion aufwendige Wirksubstanzen herstellen (high technology), auf 74 % begrenzt. 36,9 % der zu verkaufenden Aktien müssen den staatlichen Finanzinstituten angeboten werden. Zusätzlich wurden Produktions- und Gewinnbeschränkungen eingeführt; so wurden die Preise für etwa 100 Wirksubstanzen vorläufig eingefroren. Auch besteht die Auflage für Firmen, die einen Jahresumsatz von über 50 Mio iR machen, mindestens 20 % des Gewinns für die Forschung zu reinvestieren. Vorläufig fünf Produkte werden künftig nur noch unter dem generic name Aspirin, Analgin, Chlorpromazin, Eisensulphat und Piperazin angeboten.

Steht die nord-indische Tiefebene vor der Gefahr einer Verseuchung, deren Ursache die Anwesenheit eines Plutonium-Generators im Himalaya ist?

Die Enthüllungen des amerikanischen „Outside Magazins" führten zu großen Protestaktionen in den USA und Indien, nachdem die erschreckende Geschichte publik wurde: Als China seinen ersten Atombomben-Versuch in Sinkiang im Oktober 1964 durchführte, beschloß der US-Geheimdienst CIA, im Auftrag der US-Regierungen, eine Beobachtungsstation im Himalaya zu errichten, um das chinesische Atomversuchsgebiet unter Kontrolle zu halten. In Zusammenarbeit mit dem indischen CBI („Central Bureau of Investigation") startete der CIA die Operation im Herbst 65, nachdem eine Mannschaft aus indischen und amerikanischen Bergsteigern (8 von den 14 amer. Teilnehmern gaben die Informationen dann später ans „Outside Mag.") in den USA darauf trainiert worden war, die Station auf dem Nanda Devi (7817 m) aufzu-



bauen. „Schweres und wichtigstes Gepäckstück war ein 60 Kilo-Behälter mit einem Durchmesser von etwa 50 cm – ein Generator mit etwa 2 Pfund Plutonium 238 als Brennstoff –, genug, um die elektronischen Spione der CIA theoretisch 75 Jahre lang mit Energie zu versorgen" (Spiegel Nr. 17 v. 24.4.1978). Das Unternehmen mußte wegen Früheintreten des Winters unterbrochen werden, der Plutonium-Generator wurde 750 m unter dem Gipfel in einer Felsspalte am Südhang untergebracht. Als die Mannschaften im Frühjahr 66 wiederkamen, war er von einem Schneesturz verschüttet worden. Nach erfolgloser Suche wurde ein 2. zugänglicherer Beobachtungsort auf dem Nanda Kot gewählt. Aber die Station blieb nur etwa über ein Jahr in Betrieb, da die USA dieses Beobachtungsverfahren gegen Erdsatelliten auswechselte.
Der „vergessene" Behälter befindet sich im Hauptquellgebiet des 2700 km langen Ganges, Hauptstrom der nord-indischen Tiefebene, der ein sehr fruchtbares und extrem dicht bevölkertes Lan (300 Millionen Menschen) durchfließt. Neben seiner wirtschaftlichen Bedeutung ist der „heilige Fluß" von größter religiöser Wichtigkeit: vom ganzen indischen Subkontinent strömen die Hindus herbei, um im „heiligen Wasser" zu baden und es zu trinken, um ihre Sünde hinwegzuspülen. Diese beiden Faktoren veranlaßten die Bevölkerung in Indien zu einer großen Protestkampagne gegen die USA, als sie vom Generator Kenntnis erhielt (The Guardian v. 26.4.78).
Solange der Behälter verkapselt bleibt, soll er relativ ungefährlich sein, aber welche Folge hätte eine Beschädigung der Umhüllung?
Das Infiltrieren von radioaktivem Material in Boden und Gewässer durch Schneeschmelze würde dazu führen, einerseits die Erde und den Fluß primär, andererseits durch selektive Aufnahme radioaktiven Materials die Pflanzen- und Tierwelt sekundär zu verseuchen, da diese Plutonium in konzentrierter Form im Gewebe speichern können. D.h. der Mensch wäre durch Kontakt, Wasser und Nahrungsaufnahme stark gefährdet: Ablagerung von Plutonium in Knochenzellen führt zur Bildung von Knochen- und Knochenmarkkrebs. Aber anscheinend macht sich die indische Regierung, die die Angaben des „Outside Mag." bestätigte und eine sehr zurückhaltende Position an den Tag legte, nicht allzuviele Sorgen darüber: „Ich glaube nicht, daß es Grund für Alarmstimmung gibt, was Umwelt und Gesundheit betrifft. Man hat uns versichert, daß der Behälter, in dem sich das Plutonium befindet, sicher ist, so der Premier Minister vor dem Parlament (Spiegel v. 24.4.1978, The Guardian v. 26.4.1978).
Der ganze Vorfall führte bis jetzt lediglich zu Parteistreitigkeiten. Die Janata Regierung macht die früheren Kongress-Regierungen von Nehru, Shastri und Gandhi dafür verantwortlich, da sie dem Unternehmen zustimmten; allerdings war Desai unter diesen Regierungen Vize Premier Minister (Le Monde v. 18.4.78).
Die Regierung kündigte nun die Bildung einer Kommission an, um den Fall zu untersuchen und den Generator wieder zu entdecken; das einzigste Problem ist, daß man ihm erst auf die Spur kommen kann, wenn radioaktives Material bereits verstreut wurde, also zu spät, um eine Verseuchung zu verhindern (FR v. 15.5.).
Die US-Regierung teilte nur mit, das Außenministerium prüfe einen Bericht über diesen Vorfall, während Kongress-Mitglieder ein Schreiben an Jimmy Carter verfaßten, in dem er aufgefordert wurde, „etwas zu unternehmen, um in dieser sehr ernsten und unangenehmen Situation eine Lösung zu finden" (Statemann Weekly, 15.5.1978).



Der CIA, dessen Intervention und Methoden wieder einmal Empörung hervorrufen, verweigerte zuerst jede Aussage über diese Affäre unter Berufung auf das US-Geheimgesetz, mußte aber nach einigen Tagen den Vorfall bestätigen. FR kommentiert dazu: „Es stellt sich abermals die Frage nach der Allmacht der Geheimdienste oder anders gesagt – nach der Kontrolle ihrer schmutzigen Geschäfte. Zumal das CIA-Register ist lang. Bei einem Geheimdienst, der Regierungschefs stürzen hilft (Mossadek, Allende) und Mordanschläge gegen andere (Lumumba, Castro) ausheckt, mag ein bißchen Plutonium eine Bagatelle sein. Für die betroffenen Völker ist es dennoch unerträglich viel" (FR v. 17.5.1978).

tm, dpr

Anmerkung:
1) Diese Zahl beruht au offiziellen Angaben. Nach vorsichtigen inoffiziellen Schätzungen muß allerdings von einer Arbeitslosenquote von 15 – 20 % der Arbeitsfähigen (etwa 200 Mio) ausgegangen werden, so daß sich die tatsächliche Anzahl der Arbeitslosen auf 35 – 40 Mio belaufen dürfte. Alleine in der Landwirtschaft herrscht eine versteckte Arbeitslosigkeit von etwa 50 % (Fischer Länderkunde 1977).

Ost-Timor

Kein Thema für die bürgerliche Presse

Von den bürgerlichen Massenmedien völlig ignoriert wird der einige Zeit andauernde Kampf des Volkes von Ost-Timor gegen die indonesische Invasionsarmee. Damit ist es der indonesischen Regierung gelungen, mit Hilfe einer totalen Nachrichtensperre über Ost-Timor die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gegenüber ihrem schmutzigen Krieg einzuschläfern. Waren der bürgerlichen Presse die Maßnahmen zur Errichtung der totalen Nachrichtensperre – z.B. das Sendeverbot für den einzigen Sender der Fretilin (Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors) in Darwin durch die australische Regierung (auf Drängen der indonesischen Regierung) – noch eine Meldung wert, so ist für sie die Aufrechterhaltung der Nachrichtensperre offensichtlich keine erwähnenswerte Information mehr. Auf diese innere Logik des bürgerlichen Pressewesens bauend, ist es der indonesischen Regierung gelungen, zunächst alle Meldungen über das Vorgehen der Invasionstruppen zu unterdrücken und allmählich den Mantel des Schweigens über Ost-Timor zu legen.

So nimmt es nicht wunder, daß auch der 4. Jahrestag der Revolution in Ost-Timor am 20. Mai 1978 in der bürgerlichen Presse unerwöhnt blieb. Am 20. Mai 1974 vollzog das Maulbere Volk – so nennt sich das Volk von Ost-Timor – eine entscheidende Wendung in seiner Geschichte. Zum ersten Mal organisierte es sich mittels einer politischen Partei, aus der die heutige FRETILIN hervorgegangen ist. Obwohl die FRETILIN erst anderthalb Jahre später, am 28. November 1975, einen eigenständigen souveränen Staat ausrief, die Demokratische Republik Ost-Timor, wird der 20. Mai als Tag der Revolution angesehen und gefeiert, weil das Volk von diesem Zeitpunkt an seine Geschichte in die eigenen Hände nahm. Wir nehmen den 4. Jahrestag zum Anlaß, Programm und Aufbauarbeit der FRETILIN darzustellen, wobei wir uns aufgrund der indonesischen Nachrichtensperre auf offizielle Verlautbarungen der FRETILIN verlassen müssen.

Die obersten Maximen der FRETILIN sind die bedingungslose Unabhängigkeit der Dem. Rep. Ost-Timor und die Erkenntnis, daß dies nur durch den bewaffneten Kampf zu erreichen ist. Ihre Legitimation als Repräsentant des ost-timoresischen Volkes erhielt sie bereits vor der Unabhängigkeit der Dem.Rep. Ost-Timor. Bei Dorfältestenwahlen im April 75 erhielten FRETILIN-Mitglieder und -Sympathisanten über 90 % der Stimmen.

Die Schwerpunkte der Aufbauarbeit der FRETILIN liegen auf den Gebieten Gesundheits- und Erziehungswesen und landwirtschaftlicher Produktion. Sie führte als erste Alphabetisierungskampagnen durch und hatte die Analphabetenrate nach 2 Jahren der Unabhängigkeit von 95 % auf 75 % gesenkt. Daneben fördert sie die von den Portugiesen unterdrückte und deformierte nationale Kultur. FRETILIN-Studenten haben z.B. als erste den einheimischen Dialekt Tetum alphabetisiert.

Die katastrophalen Zustände in der medizinischen Versorgung (Malaria, TBC) versucht die FRELITIN durch Dezentralisierung des Gesundheitswesens und Entmythologisierung der traditionellen Heilkunst zu beheben. Sie bildet u.a. Sanitäter aus, die, ähnlich den chinesischen Barfußärzten, alltägliche Krankheiten behandeln können und der Bevölkerung Grundkenntnisse in Hygiene und Erster Hilfe vermitteln.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sieht die FRETILIN vor allem den Abbau der Monokultur vor und Bewirtschaftungsformen, die langfristig die Selbstversorgung der Bevölkerung gewährleisten; daher gibt sie zunächst der Produktion von Grundnahrungsmitteln und der Mechanisierung der Landwirtschaft den Vorrang. Mit der Enteignung der großen Farmen und der Gründung von Kooperativen hat die FRETILIN bereits begonnen. Schon 1975 erreichte sie auf diese Weise eine Rekordernte von Reis, so daß der Hunger zunächst kein Problem für die Ost-Timoresen war. Auch hiermit widerlegt die FRETILIN das von der bürgerlichen Presse gern angeführte Argument, ein so kleiner Staat wie Ost-Timor sei allein nicht lebensfähig.

Der Reichtum Ost-Timors besteht vor allem in der Fruchtbarkeit seines Bodens. Rohstoffvorkommen – vermutet wird vor allem Erdöl, – sind noch nicht prospektiert. Das Programm der FRETILIN sieht aber in jedem Falle die weitestgehende wirtschaftliche Autonomie vor, das bedeutet vor allem, daß die Produktion für den eigenen Bedarf den Vorrang hat, und daß eine eventuelle spätere Außenhandelspolitik und eventuelle ausländische Investitionen nicht zu neokolonialer Abhängigkeit führen dürfen.

Die FALINTIL, der bewaffnete Arm der FRETILIN, ist nicht hierarchisch strukturiert; militärische Operationen werden vor ihrer Durchführung demokratisch diskutiert; Befehle erteilt nur das ZK der FRETILIN.

Das militärische Vorgehen ist im wesentlichen ein defensiver Guerilla-Krieg, neuerdings nehmen die FALINTIL-Truppen auch gezielte Angriffe auf Stellungen der Indonesier vor. Wichtigster Waffenlieferant ist die Invasionsarmee, die sich trotz ihrer waffentechnischen Überlegenheit bisher der Guerilla-Taktik der FRETILIN unterlegen gezeigt hat.

Die regulären Truppen der FALINTIL werden unterstützt durch Volksmilizen, die hauptsächlich der aktuellen Verteidigung der Zivilbevölkerung dienen. Sie kämpfen noch mit traditionellen Waffen, wie Pfeil und Bogen, und mit von den Portugiesen hinterlassenen Waffen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Taktik der FRETILIN ist es, die Invasionssoldaten davon zu überzeugen, daß sich die Invasion letztlich gegen deren eigene Interessen richtet. Tatsächlich sind die indonesischen Truppen durch ihre Ausgangssituation schon demoralisiert. Ihre Versorgungslage ist schlecht, sie kennen sich im Gelände kaum aus, und sie werden in kurzen Zeitabständen ausgewechselt, in denen sie ihr Leben nicht gern aufs Spiel setzen. Befehlsverweigerung und Desertion sind an der Tagesordnung. Kürzlich ist es sogar zu Schießereien zwischen Offizieren und einfachen Soldaten gekommen.

Die Außenpolitik der FRETILIN und der Dem. Rep. Ost-Timor orientiert sich an den Prinzipien der Blockfreiheit und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. Dies gilt grundsätzlich auch für das Nachbarland Indonesien. Die FRETILIN kämpft ausschließlich gegen den Expansionismus des Suharto-Regimes, wie sie immer wieder betont; gleichzeitig erklärt sie ihre Solidarität mit den unterdrückten Teilen der indonesischen Bevölkerung.

Die FRETILIN betont immer wieder auch die internationale Dimension des ost-timoresischen Befreiungskampfes und pflegt solidarische Beziehungen zu PAIGC, FRELIMO und MPLA, mit denen sie den Widerstand gegen das portugiesische Kolonialregime gemeinsam hatte, so wie zu anderen antiimperialistischen Organisationen, Parteien und Staaten. Folgende Staaten und Organisationen haben bisher die FRETILIN und die Demokratische Republik Ost-Timor anerkannt: Soz. Rep. Vietnam, Dem. Kapuchea, Dem. VR Korea, VR China, VR Angola, VR Mosambik, Rep. Guinea -Bissau und Kap Verden. Republik Sao Tomé Principe, Republik Guinea (Conakry), Rep. Benin, Dem. Arab. Rep. Sahara.

Soweit die Darstellung des Programms und der inneren Struktur der FRETILIN, wie sie von ihr selbst geliefert wird. Inwieweit dies Bild zutrifft, können wir von hier aus nicht entscheiden. Offensichtlich bestehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der FRETILIN wurden im September 1977 durch die Absetzung des bis dahin amtierenden Präsidenten des ZK der FRETILIN (und Präsidenten der Demokratischen Republik Ost-Timor) Xavier do Amaral sowie anderer hoher Funktionäre beendet. Amaral wurde aller Ämter enthoben, aus der FRETILIN ausgeschlossen und des Hochverrats angeklagt. Ihm wird Kleinbürgertum und Kapitulantentum vorgeworfen.

Demgegenüber schloß das Mitglied des ZK der FRETILIN und „Generalkommandeur" der FALINTIL (Bewaffneter Teil der FRETILIN) Rogerio Lobato Verhandlungen mit Indonesien aus. Nach wie vor kontrolliert die FRETILIN weite Teile des Territoriums von Ost-Timor. Über die militärische Lage ist derzeit nichts zu erfahren, jedoch sprechen die Notwendigkeit der totalen Nachrichtensperre sowie das Einreiseverbot für alle Ausländer für sich.

(bef)

Kontaktadresse:
Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors
c/o Detlev Haude
Herrstraße 81, 5300 Bonn

Literatur zu Ost-Timor

G. Evans 'East-Timor, in: New Left Review No. 91, May/June 75, S. 67-79

D. Freney, 'Timor Freedom Caught Between the Powers', Spokesman Books, Nottingham 1975

H. Hill, 'The Timor Story', Timor Information Service, Flinders 1975

D. Haude, 'Ost-Timor, Indonesiens Vietnam?' in: 3. Welt-Magazin 5/6, Oktober Dezember 1975, S. VII-XI

Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors: 'Ost-Timor-Dokumente eines Befreiungskampfes', Bonn, Juni 1976

Das Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors gibt ca. 2monatlich die 'Ost-Timor-Informationen' heraus.

Der Timor Informations Service, 1st Floor 183 Gertrude Str., Fitzroy Vic. 3065, Australien, gibt regelmäßig ein Bulletin heraus, in dem vor allem die Funksendungen der Fretilin abgedruckt sind.

Die Campaign for Indipendent East-Timor, 232 Castlereagh Str. Sidney, NSW 2000, Australien, veröffentlicht ebenfalls Funkmeldungen der Fretilin und weitere Materialien zu Ost-Timor.

H. Hill, Der Fall von Timor, in: Pogrom Nr. 39/40, 1976, S. 43-72

Pogrom Nr. 39/40, 1976: Ost-Timor – zu links für die Freiheit. Interview mit dem Wirtschaftsminister der Drot DROT Abilio Araujo, S. 16 - 17

blätter des iz3w Nr. 68, März 78, S. 7-8

Peru

Peru hat z.Zt. Auslandsschulden in Höhe von etwa 5 Milliarden US-Dollar. Maßlose Waffeneinkäufe, Vernachlässigung des Agrarsektors und die Notwendigkeit, Lebensmittel zu importieren, führten u.a. zu diesem Zustand. Allein in diesem Jahr muß das Land 900 Millionen Dollar für Rückzahlungen und Zinsen aufwenden. Das sind ungefähr 55 % der Exporteinnahmen. Dieser Prozentsatz erhöht sich nach Schätzungen bis 1980 sogar noch auf 70 %!! der Exporterlöse. Diese sind vor allem durch einen erheblichen Preisverfall der Exportgüter, wie z.B. Kupfer, Zink, Zucker und Baumwolle weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Obwohl das Land die Kupferausfuhr verdoppelte, kamen dafür nicht mehr Devisen ins Land. Während den Industrieländern die preisgünstigeren Rohstoffe zur Verfügung standen, wachsen in 3. Welt-Ländern wie z.B. Peru umgekehrt die Zahlungsschwierigkeiten. Sie müssen sich unter der Last eines gewaltigen Schuldenberges dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Großbanken, die hinter jenem stehen, beugen. Dies traf Peru schon wiederholt. Jedesmal wurde nur dann „Hilfe" in Form von Stützungskrediten gewährt, wenn die Regierung sich verpflichtete, durch drastische Preiserhöhungen „Stabilität" zu erreichen. Hier die diesjährigen Forderungen des IWF:

- Abwertung um 50 %
- Beschränkung der diesjährigen Lohnerhöhung auf 10 % (Inflation 80 %)
- Erhöhung der Preise von:
  - Getreide (Brot, Mehl, Teigwaren) um 100 %
  - Speiseöl um 120 %
  - Milch um 40 %
  - Brennstoffe um 75 %
  - Benzin (Fahrpreise) um 70 %
- Reprivatisierung von gewissen öffentlichen Unternehmen
- Reduzierung des Defizits im Staatshaushalt
- Steuerreform
- Freundliche Haltung gegenüber dem Fremdkapital.

Die Regierung setzte die Preiserhöhungen am 15.5. über Naoht in Kraft. Daß gerade Grundnahrungsmittel und Benzin (dessen Verteuerung eine Kette von weiteren Preiserhöhungen wie z.B. Fahrt- und Transportkosten nach sich zieht) im Preis steigen sollten, zeigt, daß die unteren Bevölkerungsschichten von dieser Lösung am härtesten getroffen werden. Ihr Lebensstandard liegt heute unter dem Level der 30er Jahre! Spontan kam es zu Streiks und Demonstrationen im ganzen Land. Die Regierung antwortete mit harter Repression. Neben der Polizei wurde vor allem das Militär eingesetzt, um die Proteste niederzuschlagen. Direkt nachdem das „Comando Unitario de Lucha" (CUL) und die Arbeiterkonföderation CGPP den 48-stündigen Generalstreik angekündigt hatten, wurden Hunderte von Gewerkschaftsführern und Linken verhaftet (über pol. Gefangene und Folter siehe Heft Nr. 63).

Der Ausnahmezustand wurde verkündet und dadurch viele verfassungsmäßige Rechte außer Kraft gesetzt. Jeder Peruaner kann jetzt ohne Haftbefehl allein nach dem Ermessen eines Soldaten oder Polizisten festgenommen werden. Da inzwischen alle Gefängnisse überfüllt sind, werden die Inhaftierten zu Dutzenden in völlig überfüllte Zellen gepfercht.

Auch Ausweisungen und Abschiebungen von bedeutenden Oppositionspolitikern oder Gewerkschaftsführern sind ein Versuch der Regierung, den Widerstand des Volkes zu brechen. so sind jetzt 9 führende Gewerkschaftler und linke Poliker nach Argentinien deportiert und dort verhaftet worden. Darunter befinden sich Hugo Blanco, der wie andere erst kürzlich aus dem Exil zurückkehren durfte und zwei ehemalige Minister unter der Regierung Velasco. Ihre Verhaftung in Argentinien, einem Land, in dem zur Zeit eine der brutalsten Militärdiktaturen Lateinamerikas herrscht, stellt für die Deportierten ein sicheres Todesurteil dar, sofern nicht massive internationale Proteste ihre Freilassung erzwingen.

Alle linken Wochenzeitungen dürfen nicht mehr erscheinen, eine Reihe von Redakteuren wurde eingesperrt (Dem Staat gehören alle Tageszeitungen!!).

Die Hoffnung der Regierung, mit diesen Maßnahmen den Streik bereits im Keim ersticken zu können, erfüllte sich allerdings nicht: Am Morgen des 22. Mai waren fast überall im Land die Geschäfte und die Fabriken geschlossen. Der dritte Generalstreik in der Geschichte Perus hatte begonnen. Die Innenstadt Limas war fast menschenleer. Ein peruanischer Journalist, dessen Zeitung nicht erscheinen durfte, beschrieb das so: „Ich habe noch nie so etwas gesehen. Das Hauptgeschäftsviertel Limas glich einem Friedhof. Nur einige Händler öffneten ihre Geschäfte in den reicheren Vierteln, doch meist schlossen sie dann gegen Mittag. Es ist wie die trügerische Ruhe im Auge des Sturmes."

Trotz des massiven Aufmarsches von Polizei- und vor allem Militärtruppen in und um Lima blockierten die Arbeiter alle Fernstraßen. Lastwagen, die mit Gemüse für die Supermärkte nach Lima wollten, wurden geplündert. Zahlreiche Bankfilialen wurden zerstört (die Bankangestellten streikten auch). Warenhäuser, darunter das der Rockefeller-eigenen „Todos-Supermarket"-kette, wurden in Brand gesetzt. Brücken und Elektrizitätswerke wurden gesprengt. Polizeistationen gestürmt.

Auch in den anderen Provinzen des Landes kam es zu ähnlichen Protesten: Sogar in der sonst ruhigen Stadt Arequipa gab es einen 15tägigen Generalstreik. Hier wurde Infantrie mit Gewehren und Bajonetten massiv eingesetzt.

Am Abend des 22.5. wurde der Streik von der Regierung für illegal erklärt. Das bedeutet, daß die Fabrikbesitzer jeden Arbeiter entlassen können, der beim Streik mitmacht (Beim letzten Generalstreik vom 19.6.77 sind dadurch 6000 Arbeiter entlassen worden). Da keinerlei soziale Absicherungen bestehen, bedeutet das für diese Entlassenen und ihre Familien ein Leben am Rande des Hungertodes.

Der Generalstreik vom 22./23. Mai forderte über 60 Tote. Mindestens 5 000 Personen sind im ganzen Land verhaftet worden.

Formierung der Reaktion

Die Rezession übt harten Druck vor allem auf viele Kleinunternehmer aus. Viele Unternehmer haben sich jetzt in der „Union de Empresarios Privados del Peru" zusammengeschlossen. Diese Vereinigung führte eine Kampagne gegen Streiks durch, ist für mehr politische Repression und die Abschaffung aller Vergünstigungen und Rechte, die die peruanischen Arbeiter in den letzten 30 Jahren erkämpft haben. Uneinig sind sich die Unternehmer allerdings über die Lösung der ökonomischen Krise. Viele befürchten, daß bei noch mehr „frischem Wind" des IWF ihnen der Konkurs ins Haus steht. Schon im November entließ ein großer Kleiderfabrikant wegen schlechter Absatzlage 1200 Frauen. Von der extremen Rechten bis zur bürgerlichen Mitte macht sich die Überzeugung breit, daß „nur ein Pinochet" das Land aus der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise herausführen könne und die ausländischen Gläubiger fragen ungeduldig, warum „die Militärs hier nicht endlich Ordnung schaffen".

Die jetzige Repressionswelle steht im krassen Widerspruch zur bisherigen „Liberalisisierung", die in den geplanten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 4. Juni ihren Höhepunkt finden sollte. Diese Wahlen wurden jedoch jetzt vorläufig ausgesetzt und zunächst auf den 18. Juni verschoben; die Hauptkandidaten der oppositionellen Parteien sind verhaftet bzw. deportiert oder sind gezwungen unterzutauchen. (Guardian 3.10., 17., 31.5.; FR 12.4.; Die ZEIT 2.6; Blick durch die Wirtschaft 14.4.; SZ 17.5.).

kh

**Solidaritätsspenden zur finanziellen Unterstützung der streikenden und verhafteten Gewerkschaftskollegen, Oppositionspolitiker und deren Familienangehörigen überweisen Sie bitte auf das Postscheckkonto Nr. 115 00 – 754, Postscheckamt Karlsruhe
Sonderkonto „Technische Hilfe"
Stichwort „Peru"
Kronenstr. 16, 7800 Freiburg**

MONITOR - DIENST LATEINAMERIKA 2. Mai 1978

Neues Wirtschaftsprogramm in Peru angekündigt (Auszüge) "Der peruanische Minister für Wirtschaft und Finanzen erklärte gestern (26.4.), daß Peru trotz seiner internen Schwierigkeiten seinen Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds nachkomme. General Saenz Barsallo betonte, hierfür sei allen Peruanern zu danken, fügte aber hinzu, daß man auch die Kooperation und das Verständnis des Auslands brauche. Saenz Barsallo sagte ferner, es werde wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen geben, machte jedoch keine Angaben darüber, wann diese Maßnahmen bekanntgegeben werden. Er sagte, diese Maßnahmen würden zum geeigneten Zeitpunkt erörtert, und es werde dabei nicht nur um finanzielle Faktoren, sondern auch um politische und soziale Faktoren im Rahmen der unter der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik durchgeführten Sparmaßnahmen gehen. Er sagte ergänzend, sein Ministerium werde zunächst eine Einschätzung der Lage vornehmen, bevor es ein Wirtschaftsprogramm verkünde..." (hjd)(RADIO LIMA HS, span., 27.4.78, 1200GMT)

TANSANIA
Probleme und Chancen ländlicher Entwicklung

Matomora Matomora

Das Beispiel TUNDURU in Südtanzania

Tanzanias Ujamaa-Politik seit der Unabhängigkeit ist darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Veränderungen vor allem der ländlichen und bäuerlichen Bevölkerung zu bewirken. Als Basis und Stütze dieser Entwicklung sollten die neu geschaffenen Ujamaa-Dörfer im ganzen Land dienen. Die Dezentralisierung des Staatsapparates bewirkte, daß Beamte, Techniker und Fachleute aufs Land geschickt wurden, um ihre beratende Funktion dort auszuüben, wo 95% der Bevölkerung wohnen. Aus den acht aus der Kolonialzeit übernommenen Provinzen wurden zwanzig Verwaltungsregionen (entsprechend den Bundesländern) geschaffen. Große entlegene, sowie überbevölkerte Distrikte wurden aufgeteilt. Auf allen Ebenen übernahm die inzwischen aus den beiden alten Parteien (1) neu gegründete Revolutionspartei „CCM" (2) die politische Führungsrolle.

Ein weiterer Aspekt dieser Entwicklung war die Erkenntnis, daß in Tanzania das Anwachsen von einer oder zwei städtischen Metropolen auf Kosten der Landbevölkerung verhindert werden muß. Stattdessen beschloß man die Förderung der Entwicklung von neun im ganzen Land verstreuten Städten. So sollte die Schaffung von Absatzmärkten für die bäuerlichen Produkte möglichst dem ganzen Land zugute kommen.

Wie sich nun die durch Ausrichtung auf die ländliche Entwicklung berühmt gewordene Politik Tanzanias praktisch in den einzelnen Dörfern des sehr entlegenen Tunduru-Distriktes niederschlägt, soll im folgenden erläutert werden. Es handelt sich dabei um Eindrücke, die ich während eines einjährigen Studienaufenthaltes von Mai 76 bis Mai 77 im Tunduru-Distrikt gewann.

Auswirkungen des Ujamaa-Dorf-Kampagne im Tunduru-Distrikt

Im Tunduru-Distrikt in Südtanzania gibt es 77 Ujamaa-Dörfer mit einer Einwohnerzahl von jeweils zwischen ein- und achttausend Menschen. Früher waren es mehrere hundert Klein- und Kleinstdörfer mit einer Einwohnerzahl von einigen Dutzend bis einigen tausend Menschen. Die Ujamaadorf-Kampagne wurde im Tunduru-Distrikt bereits 1973 abgeschlossen. Diese Dörfer stellen die Basis einer neuen ländlichen Entwicklung dar.

Durch sie konnte das Erziehungswesen, das eine Schlüsselrolle in der tanzanischen Politik spielt, seinen Einzug in die ländlichen Gebiete halten. Seit fünf Jahren wird systematisch daran gearbeitet, daß die allgemeine Schulpflicht im ganzen Land eingeführt wird. Dieser Prozeß sollte im November 1977 abgeschlossen sein. Man hat dieses Ziel nicht hundertprozentig erreicht, dennoch sind die Erfolge beachtlich. Selbst im rückständigen Tunduru-Distrikt hat jedes der 77 Ujamaa-Dörfer seine eigene Grundschule. Es konnten sogar in vielen Schulen Parallelklassen eröffnet werden. Zusätzliche Lehrer werden an Ort und Stelle rekrutiert. Im abgelaufenen Schuljahr (November 1977) waren 90% aller Kinder zwischen 7 und 15 Jahren eingeschult.

Die Lehrinhalte sind den Bedürfnissen eines armen Bauernstaates neu angepaßt worden. Die Kinder sollen „self-reliance" (Vertrauen auf die eigene Kraft) nicht nur theoretisch lernen, sondern schon während der Ausbildung praktizieren. So werden die Kinder neben ihrem 30-stündigen theoretischen Unterricht auch außerhalb des Schulgebäudes in verschiedenen praktischen Arbeiten unterwiesen: auf dem Schulgelände bauen die Kinder Mais, Hirse, Reis und andere Getreidesorten an; ferner betreiben sie umfangreichen Obst- und Gemüseanbau sowie Großvieh- und Geflügelzucht. Auch der Bau von Schulgebäuden und Lehrerwohnungen sowie Reparaturen werden unter Anleitung und mit Hilfe der Erwachsenen von den Kindern gemacht. Ziel dieses neuen Ausbildungssystems ist zum einen, weitgehende Selbstversorgung für die Schüler zu schaffen, zum anderen, die Kinder auf ihre spätere berufliche Integration im Dorf optimal vorzubereiten.

Die Ujamaa-Dörfer sollen in ganz Tanzania die kleinste Funktions- und Organisationseinheit darstellen. Die Struktur ist gekennzeichnet durch Selbstverwaltung der Dorfbewohner. Die nationale Politik zielt darauf ab, aus diesen Dörfern „Kooperativen" zu machen: zusätzlich zu ihren privaten Aufgaben sollen die Bewohner gemeinsam Landwirtschaft und Viehzucht betreiben, ferner gemeinschaftliche Einrichtungen aufbauen: z.B. das Dorfrathaus, Werkstätten zur Herstellung von einfachen landwirtschaftlichen Geräten und Gebrauchsgütern (Tische, Stühle, Fensterrahmen, Türen, Petroleumlampen), sowie den Marktplatz und den Dorfladen. Zur Förderung der im Volke existierenden Fähigkeiten und Künste trägt die staatliche Organisation zur Förderung der Kleinindustrie (SIDO) Sorge. Die SIDO unterstützt den Aufbau von Handwerksbetrieben sowie die Ausbildung von weiteren Handwerkern.

Selbstverständlich ist die Entwicklung auf dem Lande nicht problemlos. Obwohl Tunduru z.B. ein wasserreicher Distrikt ist, mangelt es dennoch aufgrund fehlerhafter Planungen in einigen Dörfern an Wasser. Die Quellen, die vor der Umsiedlung für ein paar hundert Menschen ausreichend waren, sind heute für die vielfache Menschenmenge in demselben Ort unzureichend. Die Folge: längere Wegstrecken zu neuen Quellen sind zurückzulegen. Davon sind nach wie vor die Frauen betroffen. Obwohl in beeindruckender Weise eine Vielzahl von Wasserleitungen und Pumpen in mehreren Dörfern angelegt wurde, scheiterte die Wasserversorgung häufig am fehlenden Brennstoff für die Motoren. Ein weiteres Problem sind auch die fehlenden Transportwege und -mittel, was die Entwicklung hemmt.

Ein kurzer Blick auf die Bezirksstadt Tunduru zeigt auch, daß sich ihr Gesicht in den letzten zehn Jahren kaum verändert hat. Es ist eine Folge der Ujamaa-Dorf-Kampagne,

daß in Tunduru heute etwa doppelt soviele Menschen wohnen wie vor zehn Jahren. Aber gebaut wird so gut wie überhaupt nicht. Wo wohnen denn die vielen Leute? Obwohl es auf dem Markplatz so viele Menschen gibt, besteht kein reger Warenaustausch; überhaupt ist das Angebot dürftig. Das bunte Bild eines Marktplatzes mit so hübsch in Khangas und Vitengas gekleidete Frauen fehlt hier. Die Menschen laufen schäbig und zerlumpt herum. Viele der Kinder sind nicht nur schlecht bekleidet, sie sind auch unterernährt. Die Gründe für diese unvorstellbare Armut sind naheliegend. Um Geld zu verdienen, müssen die Bauern von Tunduru im wesentlichen Cashew-Nüsse produzieren. In den letzten zehn Jahren aber ist der Verkaufspreis für die Cashew-Nüsse nur um 60 Prozent gestiegen, während die Preise für Kleidung und andere Manufakturgüter um 400 Prozent gestiegen sind. Zudem wird wegen der schlechten Transportbedingungen und den Engpässen in der verarbeitenden Fabrik in der Hafenstadt Mtwara – 250 Meilen entfernt – der Absatz der Nüsse häufig nicht bewältigt. Im Vergleich zu den anderen Distrikten, die Cashew-Nüsse produzieren, ist Tunduru wegen seiner Entfernung von der Küste schlechter gestellt. Kein Wunder, daß viele Bauern ihre Felder in Brand stecken. (3) Es kann also keinen Zweifel geben, daß hier die Lebensbedingungen der Bauern schlechter geworden sind als früher. Welche Chancen hat nun die auf die ländliche Entwicklung ausgerichtete Politik in Tunduru und wie kann sie im Süden überhaupt effektiver verwirklicht werden?

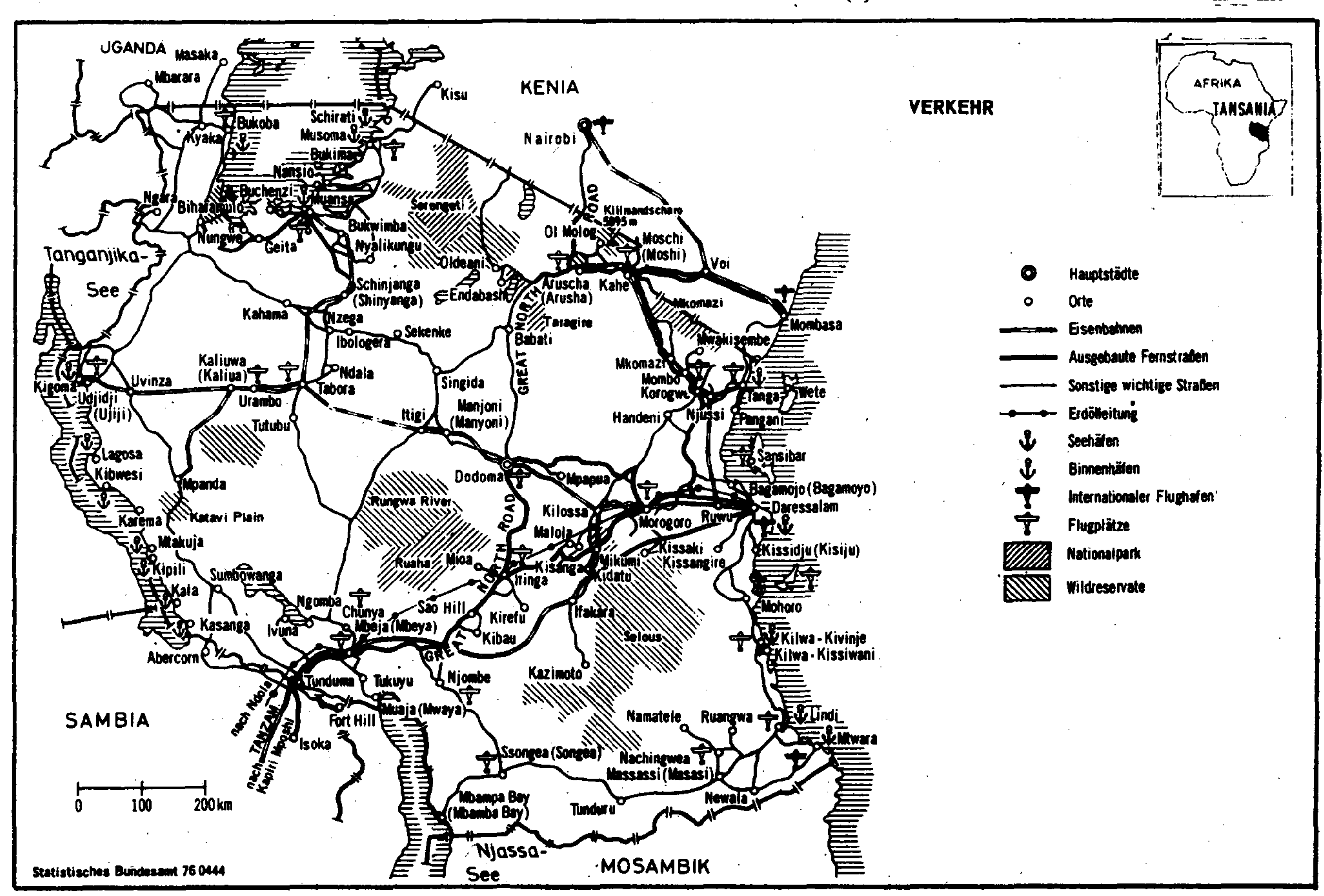
Strukturelle Unterentwicklung des Südens

Der Süden von Tanzania macht flächenmäßig ungefähr 20% des Landes aus. Darin wohnt 15% der Gesamtbevölkerung Tanzanias. Die Geschichte dieses Gebietes weist eine groteske regionale Isolation, Unterentwicklung, Landflucht und Verwahrlosung auf. Die deutsche Kolonialverwaltung erlebte hier ihren erbittertsten und blutigsten MAJI MAJI Widerstandskrieg von 1905–06. Sie bestrafte die Gegend dadurch, daß sie Dörfer und Vorratskammern in Brand setzte. Danach war die Gegend mehrere Jahre von Hungersnöten heimgesucht. Die britischen Kolonialherren nützten die Not des Südens aus, um aus der Gegend Arbeiter für ihre Sisalplantagen in den Norden zu verfrachten. Investiert wurde im Süden selbst indes nichts.

Auch die unabhängige und reformfreudige Regierung von Tanzania hat die extreme strukturelle Unterentwicklung und Isolation des Südens bisher nicht zu überwinden vermocht. Ja, eine ihrer ersten Taten war, die Mtwara-Nachingwea-Eisenbahnlinie abzumontieren, obwohl diese viele Bewohner des Südens hoffen ließ, daß sie eines Tages bis zum Nyassa-See ausgebaut werden und dadurch den Süden erschließen würde. (4) Da auch während des zehnjährigen Befreiungskampfes der FRELIMO im benachbarten Mozambik der Süden wegen nationaler Sicherheitsprobleme zum Sperrgebiet wurde, konnten dort keine entscheidenden strukturellen Veränderungen eingeleitet werden.

Noch heute gibt es zum Süden nur eine einzige Verbindungsstraße, die das ganze Jahr hindurch befahrbar ist. Sie führt über Njombe nach Songea. Die Straße ist wahrscheinlich die schlechteste und gefährlichste aller wichtigen Straßen in Tanzania. Sie führt über Schluchten und Täler, über riesige Felsen wie auch über rutschige Lehmberge und Abgründe.

Es wäre irreführend zu behaupten, daß in Tanzania nur der Süden so abgeschieden sei. Das ist sicher nicht der Fall. Doch als einheitliches Gebiet dieser Größenordnung, abseits gelassen und ohne Anschluß, ist der Süden einmalig. Die Versorgung dort ist schlecht. Die einzige Ost-West-Verbindungsstraße wird seit Anfang der Sechziger-Jahre ausgebaut und befestigt. Sie war 1977 ganze hundert Meilen weit gediehen .... (5). Heute noch betrachten es viele als eine



Strafe, wenn sie in den Süden versetzt werden oder dort eine neue Stelle antreten müssen.

Benachteiligung des Tunduru-Distrikts

Der Tunduru-Distrikt erlebt die Akzentuierung der Probleme des Südens. Obwohl er an der Verbindungsstraße zwischen Songea und der Küste liegt, ist er aufgrund der schlechten Straßenverhältnisse und der großen Entfernungen von beiden abgeschnitten. Er hat deshalb gelegentlich als Verbannungsgebiet gedient. Das Songea-Gebiet und die Küste bilden in sich abgeschlossene Wirtschaftszentren, von denen der Tunduru-Distrikt abhängig ist. Im Rahmen der nationalen Entscheidungen, die Entwicklung von 9 Städten zu fördern, fiel im Süden das Los nur auf die Hafenstadt Mtwara. Von ihrer schnellen Entwicklung profitieren sicher die Küstenbewohner und die umliegenden Distrikte, die verkehrsmäßig günstig liegen und die im Durchschnitt nur ca. 50 Meilen voneinander entfernt sind. Das unwegsame Hinterland hat an dieser Entwicklung keinen Anteil. Zudem sind der Förderung Mtwaras wegen ihrer Abgeschiedenheit vom übrigen Land enge Grenzen gesetzt. Es können naturgemäß keine Großbetriebe oder Industrieanlagen entstehen.

Dem gleichen Ziel dienend, nämlich Dienstleistungen an die ländliche Bevölkerung heranzutragen, sowie durch die Förderung der Entwicklung von Regionalstädten bäuerliche Produktionsanreize zu schaffen, entstanden im Süden drei Verwaltungsregionen. Doch obwohl Mtwara, die ohnehin besser versorgte Küste im Osten, wie auch Songea im Westen diesem Ziel bereis gut dienten, wurde die dritte Regionalstadt nicht im entlegenen Zentrum (Tunduru, Masasi, Nachingwea/Liwale), sondern in Lindi, nur 70 Meilen auf der Teerstraße von Mtwara entfernt, angesiedelt.

In den Regionalräten wird vor allem um die geringen finanziellen Mittel, die den Regionen zur Verfügung stehen, gestritten. Die abgeschiedenen Distrikte haben dabei so gut wie keine Chancen. In der Songea-Region, wozu auch Tunduru gehört, wurden alle Regional- bzw. in dieser Region anzusiedelnden nationalen Einrichtungen wie das Gymnasium, das Lehrerseminar, die Krankenpflegeschule, die Militärbasis etc., allein in der Regionalhauptstadt Songea gebaut. Zusätzlich zu ihrer eigentlichen Bestimmung haben diese Einrichtungen den Effekt, daß sie Hunderte ja Tausende Gehaltsempfänger in einen Ort ziehen. Diese stellen eine Kaufkraft für den lokalen Markt dar, von dem die umliegenden Bauern profitieren. Dies ist ja auch der Sinn der Dezentralisierung. Da aber der Tunduru-Distrikt keinerlei solcher Institutionen bekam, bleibt ein reger Warenaustausch und damit ein Anreiz zur bäuerlichen Produktion aus.

Eine solche Kritik zu äußern bedeutet nicht, die grundsätzlichen Erfolge der auf die ländliche Entwicklung ausgerichteten Politik zu bagatellisieren. Es muß gesehen werden, daß man heute nur gestützt auf die bereits vollbrachten Veränderungen im ganzen Land weitere konstruktive und solidarische Kritik dieser Politik üben kann. Eine andere Politik, die nicht auf die ländlichen Gebiete Rücksicht nimmt, hätte für Tunduru und den Süden sicher noch schlimmere Folgen gehabt. Die Stärke der sozialistischen Politik Tanzanias liegt nicht nur darin, im Staats- und Parteiapparat wirkungsvolle Reformen durchsetzen zu können, sondern vor allem darin, daß die Masse der Bauern überall im Land mobilisiert und animiert wird, für ihre eigene Entwicklung im Vertrauen auf die eigene Kraft zu arbeiten. Die Bauern warten also nicht darauf, daß die Regierung für sie etwas errichtet, sondern sie kümmern sich um ihre eigenen Interessen.

Ansätze zur Überwindung

Dies trifft auch für die Bauern in Tunduru zu. Sie haben auf die Aufrufe der Partei und Regierung stets positiv reagiert. In der Songea-Region war Tunduru der erste Distrikt, der seine sämtlichen Dörfer in größere Ujamaa-Dörfer umgewandelt hat. Das gemeinschaftliche Arbeiten, wie es Ujamaa postuliert, stößt in Tunduru auf keinen ernsten Widerstand. Das Dorf Masuguru im Tunduru-Distrikt gewann beispielsweise 1976 den ersten Preis im regionalen Wettbewerb der Dörfer mit der größten gemeinschaftlichen Landwirtschaftsproduktion.

Die Bauern versuchen, ihre Ernte durch Erweiterungen der privaten wie auch der gemeinsamen Felder und durch erhöhten Einsatz von Düngemittel zu vergrößern. Viel propagiert wird zudem die zusätzliche Bestellung von Feldern in der Trockenzeit, die vorerst noch auf sumpfige Täler beschränkt ist, später aber auch in trockene Täler mittels Bewässerung erfolgen soll.

Als Quelle tierischer Eiweiße war hier nur die traditionelle Geflügelzucht bekannt. Am Ruvuma-Fluß gehen die Bewohner auch dem Fischfang nach und setzen ihren geringen Überfluß in der Distrikt-Stadt ab.

Neu eingeführt in dieser Gegend ist die Viehzucht. Rinder werden in den Dörfer sowohl gemeinschaftlich wie auch privat gezüchtet. Es gibt auch Pläne, ein oder zwei Ranches für die Fleichversorgung des Distrikts zu errichten.



Bauern reparieren landwirtschaftliche Maschine

Auch auf den Partei- und Regierungsaufruf – die Bauern sollen sich auf ihre traditionellen handwerklichen Fähigkeiten und Künste besinnen, um ihre bäuerliche Tätigkeit kreativ mit handwerklichen Produktionen zu verbinden – haben die Bauern in Tunduru sehr positiv reagiert. In mehreren Dörfern sind kleinere Werkstätten entstanden, in denen einfache Nutzgeräte, wie Hacken, Buschmesser, Stühle, Fensterrahmen und Flechtwaren hergestellt oder repariert werden. Gerade weil es im entlegenen Tunduru schwierig ist, Werkzeuge zu bekommen, haben die Bauern vielfach ihre Gemeinschaftsbetriebe dadurch gebildet, daß jeder, der irgendein altes Werkzeug hatte, dieses beisteuerte. In Anerkennung der eigenen Initiative der Bauern von Tunduru wurden 1976 einige Kisten mit Handwerkszeug im Wert von DM 12.000,-- für vier Schreiner- und zwei blech- und eisenverarbeitende Werkstätten geliefert. Diese Spende beruht

auf der Initiative einer kleinen deutschen Studentengruppe, die zuvor Tunduru bereiste und dort die Anstrengungen der Bauern gesehen hatte. Die Studenten und deren Freunde haben durch ihre Aktion viele Bauern bei der Entfaltung ihrer bereits vorhandenen Künste und handwerklichen Fähigkeiten ermutigt und unterstützt.

Aus dieser Aktion entwickelte sich die Idee, im weiteren das Schneidergewerbe im Distrikt zu unterstützen. Daher werden seit kurzem alte gebrauchsfähige (Schrank-) Nähmaschinen organisiert. In Anbetracht der Tatsache, daß solche Nähmaschinen, die dort nicht erhältlich sind, einen bedeutenden Aufschwung für die Bauern mit sich bringen, ist eine derartige Unterstützung sehr sinnvoll und begrüßenswert. Der Transport dieser Gebrauchsgegenstände erfordert jedoch einen hohen finanziellen Aufwand.

Aufbau eines Landwirtschafts-, Handwerks- und Gesundheitszentrums

In der Distriktstadt Tunduru gibt es Dutzende von guten Handwerkern verschiedener Zweige. Zur Ausübung ihrer Arbeit fehlen ihnen aber Werkzeuge. Sie arbeiten unorganisiert und jeder für sich irgendwo unter einem Baum. Ihr Tagesverdienst reicht vielleicht für eine Familienmahlzeit. Deshalb beschlossen die städtischen Handwerker zusammen mit lokalen Vertretern der Partei und der Regierung die Bildung von Handwerkskooperativen. Die Kooperativen würden auch das handwerkliche Rückgrat der kleinstädtischen Entwicklung darstellen.

Geplant sind zunächst eine Werkstatt-Kooperative, in der einfache Dinge, wie z.B. Hacken, Buschmesser usw. hergestellt und Reparaturen durchgeführt werden sollen. Zudem eine Schneiderwerkstatt, eine Schusterwerkstatt, wie auch ein Handwerksbetrieb für Kunstgewerbe. Die geplanten Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 320 000 Tsh.

Das Hilfsprogramm hat folgende Schwerpunkte:

1. Die Nähmaschinen-Aktion zur Unterstützung der Schneiderkooperative. Gesammelt werden sollen gebrauchsfähige Schranknähmaschinen und Geld für den Transport. Z.Zt. sind 7 Maschinen gesammelt worden. Sie warten auf die Überführung. Noch wird Geld für den Transport benötigt.

2. Der „Industrial Complex of Tunduru" ist sehr wichtig. Sein Aufbau wird von den Bewohnern und Handwerkern von Tunduru (Stadt) selbst betrieben. Es muß aber ein ausreichendes Anfangskapital vorhanden sein, um sicherzustellen, daß die Arbeit, nachdem sie von der Masse aufgenommen worden ist, nicht auf halbem Wege wegen etwa fehlender Werkzeuge oder Geräte scheitert. Ein ausreichendes Anfangskapital wird von Mitteln aus dem Distrikt-Entwicklungsfond, der lokalen Spenden sowie aus Spenden von solidarischen Organisationen im Ausland erhofft.

3. Ein Landwirtschafts-, Handwerker- und Gesundheitszentrum. Wie in Hanga im Songea-Distrikt soll auch im Tunduru-Distrikt (nicht in der Stadt direkt) ein solches Zentrum aufgebaut werden. Es soll ein kulturelles und soziales Zentrum für die Dorfbewohner sein. Es soll auch ein Zentrum der „intermediate technology" sein, wo junge Dorfbewohner einfache Methoden zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen lernen können.

Die Bedeutung der Unterstützung dieser Projekte liegt nicht im karitativen Handeln, sondern im solidarischen Teilhaben am Befreiungsprozeß einer Gruppe von Menschen, die diesen Befreiungskampf aufgenommen haben. Die positive, auf die Überwindung der Unterentwicklung und Unterdrükkung gerichtete Politik Tanzanias bietet die Voraussetzung, daß die Anstrengungen der Bauern und Arbeiter nicht frustriert werden.

Günstige Faktoren für die zukünftige Entwicklung

Die Isolation des Südens und vor allem des Tunduru-Distrikts stellen den eigentlichen Hemmschuh für die Entwicklung dieser Region dar. Doch stehen gegenwärtig die Zeichen für den Süden günstig wie nie zuvor. Da ist zum einen der Druck der südtanzanischen Bevölkerung auf ihre Regierung erheblich angewachsen. Die wichtigste Straße zwischen Mtwara und Songea und weiter nach Makambako, wo sie Anschluß zum übrigen Land bekommt, wird in letzter Zeit zügiger ausgebaut und befestigt. Die in dem jetzt beginnenden 3. Fünfjahresplan von Tanzania zu erwartende Kohle- und Eisenförderung in Südwesttanzania wird zwangsläufig eine beschleunigte Verkehrsverbindung im Süden mit sich bringen. Zum anderen stellt die 1975 errungene Unabhängigkeit von Mozambik unter der Führung der FRELIMO für die Entwicklung Südtanzanias einen neuen wichtigen Faktor dar. Das Ruvuma-Tal, beiderseits der von Kolonialisten 1884/85 in Berlin willkürlich festgelegten Grenze, haben seit eh und je die gleichen Völkergruppen von MAKONDE (für ihre berühmten Ebenholzschnitzereien bekannt), MAKUA, YAO und NGONI bewohnt. Sie wurden generationenlang künstlich getrennt gehalten. Dieser Zustand hat sehr dazu beigetragen, daß die Gebiete beiderseits der Grenze – d.h. Südtanzania und Nordmozambik – sozial, kulturell und vor allem wirtschaftlich isoliert und unterentwickelt wurden. Denn die koloniale Wirtschaftsentwicklung in den beiden Kolonien war in die entgegengesetzte Richtung orientiert. Es ist keine leichte Aufgabe, die jahrhundertelang aufgezwungene Ausbeutungsstruktur aufzubrechen. Doch hierzu besteht in Tanzania und Mozambik eine große Bereitschaft. Mit größter Volksbeteiligung wird der Bau der „Einheits-Brücke" über den Ruvuma-Fluß und der Tanzania-Mozambik-Straße vorbereitet.

Natürlich wird diese zu erwartende Entwicklung der Transportwege zwischen Mozambik und Tanzania von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen sowie sicherheitspolitischen Interessen und Notwendigkeiten nicht nur der beiden Staaten, sondern auch der noch unterjochten und ihrer Hautfarbe wegen diskriminierten und deshalb um ihre Befreiung kämpfenden Völkern des Südlichen Afrikas diktiert.

In einer solchen Entwicklung gewinnt auch der rückständige Tunduru-Distrikt in Südtanzania eine besondere Bedeutung. Er wird zum Verkehrsknotenpunkt zur Ostküste und zur wichtigen Hafenstadt Mtwara, zum Süden nach Mozambik, zum Westen zum Nyassasee, zu den Eisen- und Kohlelagern und mit Anschluß über die TANZAM-Bahn zum übrigen Land und nach Zambia. Deshalb wird schon heute in Erwartung dieser Entwicklung in Tunduru geplant.

Hilfe zur Selbsthilfe

In der Unterstützung der Massenbewegung an der Basis auf dem Land können Freunde und befreundete Kreise und Gruppen hier im Ausland entscheidende Hilfe leisten. Im benachbarten Distrikt von Songea befindet sich z.B. im Dorf Hanga (ca. 30 km von der Stadt) ein von Freundes-

kreisen im Ausland unterstütztes Landwirtschafts- und Handwerkerzentrum. Hier haben sich einheimische Ordensbrüder organisiert und das Hanga-Zentrum gegründet. Der letzte europäische Mitarbeiter verließ es 1968. Mit eigenen Händen und in Zusammenarbeit aller Bewohner des Zentrums bestellen sie große Felder sowie Gemüse- und Obstgärten. Sie betreiben Viehzucht und haben vier große Fischbecken. Das Zentrum ernährt nicht nur sich selbst, es produziert weit mehr als es selbst verbrauchen kann. Seinen Obst- und Gemüseüberschuß setzt das Zentrum in der Stadt ab. Dorfbewohner von Hanga und Umgebung können hier lernen, wie mit wenigen Hilfsmitteln die Felder ertragreicher bestellt werden können.

Mit geringer Unterstützung vom Ausland wurden verschiedene Lehrwerkstätten errichtet, in denen die jungen Leute von Hanga und Umgebung z.B. Schreiner, Schuster, Klempner und Radiotechniker lernen können. Durch das Zentrum und von ihm ausgehend werden die Dorfbewohner von Hanga und Umgebung zu weitreichenden Selbsthilfeprojekten mobilisiert. Zum Beispiel sammelten die armen Bauern mehrere Erntezeiten lang für einen Kleinbus, um ihre Transportschwierigkeiten in die Stadt bzw. zum Markt oder Krankenhaus zu überwinden. Zwischen ihren Dörfern bauten sie in Selbsthilfe Straßen. Ja, mehr noch, sie haben bis 1976 in Selbsthilfe 120 km einer ca. 300 km langen Abkürzungsstraße nach Dar es Salaam gebaut. Hanga und die umliegenden Dörfer bauten 1976 eine große Wasserpumpe für ihre Trinkwasserversorgung sowie für Bewässerungsvorhaben. Ein anderes Dorf in der Nachbarschaft produziert aus einfachsten Mitteln Seife, die sie sogar im ganzen Distrikt verkaufen können. Die Struktur, Hingabe und Verbundenheit des Zentrums mit der Basis erweckt offensichtlich ein großes Vertrauen bei Regierungs- und Parteistellen, so daß viele Gäste hingeführt werden.

Auch für die Entwicklung des Tunduru-Distrikts wäre ein solches Zentrum förderlich. Ein Selbstversorgungs-Zentrum, das auch für den Markt produziert und die Bauern praktisch unterstützt, die jungen Leute in handwerklichen Berufen auszubilden hilft, Gesundheitsarbeit durchführt sowie auch sonst hilft, Entwicklungsimpulse und Anregungen für die Umgebung zu geben, könnte zum Modellzentrum einer effizienten Basisentwicklung werden.

Es ist hier versucht worden, Probleme und Chancen ländlicher Entwicklung in Tanzania anhand des dem Verfasser sehr bekannten Tunduru-Distrikts eingehender und mit Hintergrundinformation darzustellen. Die hier aufgezeigten Probleme sind nicht für Tunduru spezifisch. Doch in der Akzentuierung stellt Tunduru sicher eines der besten Beispiele von Unterentwicklung dar.

Der tanzanische Verfasser dieses Artikels ist selbst in Tunduru aufgewachsen. Er ist mit den Problemen dieses Distrikts sehr vertraut. Auch während seines Medizinstudiums in der BR Deutschland hat er mehrmals dieses Gebiet besucht, zuletzt von Mai 1976 bis Mai 1977.

In den letzten Jahren hat Matomora Matomora mehrmals bei seinen Studienfreunden und Bekannten Unterstützung für kleine Entwicklungsprojekte in verschiedenen Dörfern organisiert und vermittelt. Hier hat er größere Projekte vorgestellt. Er möchte weitere Kreise ansprechen und um solidarische Unterstützung werben. Matomora selbst würde gern in so einem von der Basis her aufgebauten Projekt – etwa in einem Landwirtschafts- Handwerker- und Gesundheitszentrum – mitarbeiten und es mitaufbauen.

Matomora möchte hiermit alle Freunde und Bekannten anregen, die hier angeführten Projekte miteinander und mit weiteren Freunden zu diskutieren und nach Möglichkeiten der Unterstützung zu suchen. Welche Organisationen, Kirchengemeinschaften oder Gruppen könnte man dafür ansprechen? Jede Mitteilung und Einladung in dieser Sache nimmt Matomora dankend gern entgegen. Mit drei anderen befreundeten Ärzten in Heidelberg: Utters, Schmidt und Asen führt er das Spendenkonto Nr. 3249689 der Bezirkssparkasse HD. Spenden bitte mit dem Vermerk „Tunduru-Hilfe“ versehen.



▲
Suchbild: Wer entdeckt einen Bulldozer?
(Straßenbau in der Nähe von Igagala bei Tabora, Tansania)
(Foto: CIRIC)

Anmerkungen:

1) Tanganyika African National Union (TANU) und Afro-Shirazi Party (ASP)
2) Chama Cha Mapinduzi (CCM) = Revolutionspartei
3) Die Produktion von „Cash crops“ – also von landwirtschaftlichen Exporterzeugnissen – ist seit der Unabhängigkeit erweitert worden. Zum Anbau von Sisal, Baumwolle und Kaffee kamen Tabak, Tee und Casnew-Nüsse hinzu. Man wollte die Produktion diversifizieren, um die Monokultur zu überwinden. Gleichzeitig versprach man sich Deviseneinnahmen.
Für die Bauern sollte es sich lohnen, „Cash crops“ anzubauen. Das trifft aber nicht für jedes landwirtschaftliche Exporterzeugnis zu; am schlechtesten schneidet offensichtlich die Casnew-Nuß ab. Hinzu kommt die Abgeschiedenheit des Südens, die die Verwertung schwierig macht.
4) Die Eisenbahn Mtwara-Nachingwea wurde gebaut, um Erdnüsse zu befördern. Das 36,5 Millionen Pfund kostende ‚Groundnut-scheme‘ scheiterte durch schlechte Planung indes schon am Aufbau. Kein Sack Erdnuß konnte auf der Eisenbahn transportiert werden. Da sie kurzfristig ein Minus darstellte, hat man sie abmontiert.
5) Die Straße wird unter westlicher ‚Anleitung‘ und unter Verwendung westlicher Technologie gebaut.

ENERGIEVERSORGUNG DER DRITTEN WELT

Einleitung

Bedeutung der Energie in Entwicklungsländern

Energie ist die Fähigkeit, Arbeit zu verrichten. Im Laufe seiner Entwicklungsgeschichte hat es der Mensch gelernt, in zunehmendem Maße menschliche Arbeit unnötig zu machen bzw. zu erleichtern, indem er natürliche Energien für seine Zwecke einsetzte. In diesem Prozeß stieg der Energieverbrauch der Menschheit insbesondere durch die Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert stark an.
Diese Tatsachen zeigen die Bedeutung der Frage nach der Energieversorgung der Entwicklungsländern: Zum einen ist eine Industrialisierung ohne Energieversorgung nicht möglich. Zum anderen ist Energie notwendig, wenn der Umfang der menschlichen Arbeitsleistung verringert werden soll, d.h. z.B., wenn das bisher notwendige kilometerweite Tragen von Wasser abgelöst werden soll durch eine pumpenbetriebene Wasserleitung.



Um 1970 war das Erdöl eindeutig der wichtigste Energieträger. Sein Anteil am Welt-Primärenergieverbrauch betrug 1973 etwa 44 % [1]*. Ende 1973 vervierfachte sich der Preis für Rohöl. Dies hatte für diejenigen Entwicklungsländer, die keine eigenen Ölquellen besitzen, teilweise katastrophale Folgen: Die Mehrausgaben für Ölimporte betrugen in diesen Ländern 1974 etwa 10 Mrd. Dollar, das ist ein Sechstel des Gesamt-Importvolumens dieser Länder.*[2]

Harte Technik

Es gibt zahlreiche Versuche, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Erdöl durch die Erschließung anderer Energiequellen zu lockern. Im Rahmen derartiger Bemühungen konzentrierten die internationalen Hilfsorganisationen ihre Aktivitäten auf den Bereich der elektrischen Energie: „Das bedeutet, daß die multilateralen und bilateralen Hilfsorganisationen ihre Arbeit fast ausschließlich auf die Bereitstellung von hochpotenter elektrischer Energie in großen Mengen für industrielle Zwecke und damit für die Schaffung von allerhand Annehmlichkeiten für das Leben in den Städten konzentrieren: die fast symbolische Gleichsetzung von Entwicklung mit den Staudämmen (oder mit öl- oder kernkraftbetriebenen Kraftwerken), die Stahlwerke, Zementfabriken und Chemiewerke durch teure elektrische Hochspannungssysteme versorgen." [3] *Die hier angestrebte Energieversorgung erfolgt durch zentralisierte großtechnische Anlagen. Die Eigenschaften „zentralisiert" und „großtechnisch" sind typische Kennzeichen einer harten Technik.*
Als Folgen einer solchen harten Technik ergeben sich für ein Entwicklungsland:
Großindustrielle Anlagen sind kapitalaufwendig, da sie meist importiert werden müssen. Des weiteren ist ihre Funktionsweise schwer durchschaubar, was in der Dritten Welt zur Folge hat, daß Wartung und Reparatur nur von ausländischem oder speziell geschultem einheimischen Personal durchgeführt werden kann. Dadurch ergeben sich neue Abhängigkeiten des Entwicklungslandes: Es muß sich beim Erwerb derartiger Anlagen bei den Industrieländern verschulden. Außerdem entstehen Abhängigkeiten von den Lieferfirmen, die allein in der Lage sind, Ersatzteile zu beschaffen und/oder speziell geschultes Personal zur Verfügung zu stellen.
Innerhalb des Entwicklungslandes bewirkt die Zentralisierung der Energieerzeugung, daß die Entscheidungsgewalt über die Anlage nur in wenigen Händen liegt. Die Vormachtstellung der Zentren wird so gestärkt. Außerdem steht die so erzeugte Energie (d.h.: der Strom) im allgemeinen nur in den Ballungszentren zur Verfügung: „Die Verteilung solcher zentral erzeugten Energie sieht üblicherweise so aus: 80 % für städtische Industrien (mit energieintensiver westlicher Technologie), und je 10 % für die privaten städtischen Haushalte und die ländlichen Gebiete." [4]

Sanfte Technik

Gegenüber der harten Technik wurde von dem Briten E.F. Schumacher das Konzept einer alternativen, der sogenannten angepaßten oder sanften Technik entwickelt. Als Grundforderungen an eine derartige Technik (nicht nur im Energiebereich) nennt Schumacher: „Wirkliche Hilfe wird nur dann zustande kommen, wenn es gelingt, den Menschen außerhalb der Metropolen produktive Arbeit zu verschaffen, aufgrund deren sie sich weitgehend selbst versorgen können.

Inhalt des Themenblocks
Energieversorgung der Dritten Welt

Diese neue produktive Arbeit muß ihren bestehenden Fähigkeiten und Möglichkeiten organisch angepaßt sein. Die Arbeitsprozesse müssen in der Tat leistungsfähiger sein als diejenigen, die der Tradition entstammen und heute im Verfall begriffen sind, müssen aber gleichzeitig unendlich viel einfacher und billiger sein als die raffinierten, hochgezüchteten, ungeheuer kapitalintensiven Arbeitsprozesse, die die moderne westliche Industrie zu bieten hat." [5]

Im Energiebereich läßt sich dies Konzept verwirklichen, indem dezentral kleine überschaubare Anlagen errichtet werden, die die lokal zur Verfügung stehenden Energien (Wasser, Wind, Sonne, Biogas, ...) ausnutzen.

Zum Inhalt des Themenblocks

Probleme, die die Einführung harter Technik in Entwicklungsländern aufwirft, haben wir in früheren Heften schon mehrfach angesprochen. Wir erinnern u.a. an: Itaipu-Staudamm (Nr. 35), Assuan-Hochdamm (Nr. 65), Quattaraprojekt (Nr. 65).

In diesem Themenblock untersuchen wir (als Beispiel harter Technik) den Einsatz von Kernkraftwerken in Entwicklungsländern. Der Beitrag von Ansgar Skriver zeigt eine Reihe von bisher nicht gelösten Problemen auf, die dazu führen, daß Kernkraftwerke in Entwicklungsländern erhöhte Sicherheitsrisiken mit sich bringen und neue Abhängigkeiten schaffen.

Lehnt man den Bau von Kernkraftwerken in Entwicklungsländern ab, so stellt sich die Frage nach einer alternativen Energieversorgung. Dazu stellen wir in den folgenden Beiträgen mögliche alternative (sanfte) Energietechniken vor, die insbesondere in den ländlichen Bereichen der Entwicklungsländer zum Einsatz kommen könnten. Welche Möglichkeiten diese sanfte Technik bietet und welche Chancen bestehen, daß sich diese Technik in den Entwicklungsländern durchsetzt, wird abschließend diskutiert.

Red.

Anmerkungen:

1) Informationen zur politischen Bildung, Nr. 162: Energie, Bonn 1975, S. 7
2) ebenda, S. 27
3) Forum Vereinte Nationen, Aug.-Sept. 1977, S. 2
4) Forum Vereinte Nationen, Nov.-Dez. 1977, S. II
5) Schumacher, E. F.: Es geht auch anders, München 1974, S. 108 f.

Kernkraft für die Dritte Welt?

Ansgar Skriver

Vorbemerkung

Der Bau und Betrieb von Kernkraftwerken ist in den Industrieländern ein kontrovers diskutiertes Thema. Von den Kernkraftwerkensgegnern werden in diesem Zusammenhang u.a. folgende Bedenken bzw. Gefahren genannt:

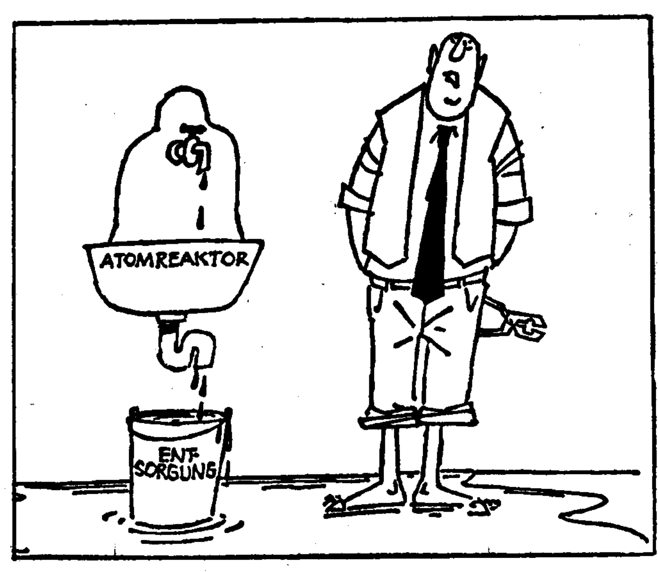
- Die BRD ist für die Versorgung der Reaktoren mit Brennstoff weitgehend auf Lieferungen aus dem Ausland angewiesen.
- Kernkraftwerke haben nur eine Betriebsdauer von etwa 20 bis 30 Jahren. Werden sie dann stillgelegt, so stehen sie entweder als sorgfältig zu bewachende Ruinen in der Landschaft, oder sie müssen in sehr aufwendigen Verfahren (damit keine Radioaktivität entweicht) abgebaut werden.
- Die hochradioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke müssen teilweise über Jahrtausende an ungefährlicher Stelle gelagert und gegen Mißbrauch geschützt werden. Es ist unklar, wer hierfür die Garantie übernehmen kann. (Zum Vergleich: Welhes Pharaonengrab konnte durch drei Jahrtausende gegen Plünderung gesichert werden?)
- Die Wiederaufbereitung der abgebrannten Brennelemente und die Endlagerung des radioaktiven Abfalls ist noch problematisch.
- Auch im Normalbetrieb gibt ein Kernkraftwerk (über Abluft) radioaktive Stoffe an die Umwelt ab. Über die Anreicherung in der Nahrungsmittelkette (Gemüse, Milch) und auch durch Einatmen gelangen diese Stoffe direkt in den Körper des Menschen. Dort sind sie besonders gefährlich, da die von ihnen ausgehende Strahlung direkt die umliegenden Zellen schädigen kann.
- Die Einführung und Verbreitung der Atom-Technologie liefert dem Staat die Legitimation, die Bürger stärker zu kontrollieren und Freiheiten einzuschränken. (dazu: Junck: Der Atomstaat)

Gegenüber diesen Argumenten verweisen Befürworter der Kernkraftwerke auf die drohende „Energielücke" und auf die Möglichkeiten für die Wirtschaft, Kernkraftwerke (u.a. in Entwicklungsländer) zu exportieren und somit Arbeitsplätze in der BRD zu sichern bzw. zu schaffen. Dabei wird selten genauer untersucht, inwieweit Kernkraftwerke in Entwicklungsländern sinnvoll sind.

Diese Frage behandelt der folgende Artikel. Er zeigt auf, daß es neben den obengenannten Risiken einige weitere Gründe gibt, die gegen den Bau von Kernkraftwerken in der Dritten Welt sprechen.

Die meisten Teile des folgenden Artikels wurden aus dem gleichnamigen Aufsatz von Ansgar Skriver (dü – Dienste in Übersee, 3/77, S. 1 ff) übernommen. Der Teil 4 und die Zwischenüberschriften wurden von uns eingefügt.

Red.



„Wir haben uns entschlossen, keine neuen Wasserhähne zu installieren, bevor die Kanalisationsfrage geklärt ist."

1) Exportierte Kernreaktoren sind den Bedingungen der Entwicklungsländer nicht angepaßt und bilden somit ein erhöhtes Sicherheitsrisiko.

Überraschenderweise sind Unterschiede zwischen den im Lieferland selbst betriebenen und den exportierten Anlagen festzustellen, zwischen Anlagen also, von denen zunächst vermutet wird, sie seien identisch. Da in den Lieferländern größere Anlagen betrieben, als in bestellenden Entwicklungsländern gebraucht werden, fehlt es an Bezugssystemen. In den USA befindet sich gegenwärtig ein 2-Block-600-Megawatt-Reaktor für den Eigenbedarf nicht im Bau. Daher entspricht die neueste 2-Block-Anlage, die an Ägypten, Südkorea und die Philippinen verkauft wurde, einer Anlage, die seit 1974 in Jugoslawien in Bau ist. Diese jugoslawische Anlage wiederum wurde einer 2-Block-Anlage nachkonstruiert, die zuvor in Brasilien gebaut wurde, und die brasilianische Anlage entspricht einer Anlage in Puerto Rico, die von den amerikanischen Behörden 1970 genehmigt wurde. Die fortlaufende Prüfung der Anlage in Puerto Rico wurde allerdings 1972 wegen Gefährdung des Bauplatzes durch Erdbeben endgültig abgebrochen. Wäre der Bau dieser Anlage fortgesetzt worden, so hätte die amerikanische Aufsichtsbehörde mit Sicherheit nach eingehender systematischer Prüfung Änderungen veranlaßt mit weitreichenden Folgewirkungen für die Anlagen in Jugoslawien, Ägypten, Korea, den Philippinen. Tatsächlich sind also Kopien einer nicht bis ins Letzte geprüften Vorlage hergestellt worden.
Die gegenwärtig durch westdeutschen Firmen in Iran errichteten 4-Block-Druckwasser-Reaktoren dagegen werden parallel zu einer entsprechenden deutschen Anlage gebaut. Hier gibt es ein anderes Problem: die deutsche Anlage liegt in einem wenig erdbebengefährdeten Gebiet, die iranische in einem Gebiet mit relativ hoher seismischer Aktivität. Daher muß die iranische Anlage in wesentlichen Punkten (Fundamente, Wand-Verbindungen, Rohrsysteme) anders ausgelegt werden, ohne daß diese unterschiedlichen Ausführungen von deutschen Kontrollbehörden im einzelnen geprüft worden sind. Die Erdbebensicherheit spielt aber wegen des zunehmenden Reaktorbaus in seismisch unsicheren Gegenden eine wichtiger werdende Rolle.
Schließlich gibt es während des Konstruktionsverlaufs im Exportland selbst unzählige Korrekturen, Verbesserungen und Sicherheitsauflagen, die aber keineswegs auf die Parallelkonstruktionen im Ausland übertragen werden. Wenn nun noch Firmen aus mehreren industriellen Exportländern in einem Entwicklungsland Anlagen errichten, so ist eine einheitliche Anwendung technischer Normen und Sicherheitsbestimmungen in einem Land, das keine eigenen technischen Kontrollmöglichkeiten hat, keineswegs gewährleistet.

Die USA und die Bundesrepublik Deutschland beispielsweise haben entsprechend unterschiedlichen Anforderungen der eigenen Elektrizitätswirtschaft andere Bestimmungen als ebenfalls technisch hochentwickelte Länder wie Großbritannien oder Frankreich. Eine eigenständige Feststellung der für die besonderen Bedingungen des Importlandes erforderlichen technischen Normen stößt auf größte Schwierigkeiten, ganz zu schweigen von eventueller Kombination mehrerer Projekte unterschiedlicher Herkunft. Die Folge ist, daß die Gründe für sehr unterschiedliche Sicherheitsbestimmungen in den Herkunftsländern von den Behörden der belieferten Entwicklungsländer nicht verstanden werden können. So gibt es keine Vorkehrungen für Feuer oder andere Unfallarten. Historische Daten über Erdbeben oder Flutkatastrophen sind einfach nicht vorhanden.

2) Es gibt nicht genug Personal in den Entwicklungsländern für das ordnungsgemäße Betreiben der Kernkraftwerke.

Die amerikanische Kommission für Nuklear-Kontrolle verfügt über fast 1000 technisch bestens ausgebildete Mitarbeiter mit Erfahrungen auf zahlreichen technischen Gebieten. In dieser Fülle steht in Entwicklungsländern breitgefächert qualifiziertes Personal nicht zur Verfügung. Ein Land, das 5 bis 7 Kernkraftwerke einführen und betreiben will, benötigt bei umfassender Beratung durch die Lieferanten immer noch rund 50 hauptberuflich tätige Fachleute für eigenständige Überwachung der gelieferten Anlagen. Wenn es für jeden wichtigen technischen Bereich nur eine einzige Person gibt, würde immer noch ein Stab von mindestens 15 Experten gebraucht. Dazu Morris Rosen: „Mit nur wenigen Ausnahmen können die Kontroll-Organisationen von Entwicklungsländern mit aktiven Nuklear-Programmen gegenwärtig als unter-minimal bezeichnet werden. In vielen Fällen bestehen sie aus weniger als 15 hauptamtlichen, ständig mit Nuklearenergie befaßten Kräften. Dieses Minimal-Personal dürfte mit den Aufgabenstellungen nuklearer Sicherheit nicht vertraut sein und unter Mangel an nachhaltiger Ausbildung leiden."
Eine der Hauptschwierigkeiten liegt darin, daß beim Bau von Kernkraftwerken in Industrieländern eine ständige Kontrolle und Weiterentwicklung stattfindet, während es in Entwicklungsländern vergleichbare amtliche Aufsichts-Einrichtungen nicht gibt und die wenigen Experten weder vollen Überblick über den technischen Fortschritt im Lieferland noch die Kompetenz haben, kostspielige Entscheidungen z.B. über Stillegung aus Sicherheitsgründen zu treffen.
Der Import von Kernkraftwerken erfordert in Entwicklungsländern somit eine langfristige Vorbereitung und Ausbildung von Personal. Obwohl die Umstände sehr unterschiedlich sein können, sei ein Beispiel aus der Literatur genannt: Die Verwaltung des Betreibers für ein einzelnes Projekt benötigt zwischen 35 und 50 Fachkräften; die Belegschaft für den Betrieb der Anlage dürfte sich auf zwischen 150 und 200 Personen belaufen. Für den Bau der ganzen Anlage ist mit rund 3 000 Leuten zu rechnen. In vielen Fällen müssen zuvor Transportwege, Häfen, Straßen, Eisenbahnen oder Flugplätze, Häuser für die Bautrupps gebaut werden, ganz zu schweigen von den Problemen ihrer Herkunft aus unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen. Zahllose rechtliche, organisatorische, technische, verwaltungsmäßige Probleme sind zu lösen. Lohnt sich dies alles, gemessen an den sonstigen Bedürfnissen der Entwicklung eines bestimmten Entwicklungslandes? Stehen nationale Prestige-Motive im Vordergrund oder auch Verkaufsinteressen einer nicht an den Bedürfnissen von Entwicklungsländern orientierten Reaktorindustrie in Industrieländern?

3) Die von den Industrieländern angebotenen Reaktortypen sind für die Stromnetze der Entwicklungsländer zu groß.
Kleine Reaktoren sind gegenüber konventionellen Kraftwerken unwirtschaftlich.

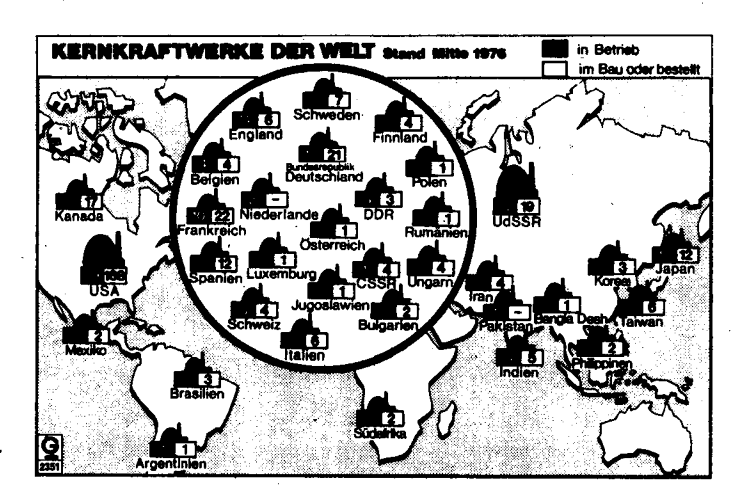
Gegenwärtig gibt es sechs Lieferländer mit jeweils unterschiedlichen Kraftwerk-Typen im Angebot: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und UdSSR (Druckwasser-Reaktoren); die USA, Schweden und Canada (Druckwasser-Reaktoren, Siedewasser-Reaktoren, Schwerwasser-Druckwasser-Reaktoren) ...
Bei der Entscheidung für den einen oder anderen Typ oder für eine Kombination mehrerer Typen bzw. Lieferländer spielt nicht nur die Uranversorgung, sondern besonders die Finanzierung der hohen Kapitalkosten eine Rolle. Sie gibt

in vielen Fällen den Ausschlag – selbst wenn ein anderer Typ geeigneter sein sollte.
In einem Bericht der Atomenergie-Kommission von Bangladesh über Probleme und Aussichten von kleinen und mittleren Atomreaktoren für Energiegewinnung wird an eine Marktuntersuchung der IAEO von 1974 erinnert, wonach es zwischen 1980 und 1989 für Reaktorgrößen zwischen 150 und 500 Megawatt einen Bedarf von 154 Stück mit einer installierten Gesamtkapazität von 45 000 Megawatt geben würde. „Dieser mögliche Markt zeitigte aber bei den Reaktor-Herstellern nicht das gewünschte Interesse." Nur drei europäische Hersteller hätten Interesse gezeigt. Kommerziell werden Kleinreaktoren gegenwärtig hauptsächlich in Indien gebaut.
Unter den Entwicklungsländern sind Bangladesh, Jamaica und Kuwait an Reaktoren mit 100 - 200 MW ernsthaft interessiert. Die indisch-kanadischen Produktionskapazitäten müßten erweitert werden, wenn diese Länder beliefert werden sollten. Der Druckwasserreaktor von 440 Megawatt, der sich in der Sowjetunion bewährt hat, steht für Export nicht zur Verfügung (und soll nach neuesten Informationen auch nicht weiter gebaut werden, weil in der Sowjetunion ähnlich wie in der Bundesrepublik der Trend zu Blöcken mit einer elektrischen Leistung zwischen 1000 und 1500 Megawatt geht; die Standardgröße in der Bundesrepublik ist, wie in Biblis, 1200 bis 1300 Megawatt). Außer den CANDU-Reaktoren in Indien und den 440-MW-Reaktoren in der Sowjetunion gibt es keine in letzter Zeit bestellten und gebauten Reaktoren dieser Größe. Das bedeutet Ungewißheit über die Kosten. „Das Interesse der Entwicklungsländer ist gedämpft, weil kleine Reaktoren mit verläßlichen Kostenangaben am Markt nicht zu haben sind." Offen ist noch, ob deutsch französische Schiffsreaktor-Entwicklungen („Otto Hahn", U-Boote) für die in Entwicklungsländern gewünschten kleineren Kapazitäten nutzbar sind.
Ähnlich wie bei der in einigen Industrieländern konzentrierten Waffenproduktion ist der Bau von Kernreaktoren zur Gewinnung elektrischer Energie in Entwicklungsländern nur ein ergänzendes Zusatzgeschäft – wenn die Hersteller in den Industrieländern überhaupt bereit sind, auf den Bedarf kleiner Betriebsgrößen in der Dritten Welt einzugehen.
Nach Schätzungen dürfte die in Entwicklungsländern herstellbare Kernenergie 1985 rund 9 Prozent, 1990 rund 14 Prozent und im Jahr 2000 rund 20 Prozent der gesamten Nuklear-Kapazität ausmachen. Die 9 Prozent für 1985 wären damit etwa 30 000 Megawatt, was bei vollem Funktionieren einer Ersparnis von 300 Millionen Faß Öl pro Jahr gleichkäme.

Einerseits ließen die seit 1973 gestiegenen Ölpreise bereits 200-Megawatt-Kernkraftwerke als wettbewerbsfähig erscheinen, andererseits hat der steile Anstieg sowohl der nuklearen als auch der konventionellen Investitions-, Brennstoff- und Betriebskosten für Kraftwerke in den Industrieländern dazu geführt, daß der Schwerpunkt der an den Verhältnissen in den Industrieländern orientierten Kraftwerks-Produktion sich bei 800 - 1200 Megawatt-Kapazitäten eingependelt hat.
In Entwicklungsländern stellen die meist relativ schwachen Stromnetze eine objektive Begrenzung für den Atomstrom dar, denn Reserven und Netzstabilität setzen eine obere Grenze für das größte Kraftwerk, das ein Netzsystem vertragen kann. Eine österreichische Studie nimmt an, ein Kernkraftwerk von 600 Megawatt sei die kleinste Einheit, die unter gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen mit einem ölbefeuerten Kraftwerk konkurrieren kann. Dies würde bedeuten, daß ein elektrisches Verbundnetz für eine Verbrauchskapazität von rund 7000 Megawatt zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerks ausgelegt sein müßte. Kleinere Systeme von etwa 4000 Megawatt kämen auch noch in Frage, wenn Verluste bei unvorhergesehenen Ausfällen des größten Kraftwerks in Kauf genommen würden. „Auf dieser Grundlage würden noch im Jahre 2000 die Stromnetze von nur 30 bis 35 Entwicklungsländern groß genug für aktive Kernkraftwerke sein."

4) Der Bau von Kernkraftwerken erfordert hohen Kapitaleinsatz.
Entwicklungsländer müssen sich dafür hoch verschulden.

Über die Bedeutung der Kapitalkosten bei Kernkraftwerken schreibt B. Commoner: „Für die Kraftwerksgesellschaften der Industrieländer war die überzeugendste Tatsache über Kernreaktoren, daß sie damit Strom mit geringerem Kostenaufwand produzieren könnten als die Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen. Dieser Vorteil hing zum großen Teil von den Kosten des Uranbrennstoffs ab, auf den zu jener Zeit (1962) nach damaligen Erwartungen etwa 34 % der Gesamtkosten der Kernkraftproduktion entfallen sollten." (S. 89)
„Seit 1966 hat sich die Lage jedoch drastisch geändert: Die Kosten von Uranbrennstoff sind zu einem immer kleiner werdenden Teil der Gesamtkosten bei der Stromerzeugung geworden. ... 1975 machten die Kapitalkosten bereits 77,1 % der Gesamtkosten aus, und die Brennstoffkosten waren auf einen Anteil von nur 18,2 % gesunken. ...
Es gab vielmehr einen starken Anstieg der Baukosten für Kernreaktoren – um etwa 244 Prozent in der Periode. Der Trend hält an." (S. 96)



Auch der Brüter, der das Uran wesentlich besser ausnutzt, verringert den Kapitalbedarf nicht, denn (so Commoner): „Die konventionellen Reaktoren sind selbst so kompliziert, und somit teurer geworden, daß die verringerten Brennstoffkosten, die der Brüter ermöglichen sollte, wirtschaftlich viel weniger ins Gewicht fallen. Die Stromkosten hängen jetzt viel mehr von den Kapitalkosten ab als von den Brennstoffkosten. ... im Vergleich zu einem konventionellen Reaktor würde der Brüter zwar die Brennstoffkosten dämpfen, aber die Kapitalkosten erheblich ansteigen lassen." (S. 98)
Die hohen Investitionen für ein Kernkraftwerk (etwa ein bis zwei Milliarden Mark pro Reaktor) wird kaum ein Entwicklungsland selbst aufbringen können. Die meisten Entwicklungsländer müssen sich also bei dem Bau von Kernkraftwerken bei den Industrieländern hoch verschulden. Dies bedeutet weitere Abhängigkeit, denn die Kreditgeber können so (durch die Drohung, die Kredite nicht zu verlängern), innenpolitische Maßnahmen der Kreditnehmer erzwingen (siehe dazu das Beispiel Peru, „blätter..." Nr. 56, S. 16 ff.)

5) Fazit: Die Armen werden abhängiger
Zusammengefaßt: Nationale Atomenergie-Kommissionen in Entwicklungsländern sind (außer in Indien, z.T. in Argentinien und Brasilien) auf Fremdentwicklungen aus wenigen Indutriestaaten angewiesen. Sie haben sich von deren Nuklear-Lobbies davon überzeugen lassen, die Nuklear-Technologie stelle das Beste und Modernste in der Menschheitsgeschichte dar und müsse daher in einer Welt gleicher und souveräner Nationen auch ihnen zur Verfügung stehen. Die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen (breit gefächerte Erfahrungen technischen Personals) sind aber in den meisten Fällen nicht gegeben. „Nukleartechnologie ist ein typisches Beispiel für eine Technologie mit enormem Bedarf an spezialisiertem Arbeitskräftepotential, übertroffen wahrscheinlich nur durch die Raumfahrttechnologie."
Die besonderen technischen Bedingungen in Entwicklungsländern, die bei schwachen Stromnetzen kleine Reaktoreinheiten erfordern würden, gehen nicht in das Kalkül der Produzenten in den Industrieländern ein, weil sie sich primär an den wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen des „Nordens" orientieren. So kamen indische Atomwissenschaftler zu folgendem Schluß: „Die von uns gemachte Erfahrung besagt, daß Ingenieur-Organisationen, die an nordamerikanische Bedingungen gewöhnt sind, im allgemeinen die Betriebsbedingungen nicht richtig einzuschätzen pflegen, unter denen Systeme und Apparaturen in Entwicklungsländern funktionieren müssen."
Nicht nur die Umstände der technischen Anwendung, sondern vor allem die Finanzierungsprobleme für Nuklearanlagen in der Dritten Welt sind ein weiterer Anwendungsfall einer Entwicklung, die eine globale Abhängigkeit der Armen von den Reichen dieser Welt vertieft. Ähnlich wie im Falle der wirtschaftlichen und politischen Nutzung dieses Abhängigkeitsgefälles durch weltweite Aufrüstung im Interesse der Lieferanten ist nicht abzusehen, wie Kernenergie-Import in Entwicklungsländern zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit führen soll. Allenfalls einige OPEC-Staaten können sich den Erwerb von Nuklearanlagen ohne Einbußen für andere Entwicklungsprioritäten leisten. Als marktstrategisches Ziel für die weltweit industriell etablierte Leichtwasserreaktortechnik (die, genaugenommen, wirtschaftlich und technisch längst veraltet ist) sind die Entwicklungsländer nur sehr beschränkt tauglich. Aus der Perspektive ihrer eigenen nationalen Interessen stellt die Übernahme dieser von fremden Gesetzen beherrschten Technologie für sie einen speziellen Fall volkswirtschaftlicher Verschwendung dar, von der Tatsache nicht zu reden, daß die „sensitiven Bestandteile" der Leichtwasserreaktortechnologie die Bereitschaft zur Abhängigkeit von Brennstofflieferanten und Kontrollsystemen erzwingen.

Literatur:
Commoner, B.: Energieeinsatz und Wirtschaftskrise, rororo Nr. 4193, Reinbeck, 1977
Jungk, R.: Der Atomstaat, Kindler 1977

Beispiele Sanfter Energie

Sonnenenergie

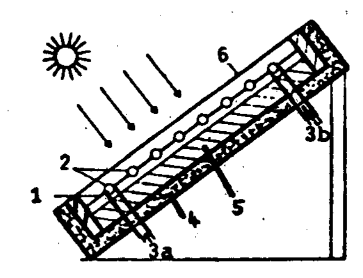
Stellt Sonnenenergie eine Alternative zu herkömmlichen Energieträgern und zur Kernenergie dar?

1. Einleitung
Die Sonne, ältester Licht- und Wärmespender, wird als potentielle Energiequelle in letzter Zeit angesichts der Verknappung fossiler Energieträger (Öl, Kohle usw.) auf der einen und den ökologischen Bedenken bezüglich Kernkraftwerken auf der anderen Seite immer stärker als Möglichkeit zur Deckung eines Teils des Energiebedarfs z.B. für Haushalte diskutiert. Tatsächlich wird die gesamte Strahlungsleistung der Sonne auf der Erde mit $1{,}8 \times 10^{17}$ Watt beziffert, was einer Leistung von 180 Millionen Kernkraftwerken zu 1000 Megawatt entspricht (Biblis je 1200 MeWatt) (1). In den Entwicklungsländern bietet sich die Ausschöpfung dieser Energiequelle besonders wegen der ganzjährigen und intensiven Sonnenbestrahlung an.
Die Erforschung der Sonnenenergie als wirtschaftlich bedeutender Energieträger wurde in der BRD (wie auch in anderen Ländern) jahrelang vernachlässigt. Erst unter dem Eindruck der Preissteigerungen für Erdöl im Jahre 1973 besann man sich auf die Möglichkeiten der Sonnenenergie: Ihre Erforschung wird daher jetzt durch die Bundesregierung gefördert. Für den Zeitraum 1977 bis 1980 sind 157 Mill. DM zur Erforschung der Sonnenenergie vorgesehen (2). Das ist 3,5 % dessen, was im gleichen Zeitraum zur Erforschung der Kernenergie ausgegeben werden soll.

2. Möglichkeiten zur Nutzung der solaren Energie
Im folgenden werden wir Beispiele für Verwendungsmöglichkeiten von Sonnenergie vorstellen; Kostenpunkte und praktische Anwendungsmöglichkeiten sollen ebenso in der Analyse mitberücksichtigt werden, wie die politisch-ökonomischen Schwierigkeiten, Sonnenenergie in Entwicklungsländern (und nicht nur dort) im großen Ausmaß zu nutzen.

Niedrigtemperatur-Kollektor
Der Niedrigtemperatur (NT)-Kollektor wird in erster Linie zur Erzeugung von warmem Brauchwasser, z.B. zum Waschen und Heizen, eingesetzt.
Fällt Sonnenstrahlung auf eine geschwärzte Platte (z.B. Metall, Beton u.ä.), wird sie bis zu 97 % von der Platte absorbiert (eingefangen) und in Wärme umgewandelt. Die Platte erhitzt sich. Um zu verhindern, daß sich die Platte durch

Querschnitt durch Niedrigtemperaturkollektor
1 = geschwärzte Platte
2, 3a, 3b = Wasserrohre
4 = Kasten
5 = Isoliermaterial
6 = Glasplatte



den Wind abkühlt, kann man eine Glasplatte so anbringen, daß zwischen Metall- und Glasplatte eine Luftschicht besteht. Auf diese Weise kann der Heizeffekt verbessert werden. Führt man unter der Metallplatte einen Kupfer- oder sonstigen Metallschlauch mit Wasser vorbei, so gibt die Platte die Wärme an den Schlauch, der Schlauch an das Wasser weiter. Das oben kalt eingeführte Wasser fließt unten heiß bzw. warm heraus.
Ein Teil des Wasser, das so bis zu 80°C erhitzt wurde, muß für den Verbrauch in Zeiten ohne genügend Sonneneinstrahlung (z.B. nachts oder in Regenzeiten) in einem Vorratstank gespeichert werden. Die Speicherung des warmen Wassers ist in unseren Klimazonen (Winter) ein größeres Problem als in den meisten, eher heißen, Dritte-Welt-Ländern.

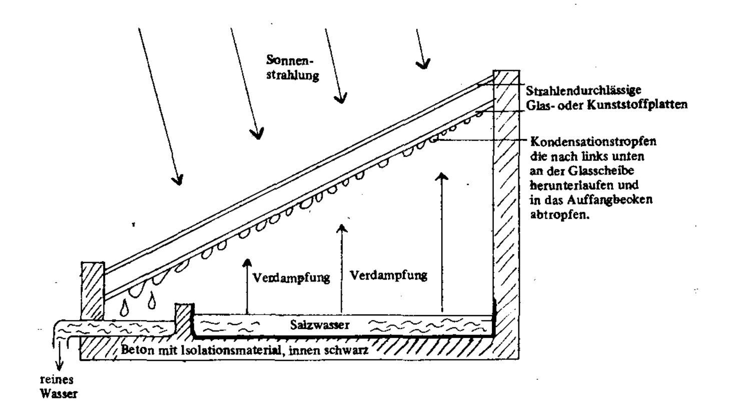
Hochtemperatur-Kollektor
Will man mit Hilfe des Sonnenlichts Temperaturen von über 100°C erzeugen, so muß man das Licht durch Spiegel- oder Linsensysteme konzentrieren. Das konzentrierte Sonnenlicht erzeugt dann (ähnlich wie beim Brennglas) hohe Temperaturen, die in speziellen Fällen sogar über 1000°C liegen. In der Praxis sollen Hochtemperatur-Kollektoren eingesetzt werden, um Wasserdampf zu erzeugen, der dann Turbinen antreibt und auf diese Weise Strom erzeugt. Derartige Kraftwerke sind jedoch im Vergleich zu Niedrigtemperatur-Kollektoren relativ kompliziert. Daher sind sie derzeit für die ländlichen Gebiete der Dritten Welt kaum geeignet.

Solarzellen
Solarzellen bestehen aus Halbleitern (einem Material, das auch für Transistoren Verwendung findet.). Sie können Licht direkt in elektrischen Strom umwandeln.
Die Produktion von Solarzellen ist sehr aufwendig; die Zellen sind daher sehr teuer und können kaum in einem Entwicklungsland hergestellt werden. Daher werden Solarzellen in naher Zukunft keinen bedeutenden Beitrag zur Lösung der Energieprobleme der Dritten Welt leisten können.

Chemische Verfahren
Derzeit wird daran gearbeitet, mit Hilfe von Sonnenlicht Wasser in seine Bestandteile Sauerstoff und Wasserstoff zu zerlegen. Der so gewonnene Wasserstoff kann verbrannt werden und dabei Wärme erzeugen.
Im Labor sind hierzu schon Verfahren entwickelt worden (5). Es wird jedoch noch einige Zeit dauern, bis diese Verfahren kostengünstig unter Praxisbedingungen durchgeführt werden können. Langfristig bieten derartige Verfahren sonnenreichen Entwicklungsländern die Möglichkeit, Energie in Form von Wasserstoff zu exportieren. Bis dahin sind jedoch noch zahlreiche technische Probleme zu lösen, so daß diese Möglichkeit in diesem Jahrhundert wohl kaum genutzt werden kann.



Kochen mit Sonnenenergie



Auf diese Weise ist Meerwasserentsalzung mit Sonnenenergie möglich.

3. Projekte – Beispiele für die Anwendung von Sonnenenergie
Über die Warmwasserzubereitung hinaus wird an Hand von Projekten in Ländern der Dritten Welt ein ganzes Spektrum von Anwendungsmöglichkeiten der Sonnenenergie untersucht, so unter anderem auch die Ausnutzung von Sonnenenergie zur Beheizung und Kühlung von Gebäuden, zum Kochen, zur Trinkwasserzubereitung und Meerwasserentsalzung (Destillationsverfahren), zum Betreiben von Pumpen und natürlich zur Stromerzeugung.

3.1 Zubereitung von warmem und abgekochtem Wasser in tropischen Gegenden
In tropischen Gegenden spielt das Heizen zwar keine Rolle, aber der Bereitstellung von warmem Wasser zum Kochen und Waschen und von abgekochtem Wasser zum Trinken kommt eine ziemliche Bedeutung zu. Zur Erwärmung des Wassers werden Niedrigtemperatur-Kollektoren (s.o.) benützt, zu deren Herstellung man sich in einem Dritte-Welt-Land mit einfachen Blechrohren, die mit Draht verbunden sind, statt geschweißten, hartgelöteten Kupferrohren behelfen kann. Als Isoliermasse lassen sich z.B. gut Kokosfasern verwenden. In dem NT-Kollektor erreicht das Wasser allerdings höchsten 80°C. Um es für die Trinkwasserversorgung, für Gesundheitszentren oder Kliniken abzukochen (Keimabtötung), braucht man dann zwar noch etwas konventionellen Brennstoff, spart von diesem aber einen erheblichen Teil ein. (4)

3.2 Kochen und Backen mit Sonnenenergie
Zum Kochen und Backen werden Temperaturen von über 80°C benötigt. Daher ist es notwendig, das Sonnenlicht zu konzentrieren. Dies läßt sich z.B. dadurch erreichen, daß man einen Spiegel baut, der wie ein vergrößerter Auto-

scheinwerfer oder ein aufgespannter Regenschirm aussieht. Während im Autoscheinwerfer das Licht von einem Punkt ausgeht und dann den Scheinwerfer in parallelen Strahlen verläßt, ist es bei einem Sonnenkocher umgekehrt: Die (parallel) einfallenden Sonnenstrahlen werden so reflektiert, daß sie in nahezu einem Punkt (Brennpunkt) zusammentreffen. Stellt man in diesen Brennpunkt einen Topf mit Wasser, so wird letzteres bei genügender Sonneneinstrahlung schon bald zu kochen anfangen. Ein solcher Sonnenkocher läßt sich auf einfache Weise erstellen, indem eine entsprechend geformte Kiste mit Alu-Folie ausgekleidet wird. Bei der Bedienung eines solchen Geräts ist jedoch Vorsicht geboten, denn falls man sich mit den Augen dem Brennpunkt zu stark nähert, kann man erblinden.
Ein Prototyp eines ähnlichen Sonnenofens wird z.Zt. in Nairobi im Auftrag des deutschen Entwicklungshilfeministeriums getestet. Zwei Parabolspiegel aus rostfreien Stahlplatten konzentrieren die Sonnenstrahlung an der Kochstelle des Gerätes. Die Platten kosten in der BRD zusammen etwa 25 DM. Das drehbare Holzgestell kann im 3. Welt-Land selbst hergestellt werden. In deutscher Herstellung kostet ein solcher Sonnenofen ca. 800 DM (6).



Sonnenkocher in Kenia

3.3 Meerwasserentsalzung und Destillation von Wasser
Der Einsatz von Entsalzungsanlagen ist in folgenden Gebieten denkbar
1. Regionen mit stark schwankendem saisonalen Süßwasserangebot und ausreichendem Salzwasserangebot, z.B. Regionen im Hinterland mit Brackwasservorkommen.
2. Inseln und dünnbesiedelten Küstenstrichen mit Meerwasserangebot.
3. Wüstenregionen mit salzhaltigem Grundwasser.

In den unter 2. und 3. genannten Gebieten kann die solare Entsalzung mit Gewächshäusern gekoppelt werden.
Salziges oder brackiges Wasser kann mit hilfe von Sonnenenergie wie folgt destilliert werden:
Über eine schwarze, leicht geneigte Fläche (6-10°), die mit Plastik und/oder Glasplatten abgedeckt ist, wird Wasser in einem dünnen Film verrieselt. Nach dem Gegenstromprinzip strömt langsam trockene Luft entgegen. Diese Luft nimmt den entstehenden Wasserdampf auf, sättigt sich und wird in Kühlkammern abgekühlt, wobei Wasserdampf kondensiert. Dabei wird Wärme frei, die zur Vorwärmung des Salzwassers weitgehend ausgenutzt wird. Daher ist die erste Kondensationskammer mit einem isolierten Vorratsspeicher verbunden. Sein Volumen richtet sich nach der Temperatur, die erreicht werden muß, um die Anlage nachts weiterzubetreiben.
In einer weiteren Kammer wird das destillierte Wasser gesammelt (8).
Die Kosten einer Destillationsapparatur werden im wesentlichen durch den Preis der Glas- bzw. Plastikplatte bestimmt, die pro Quadratmeter etwa 10 DM kostet. Die restlichen Kosten sind demgegenüber gering, wenn man davon ausgeht, daß die Apparatur in Eigenarbeit gebaut wird.
Die hier beschriebenen Anlagen produzieren pro Tag und Quadratmeter etwa 10 Liter destilliertes Wasser. Sie können daher gut zur Erzeugung von Trinkwasser dienen.

4. Sonnenenergie als Beitrag zur Entwicklung
Obwohl die Entwicklung der Sonnenenergietechnik noch in den Kinderschuhen steckt, läßt sich bereits heute absehen, daß sie ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von Dritte-Welt-Ländern werden könnte. Die Sonnenenergie ausnutzenden Anlagen weisen folgende Merkmale auf:
Sie sind klein, dezentral, benutzen einfache und billige Techniken, sind kaum reparaturanfällig, die Wartung ist einfach. Ein wichtiger Vorteil, der sich aus den aufgezählten Eigenschaften ergibt, ist, daß sich die Käuferländer von den Sonnenenergie-Technologie anbietenden Ländern unabhängig machen können. D.h. durch eine angepaßte Technologie, die billig und der einheimischen Bevölkerung zugänglich ist und die sie selbst weiterentwickeln kann, erhalten die Entwicklungsländer die Chance, sich vom Einfluß der Industrienationen zu lösen.

PFr

Quellen:
1) ecologie Nr. 3, octobre/novembre 1975, Montargis, Frankreich S. 8
2) Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977-1980, Bonn 1977
3) Matthöfer in Forum Europa 3/4, 1976, S. 39
4) ecologie, Nr. 3, a.a.O., S. 11
5) Die Zeit, 16.4.1976
6) ecologie Nr. 3, a.a.O., S. 11, und Bad. Zeit. 7.3.1978
7) ecologie Nr. 3, a.a.O., S. 18 f.
8) Appropriate Technology Source Book, 2. Aufl. 1976, S. 173

Wie
wir die Sonne gebrauchen

- Es gibt ca. 2 Millionen solare Brauchwasser-Erhitzer in Japan und 200 000 (ein Fünftel aller Haushalte) in Israel. In Australien sind solche Warmwasseranlagen Vorschrift für Neubauten in den Northern Territories.
- Solare Kühlsysteme werden u.a. in Saudi-Arabien und im Sudan entwickelt. In Khartum gibt es eine solare Eisblock-Fabrik und Hotel-Klimaanlage.
- Hochtemperatur-Hitze wird durch Parabolspiegel-Kollektoren für eine Konservendosen-Fabrik in Kalifornien, eine Textil-Trocknungsanlage in Alabama und eine Zement-Fabrik in Pennsylvanien gewonnen.
- Eine kleine Wasserentsalzungsanlage in der Kyzyl-Kum-Wüste, UdSSR, produziert täglich 4 Tonnen Süßwasser.
- Solarzellen liefern Strom für Schulfernsehen in Indien, für Radiosender in den Anden, für Wasserpumpen in Ober-Volta und für Medizin-Kühlschränke in einem Indianerreservat in Arizona.
- Brasilien wandelt Zuckerrohr und Kassawa in Äthanol um. Bis zum Jahre 2000 sollen die gesamten Benzineinfuhren dadurch ersetzt werden.
- In China gibt es 4,3 Millionen kleine Biogasanlagen, die Methangas aus menschlichen, tierischen und anderen organischen Abfällen herstellen. Allein schon in Sezuan benutzen 17 Millionen Menschen Methangas zum Kochen und für Licht.
- In Tvind, Dänemark, ist gerade eine Windmühle fertiggestellt worden, die eine Leistung von 2 Megawatt abgeben wird. Das ist etwa der Elektrizitätsverbrauch einer Kleinstadt mit 1000 Einwohnern.

Biogas

Unser heutiger Weltenergiebedarf liegt etwa bei 8 Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten pro Jahr. Annähernd 10 % lassen sich durch Wasserkraft und Kernenergie decken. Zu 90 % istunsere Energieversorgung jedoch noch von den fossilen Brennstoffen Kohle, Erdöl und Erdgas abhängig (7). Die absehbaren Erschöpfungstendenzen bei Erdöl und Erdgas nach der Jahrhundertwende, das Risiko eines Temperaturanstiegs durch hohe Kohlendioxid-Emission bei bedarfsdeckender Verwertung fossiler Brennstoffe und die falsche Einschätzung der Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit von Kernreaktoren fördern den Übergang zu einer langfristigen resourcenseitig nicht limitierten Energieversorgung (6). Zu den ökonomischen Forderungen, die unsere Gesellschaft an die Ausbeutung von Energiequellen stellt, gesellt sich heute die immer mehr ins Bewußtsein der Menschen drängende Notwendigkeit, auch ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen und eine Ökonomie höheren Grades auf längere Sicht zu betreiben. Unter diesem Aspekt betrachtet gewinnt eine früher unberücksichtigte oder wenig genutzte Energiequelle wieder an Bedeutung: die Biogasgewinnung aus Biomasse.

Energiespeicher Biomasse: Als Biomasse wird die durch Pflanzen gespeicherte Sonnenenergie bezeichnet. Durchschnittlich erreichen 25 % der ausgestrahlten Sonnenenergie die Erdoberfläche (1). Hiervon werden 0,1 % durch Photosynthese verwertet; nur die Hälfte wird in energiereichen Verbindungen gespeichert, da die andere für den Stoffwechsel verbraucht wird (4). Durch Photosynthese entstehen so jährlich 100 Mrd. Tonnen Biomasse; etwa 1 % dient zur Futter- und Nahrungsmittelproduktion, etwa 1 % zur Energie- und Faserproduktion. Der Hauptteil, 98 % blieb bisher aus Kostengründen ungenutzt (5). Die meisten Experten schätzen den Energiegehalt 15-20 (andere 10-40) mal so hoch ein wie unseren momentanen Weltenergieverbrauch (4). Die energetische Ausnutzung der Gesamtvegetation ist unvorstellbar, aber Schätzungen des vernünftig verwertbaren Anteils übersteigen unseren momentanen Verbrauch an fossiler Energie. Noch sind wir von einer derartigen Nutzung weit entfernt. Die Verfahren zur Biokonversion – der Umwandlung der in Pflanzen gespeicherten Sonnenenergie in andere Energieträger – befinden sich erst in der Entwicklung. Eine Möglichkeit wird schon seit Milliarden von Jahren von Mikroorganismen praktiziert: die Gärung. Hierbei werden organisch hochwertige Verbindungen unter Energiegewinn zu energieärmeren abgebaut. Zwar ist es unmöglich, sich den Energiegewinn der Mikroorganismen zunutze zu machen, da der Abbauprozeß zu kompliziert ist, um simuliert zu werden, aber eines dieser Abbauprodukte, das Biogas Methan – auch als Faulgas, Sumpfgas oder Grubengas bekannt –, bildet für uns einen vielseitig verwertbaren Energieträger.

Organisches Ausgangsmaterial: Fast alle organischen Stoffe können von Mikroorganismen zu Methan zersetzt werden. Die bedeutendste Ausnahme bildet das im Holz enthaltene Lignin. Folgende Aufstellung soll nur einen Eindruck von der verwendbaren Biomasse g vermitteln:

1. Pflanzliche Abfälle der Landwirtschaft: Getreidespelzen und -halme, verdorbene Ernten; in kleinerem Maßstab Garten- und Nahrungsabfälle; Abfälle der Industrie: Nußschalen, die Bagasse der Rohrzuckergewinnung oder Nebenprodukte der Papierherstellung.
2. Pflanzen, die ihres Energieertrages halber angebaut werden. Hierfür kommt u.a. Getreide in Frage, das die Sonnenenergie effektiver als andere Landpflanzen ausnützt. Auch bestehen bereits Pläne für Algenfarmen.
3. Tierische Exkremente; z.B. aus Rinder- und Schweineställen oder Hühnerfarmen.
4. Gemischtes Material aus Mülldeponien oder Abwasser.

Biotechnologie: Das feuchte, organische Ausgangsmaterial wird in einem von Sauerstoff abgeschlossenen Raum von Mikroorganismen, u.a. Bakterien, zersetzt. Dabei entstehen zuerst hauptsächlich Proteine, Fette, Kohlehydrate, organische Säuren und Alkohole. In einer zweiten Stufe produzieren andere Bakterienarten aus diesen Stoffen u.a. Kohlendioxid und das Biogas Methan. Die entstehenden Gase werden in einem Stahlblechtank aufgefangen und von dort aus für den Verbrauch verteilt. Die restlichen flüssigen und festen Bestandteile werden anderweitig verwertet.
So betrachtet scheint Biogasgewinnung einfach zu sein. Aber Bakterien fordern bestimmte Lebensbedingungen, wenn sie – auch im Interesse der Menschen – hochwertige Endprodukte in kurzer Zeit herstellen sollen:
1. Es ist nötig, die Biomasse zu zerkleinern. Dadurch steigt die Kontaktfläche für die Bakterien und damit die Abbaugeschwindigkeit. Auch verstopfen Zu- und Abfluß der Anlage weniger.
2. Der bis zu 90 % mit Wasser versetzte Biomassebrei, die Schlempe, soll gerührt werden, damit a) gute Stoffdurchmischung stattfindet und die schweren Bestandteile nicht auf den Boden sinken, und b) das für die Bakterien giftige Biogas schneller aus der Schlempe entweicht (8).
3. Das Zusammenspiel bestimmter Bakterienarten und damit verbunden eine konstante Temperatur sind erforderlich, damit die Abbaugeschwindigkeiten der verschiedenen biochemischen Zwischenprodukte ähnlich sind. Sonst würde das Bakterienmilieu z.B. angesäuert und die Stoffwechselproduktivität der Bakterien sinken.
4. Bei langer Abbauzeit ist ist die Methanproduktion ergiebiger. Für Algenzersetzung sind 11-20 Tage optimal (13). Das bedeutet aber, daß der Faulraum groß genug sein muß, um täglich anfallendes neues Material aufzunehmen. Lange Abbauzeiten und kontinuierliche Beschickung sind auch deshalb sinnvoll, weil so alle notwendigen verschiedenen Bakterienarten erhalten bleiben, sich gleichmäßig vermehren, und dadurch immer eine ausreichende Anzahl von Organismen für die Gärung der neu hinzukommenden Biomasse vorhanden ist.
5. Die optimale Temperatur hängt von der Art der Schlempe ab: Während für Kloake 35°C ausreichen, müssen Pflanzen bei Temperaturen von 45-55°C umgesetzt oder vorher erhitzt werden. Erst durch die Hitze sterben die Pflanzenzellen schnell ab und die Bakterien können durch die jetzt durchlässige Zellwand hindurch den Zellinhalt abbauen (13).

Unter Berücksichtigung all der oben aufgezählten Erfordernisse können Biogasanlagen nicht ganz so primitiv konstruiert sein, wie es auf den ersten Blick ausgesehen hat. Trotzdem sind die Kosten und das technische „know how" für relativ einfache und funktionstüchtige Anlagen nicht so hoch, daß sie nicht auch von Entwicklungsländern in Eigenproduktion hergestellt und gewartet werden können. Momentan werden 200 $ als Investitionskapital für eine Anlage mit der Kapazität für den Dung von 2-3 Kühen angegeben (10).

Endproduktnutzung: Bei der Abschätzung der Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen spielen nicht nur Rohmaterial- und Anlagekosten, sondern auch die Endproduktnutzung eine entscheidende Rolle. Gleichzeitig mit der Auflistung der interessantesten Endprodukte soll auf ihre Verwert-

barkeit eingegangen werden:

1. Gase: 30 - 50 % Kohlendioxid
50 - 70 % Methan; Wasserdampf, Spuren von Wasserstoff und Schwefelwasserstoff

Nur Methan, Wasserstoff und Schwefelwasserstoff besitzen einen hohen Energiewert. Die Reinigung von Methan ist, falls erforderlich, weder aufwendig noch kostenspielig (Anmerkung 1).

Verwertung:
- zum Heizen oder Kochen
- als industrielle Prozeßwärme
- zum Betreiben von Motoren (Methan und auch ein anderes verwendbares Zwischenprodukt, das Äthanol, sind oktanreich; deshalb könnte auf bleihaltige, umweltschädigende Antiklopfmittel verzichtet werden)
- Pipeline-Transport

2. Flüssige Phase: Sie enthält viele Salze und kann als Nährlösung für Pflanzen auf sterilen Böden eingesetzt werden.

3. Faulschlamm, der direkt oder als Kompost zur Düngung dienen kann. Noch kennt man nicht alle biologischen Prozesse, die das Ausmaß der Verwertbarkeit des anfallenden organischen Düngers und das optimale Verhalten der Gäranlage betreffen (9). Aber je mehr Interessenten für die biologischen Rückstände (auch Umwandlung in Schmieröle, Fette, Plastik und synthetische Fasern ist möglich (2) gefunden werden, desto ökonomisch attraktiver wird die Produktion von Energieträgern aus Biomasse werden.

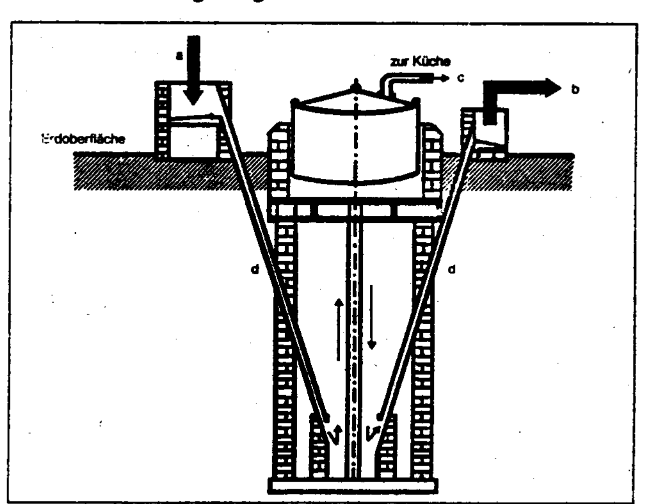


Bild 1: Biogasanlage, wie sie in Indien zur Erzeugung von Methan auf Bauernhöfen mit mehr als 5 Rindern empfohlen wird.
Kuhdung und organische Abfälle werden eingespült (a), bei (b) tritt der flüssige Dünger aus. Das Methangas wird ungereinigt in der Küche verbrannt (c). (d) Ein- und Austrittsröhren.

Vorteile: Die unkomplizierte, sanfte Technik der Biokonversion bietet gegenüber den herkömmlichen Methoden einige entscheidende Vorteile:

1. Biogasstationen können relativ einfach und billig hergestellt werden.
2. Klärwerkfunktion: umweltfreundliche, hygienische und Energie produzierende Abfallbeseitigung; (USA: Unkosten von 4 Mrd. $ pro Jahr für die Abwasserreinigung (4)).
3. Methan hat eine niedrigere Verbrennungstemperatur als das Stadtgas. Deshalb ist die Bildung von giftigen Stickoxiden nicht möglich.
4. Reduktion der Kosten der Luftausstoßkontrolle, da eine Umweltverschmutzung wie durch fossile Brennstoffe unterbleibt; Verbesserung der Luftqualität.
5. Keine Gefahr der Strahlenverseuchung; keine Entsorgungsprobleme.
6. Die Energiegewinnung ist gekoppelt mit der Bildung von Dünger oder Chemieprodukten.
7. Keine Erschöpfung der Reserven bei Beachtung der ökologischen Gesetze.
8. Durch eine Rückführung der Endprodukte in den organischen Kreislauf tritt keine Nährstoffverarmung des Bodens ein .U.a. kann auf die kostenintensive Stickstoffdüngung verzichtet werden, da der gesamte Stickstoff in den Rückständen der Biogasproduktion erhalten bleibt. Durch die Freisetzung von Kohlendioxid steigt der prozentuale Stickstoffgehalt sogar und hebt die Düngerqualität (Anmerkung 2).
9. Wenn kein Biomasse-Raubbau betrieben wird, erhöht sich der Anteil von Kohlendioxid in der Atmosphäre nicht, weil es im gleichen Maße, wie es freigesetzt wird, auch wieder von den Pflanzen in energetisch hochwertige Verbindungen überführt wird. Dadurch wird eine Erwärmung der Atmosphäre und damit eine Klimaverschiebung mit entsprechenden Folgen vermieden.

Energiegewinn: Da die Produktionsrate des Methans von vielen Faktoren abhängt, können nur ungefähre Werte für den Energiegewinn angegeben werden, aber sie vermitteln uns wenigstens eine Vorstellung der Größenordnung:
Aus 5-10 kg Material – entsprechend ca. 1,5 kg Trockengewicht – kann 1 m^3 Methan gebildet werden. Das entspricht etwa 9450 kcal, 11 kWh, dem Heizwert von 1,5 l Erdöl, oder der Möglichkeit, ungefähr 100 l Wasser zum Kochen zu bringen (3, 8, 13).
Der Stallmist von 2-3 Kühen liefert pro Tag 2 m^3 Methan. Diese Leistung deckt den Tagesverbrauch eines Vierpersonenhaushaltes in der Dritten Welt (8). Unter Berücksichtigung des höheren Energieverbrauchs in den Industrieländern werden 10 Kühe für die energetische Versorgung eines Einzelhauses in diesen Ländern angegeben (15).
Nach einer Schweizer Studie kann ein Bauernhof mit 25 Rindern (die Schweizer Durchschnittsgröße) jährlich aus seinem Mist soviel Energie gewinnen wie sie etwa 7000 l Heizöl entsprechen (9).
U.a. in den USA werden Modelle für Großraumanlagen entwickelt: Versuche mit der Kultivierung von Riesentangen (Algen) lassen den Schluß zu, daß eine 752 km^2 große Algenfarm den Gesamtenergiebedarf der USA (1976) decken würde (4).

Risikoabschätzung: Das breite soziale Ausmaß jedes neuen Energiesystems verlangt von uns das Verantwortungsbewußtsein, die Risiken ehrlich abzuschätzen und auszuschalten.
Können wir die biologischen Schäden gering halten?
a) Die Verbreitung von Viren, Bakterien und toxischen Industrieabfällen durch Recycling; b) die Verbreitung von Schädlingen und dagegen eingesetzten Pestiziden durch den Anbau energieintensiver Monokulturen.
Sind Energiefarmen überhaupt sinnvoll? Oder steigen dadurch die Ansprüche auf Landflächen, die bisher öffentliche Reserven, feuchte Zonen und Wildgebiete umfassen?
Greifen wir durch die Veränderung der Oberflächenvegetation nicht gravierend in den Klimahaushalt ein?
Werden die multinationalen Gesellschaften zum Wettlauf um die Grünflächen der Erde antreten? Oder kann eine Dezentralisierung gewährleistet werden?
Biomasse hat noch alle Chancen, kein Welthandelsgut sondern Instrument der Energieunabhängigkeit zu werden. Die Wachstumszonen grüner Pflanzen sind weit über die Erde verstreut.
Die Energieerträge werden durch die Intensität des Sonnenlichts und die Einschränkung des Strahlengrades, innerhalb dessen Photosynthese abläuft, bestimmt. Eingeschränkte Ver-

fügbarkeit von Land, Wasser und Nährstoffen setzen weitere Produktionsgrenzen. Ebenso die Frage, wieviel der Gesamtenergie der Biosphäre umgewandelt werden kann, um die Produktivität des Landes nicht zu untergraben. Innerhalb dieser Grenzen können Biomasse und die Produktion von Biogas signifikant zum Energieweltertrag beitragen.

Nutznießer der Biogasanlagen: Besonders für die Länder der Dritten Welt scheint sich hier eine gute Lösung für ihre Energieprobleme anzubahnen. Die meisten dieser Länder liegen in der tropischen Zone. Dank der hohen Niederschläge und der warmen Temperaturen produzieren diese Gebiete viel mehr Biomasse als unsere gemäßigten Zonen (11). Gleichzeitig liegt der Prokopfverbrauch an Energie viel niedriger: beispielsweise verbraucht ein Deutscher etwa 30 mal so viel Energie wie ein Inder und 550 mal so viel wie ein Ruandese (16).

Die meisten Bioenergie-Modelle werden von Industriestaaten für Industriestaaten ausgearbeitet. Technisch aufwendige Großprojekte verbunden mit Rentabilitätsdenken stehen im Vordergrund. Modelle für Anlagen mit der Kapazität von 50 Mio. m^3 Methan und einem Herstellerpreis von 0.015 $ pro KWh (4) sind nur für Staaten sinnvoll, in denen durch eine ausgebaute Infrastruktur Verteilungsmöglichkeiten bestehen und nicht genügend organische Abfälle pro Familie für eine „Do it yourself-Anlage" anfallen. Die Entwicklungsländer besitzen aber weder eine ausreichende Infrastruktur, noch das nötige Kapital für deren Aufbau. Die einzelnen Siedlungen sind oft weit voneinander entfernt und schwer erreichbar. Hier ist es nötig, kleinen Gruppen ein weitgehendes autarkes Wirtschaftsleben zu ermöglichen und zu erleichtern.

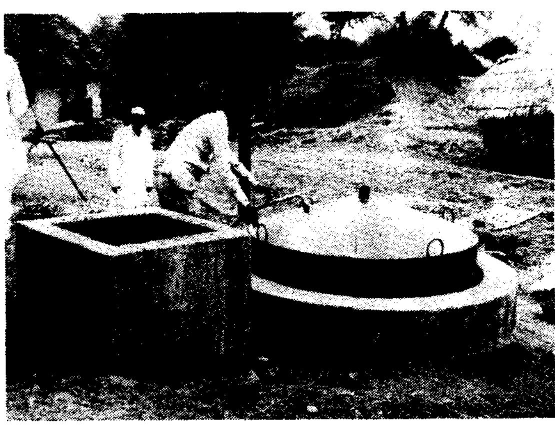
Organisches Material zur Beschickung der Biogasanlagen steht kostenlos und ausreichend zur Verfügung, da die Menschen neben der Viehzucht hauptsächlich vom Ackerbau leben und auch ihre Nahrung aus unveredelten Naturprodukten besteht.

Noch wird die Hälfte der geschlagenen Wälder der Dritten Welt als Energiequelle für Küchen- und Hauswärme verbraucht. Als Folgeerscheinung verarmen die Böden an Nährstoffen und im schlimmsten Fall wird die Lebensgrundlage der Einwohner durch Versteppung der fruchtbaren Gebiete zerstört. 1980/81 wird der Düngemittelbedarf der Entwicklungsländer 22,1 Mio Tonnen betragen. 65 % davon könnten durch Verwertung der Abfallprodukte in Biogasanlagen selbst bereitgestellt werden. Nach anderen Hochrechnungen liegt die Eigendeckung sogar bei 75 - 85 %. Auf jeden Fall würde eine größere Unabhängigkeit vom internationalen Düngemittelmarkt die negativen Außenhandelsbilanzen der Entwicklungsländer entlasten und vielleicht Gelder für soziale Einrichtungen freiwerden.

Biogasanlagen lohnen sich heute u.a. für Ackerkultursysteme, die noch Zugtiere benutzen: Heu und Silage (Gärfutter) können leicht gelagert werden. Die Mistproduktion der Tiere sichert die ganzjährige Versorgung, während die Lagerung von Methan zu platz- und kostenintensiv wäre.

Die Republik Korea betreibt bereits 30 000 kleine Biogasstationen; in der Volksrepublik China sind es 600 000 (4). Für 600 000 Dörfer Indiens sollen bis 1980 20 000 Anlagen errichtet werden, die Methan und Dünger aus den Exkrementen der Rinder gewinnen. Ein von der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) getragenes Projekt in Ruanda bemüht sich darum, den technischen Aufwand möglichst gering zu halten und das Verfahren so abzuwandeln, daß der Mist einer Kuh ausreicht, um das Kochfeuer einer Familie zu unterhalten (12).

Selbst die einfachen Anlagen für 5 - 25 Personen – mit selbstgebrannten Lehmziegeln ausgekleidete Faulgruben und gußeisernen Gasbehältern – kosten pro Person etwa 120,– DM. Sogar mittlere Bauern können diesen für Entwicklungsländer hohen Betrag nur durch finanzielle Unterstützung aufbringen: In Indien schließen sich mehrere Familien zu Kooperativen zusammen; die Regierung trägt 50 % der Installationskosten, den Rest zahlen die Mitglieder oder Spendenorganisationen wie „terre des hommes". Durch dieses System verbessern sich die Lebensbedingungen für viele! Aber gleichzeitig wird die ärmere Landbevölkerung benachteiligt: Ohne Tiere oder eigenes Land besitzt diese Schicht auch keine eigenen Anteile bei der Energie- und Düngerproduktion. Sie muß beides kaufen und gerät in zunehmend stärkere Abhängigkeit von den reicheren und noch dazu staatlich subventionierten Bauern. Diese Gefahr einer weiteren Verschärfung der sozialen Gegensätze könnte durch die Bildung von Genossenschaften vermieden werden, in denen zumindestens die Biomasse Gemeinschaftseigentum wird. Nur unter solchen Voraussetzungen hat ein einfaches und gutes Energiesystem wie die Biogasherstellung die Chance, mit der Lösung von Energieproblemen eine Verbesserung der Lebensbedingungen auch für die ärmeren Gesellschaftsschichten zu erreichen. ck



Biogas-Anlage in Indien

Anmerkungen:

1. Über Eisenfeilspäne wird Schwefelwasserstoff abgefangen, Kohlendioxid wird in Kalziumhydroxid gebunden und der Wasserdampf über Absorption abgetrennt.
2. Selbst bei Kompostierung entweichen 30 % des gebundenen Stickstoffs als Gas.
   Der Stickstoffgehalt von Kuhdung-Schlempe beträgt 2 % im Gegensatz zu 0,75 % im normalen Kuhdung (16).

Literaturliste:

1) Sonnenenergie – Das Ei des Kolumbus? Umschau 75, 3, 69-75 (1975).
2) Böing, I.T.P.; 1976; Progress in Biochemical Engineering Naturwissenschaften 63, 319-323, (1976).
3) Moesta, H.; 1976; Possibilities and Restraints in the Use of Solar Energy Naturwissenschaften 63, 491-498 (1976).
4) Hayes, D.; 1977; Biological Cources of Commercial Energy BioScience 27, 8, 540-546 (1977)
5) Biokonversion, Umschau 77, 2,50-55 (1977).
6) Energy: Global Prospects 1985-2000; Report of the Workshop on Alternativ Energy Strategies; McGraw-Hill Book Company, New York 1977.
7) Voss, A. F. Niehaus; 1977; Die Zukunft des Weltenergiesystems; Umschau 77, 19, 625-629 (1977).
8) IPAT, TU-Berlin; 1977; Verwertung landwirtschaftlicher Rückstände durch Kompostierung, TUB 2, 77, Nr. 9137; 8-9-28-Folie, S. 9-13 (1977).
9) Die Energie, die aus dem Misthaufen kommt, Badische Zeitung, 14.9.1977.
10) Collins, P.; 1977; Energie, die auf uns wartet. Forum Vereinte Nationen, Mai 1977.
11) Weischet, W.; 1977; Viel Grün- wenig Nahrung, Umschau 77, 23, 267-270 (1977).
12) Frank, M.; 1977; Die Hilfe kommt vom Rind, Badische Zeitung, 24./25.9.1977.
13) Oswald, W. J., C. G. Goluekee; 1960; Biological Transformation of Solar Energy Advances in Applied Microbiology II, New York, Academic Press (1960); S. 223-261.
14) Lieth, H.; 1974; Basis und Grenzen für die Menschheitsentwicklung: Stoffproduktion der Pflanzen. Umschau 74, 6; 169-174 (1974).
15) Tierisches Methan als Energiequelle; Naturwissenschaftliche Rundschau 29; S. 278 (1967).
16) Strahm, R. H.; 1975, Überentwicklung - Unterentwicklung, Laetare Verlag Stein/Nürnberg.

Windenergie

Physikalische Grundlagen

Durch Sonneneinstrahlung wird die Atmosphäre der Erde unterschiedlich stark erwärmt. Dadurch entstehen im Luftmeer Druckdifferenzen, die zu Luftströmungen führen. Diese Winde besitzen (Bewegungs-)Energie, die durch Windmaschinen (auch: Windmühlen, -kraftanlagen, -konverter genannt) in andere Energieformen umgewandelt und so zu verschiedenen Zwecken eingesetzt werden kann. Die Menge der Energie, die eine Windmaschine liefern (genauer: umwandeln) kann, hängt neben dem Rotordurchmesser im wesentlichen von der mittleren Windgeschwindigkeit ($\overline{v}$) ab.

Auf Grund der Reibung der Luftströmungen an der Erdoberfläche steigt die mittlere Windgeschwindigkeit mit zunehmender Höhe an. Das bedeutet praktisch: je höher ein Windrad (über der Erdoberfläche) montiert ist, desto aufwendiger ist zwar seine Befestigung, aber desto mehr Energie kann dieses Windrad (bei gegebenem Standort und Durchmesser des Rotors) liefern. Daneben hängt die mögliche Energieausbeute auch vom Standort ab: Da die Reibung der Luftströmungen über Wasserflächen deutlich geringer ist als über dem Lande, entstehen über den Meeren kräftige Winde. Diese erreichen die Küsten im Mittel mit hohen Geschwindigkeiten, verlieren dann aber 150 bis 200 km landeinwärts bedeutend an Energie (1; S. 53). Das Ergebnis zeigt die abgebildete Karte: Für die Küstengebiete ergeben sich hohe mittlere Windgeschwindigkeiten; im Innern der Kontinente liegen die Werte dafür nicht einmal halb so hoch.

Im Bereich der Länder der Dritten Welt sind die Windverhältnisse in den Küstengebieten Südamerikas, Madagaskars und Indonesiens besonders günstig. Das bedeutet jedoch nicht, daß sich die Nutzung der Windenergie in anderen Gebieten nicht lohnt: Nach einer Studie für das Bundesministerium für Forschung und Technologie ist bei einer mittleren Windgeschwindigkeit von mehr als 4 m/s sogar eine großtechnische Windenergienutzung möglich. Diese Bedingung ist in großen Teilen der Dritten Welt erfüllt. Außerdem gibt es im Bereich der sanften Technologie Windmaschinen, die auch bei geringeren Windgeschwindigkeiten brauchbare Ergebnisse liefern, aber im großtechnischen Maßstab zur Erzeugung elektrischer Energie nicht nutzbar sind.

Bevor wir uns nun den spezifischen Bedingungen der Dritten Welt zuwenden, folgt zunächst ein kurzer Exkurs über die Nutzung der Windenergie in den Industrieländern, der zeigen soll, daß Nutzung der Windenergie keineswegs gleichbedeutend ist mit einer „Windmühlenromantik".

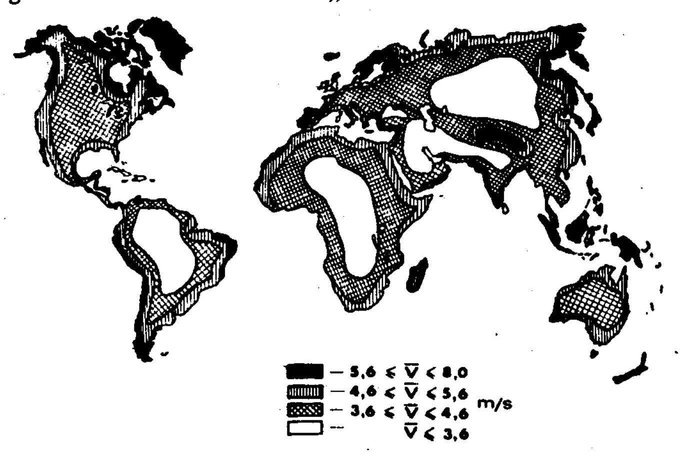


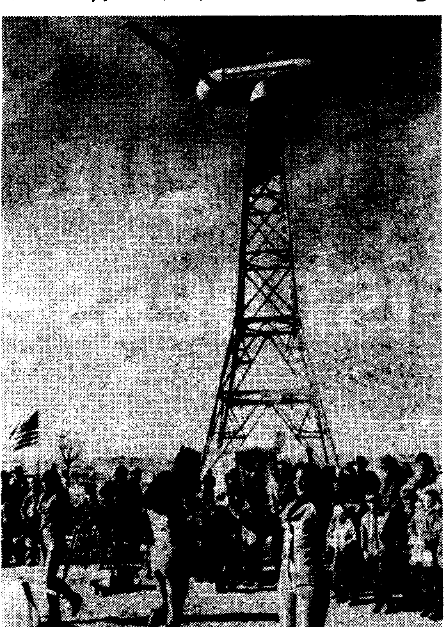
Abb. 1: Windgeschwindigkeitsgebiete der Welt

Windenergienutzung in den Industrieländern

Der Wind gehört zu den Energiequellen, die die Menschheit seit Jahrtausenden zur Fortbewegung (Segelschiffe) und zur Arbeitserleichterung (Windmühlen, -pumpen) nutzt.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts, als die Vereinigten Staaten noch wenig erschlossen waren, bereitete der Transport von Energieträgern (insbesondere Kohle) größere Schwierigkeiten. Daher ist es zu erklären, daß damals die Windenergie, als eine Möglichkeit zur dezentralen Energieerzeugung, recht intensiv genutzt wurde. Man schätzt, daß damals etwa 14 % des Energieverbrauchs der USA durch Windmaschinen gedeckt wurde (3; S. 12).

Angesichts erhöhter Energiepreise werden heute die Möglichkeiten der Windenergienutzung genauer erforscht: Das obengenannte Gutachten schätzt das technisch nutzbare (Welt-)Potential an Windenergie auf etwa 10^{21} Joule (1; S. 63; Joule ist eine Energieeinheit; 3,6 Mio Joule = 1 kWh) (Zum Vergleich: Der Weltenergieverbrauch an Primärenergie betrug 1974 etwa 8200 Mio tSKE = $2{,}4 \cdot 10^{20}$ Joule (4; S. 102), also etwa ein Viertel des obigen Wertes).



Windkonverter der NASA (200 kW)

(Man beachte: Die „optische Umweltverschmutzung" durch diese Windmaschine ist kaum größer als die eines Hochspannungsmastes)

Theoretisch wäre es also denkbar, den gesamten derzeitigen Weltenergieverbrauch durch Windenergie zu decken; doch das ist zumindest in den nächsten Jahrzehnten technisch nicht zu realisieren. Jedoch soll in Zukunft ein gewisser Teil des Energieverbrauchs der Industrieländer durch Windenergie gedeckt werden. Prototypen der NASA (USA) und der Studiengesellschaft Windkraft (Stuttgart) liefern schon heute Leistungen von 200 bzw. 100 kW. Das reicht aus, um etwa 100 Durchschnittshaushalte der BRD mit elektrischer Energie zu versorgen (Wenn der Windkonverter zu 1/3 der Zeit voll in Betrieb ist).

Nach Berechnungen der NASA soll die Nutzung der Windenergie ab Ende der siebziger Jahre so forciert werden, daß bis zum Jahr 2020 zwischen 8 und 15 % des dann zu erwartenden Energieverbrauchs der USA durch den Energieträger Wind gedeckt werden (2, S. 66). Die dann installierte Leistung läge zwischen 480 000 MW und 900 000 MW, das ent-

spricht der Leistung von mehreren hundert Kernkraftwerken. Die Probleme bei der Weiterentwicklung der Windenergienutzung liegen derzeit im Bereich der Energiespeicherung, der Regelung und der Stabilität bei Sturmböen (Einzelheiten siehe 1, 2, 6). Doch selbst wenn man diese berücksichtigt, erweist sich die Windenergie unter den Bedingungen der Industrieländer als konkurrenzfähig. In bevorzugten Gegenden sollen Windgeneratoren bereits heute elektrischen Strom zu etwa gleichen Kosten wie Atomkraftwerke produzieren können (5, S. 152).

150 000 Windkraftwerke bis 1990 in der Sowjetunion

Zur Verbesserung der lokalen Energieversorgung soll die Sowjetunion bis 1990 mit einem Netz von 150 000 Windkraftwerken überzogen werden, die eine Gesamtleistung von 4500 Megawatt erbringen können. Nach einer Erklärung der wissenschaftlichen Produktionsvereinigung für die Nutzung der Windkraft sollen die ersten 4500 Windkraftwerke bereits 1980 in Betrieb gehen.

FAZ 10. 5. 78

Windenergienutzung in den Entwicklungsländern

Sicher ist es technisch möglich, daß z.B. die von der NASA entwickelten Windmaschinen in naher Zukunft auch in Entwicklungsländern eingesetzt werden können. Das technologische Niveau derartiger Maschinen liegt zwar deutlich unter dem der Atomkraftwerke, aber in den meisten Fällen über dem Niveau, das im Lande verfügbar ist. Die Windmaschinen müßten also im allgemeinen importiert und von ausländischen Firmen gewartet und repariert werden. Sie könnten dann dezentral elektrischen Strom für Handwerk und Kleinindustrie in den Landgebieten liefern, der bei einer Energieversorgung durch großtechnische Anlagen überhaupt nicht oder nur über teure Fernleitungssysteme zur Verfügung stände. Daneben besteht gegenüber Großkraftwerken auf Atomkraft- und Erdölbasis der Vorteil, daß der Energieträger (Wind) nicht importiert werden muß.
Die Investitionskosten einer derartigen Anlage (Leistung 100 kW) liegen jedoch über 100 000 DM (vgl. 1, S. 66). Ein solches Projekt läßt sich nur in seltenen Fällen durch eine Landgemeinde in einem Entwicklungsland finanzieren.
Hier bietet eine angepaßte, mittlere Technik Lösungsmöglichkeiten, indem sie die Konstruktion der Windmühlen an die Aufgaben anpaßt, die durch die gewonnene Energie bewältigt werden sollen.
Nach einer Studie des BMZ dürften Windkraftanlagen zunächst fast ausschließlich (nämlich zu 80 bis 90 %) für dringend benötigte Bewässerungsanlagen eingesetzt werden. Erzeugung elektrischer Energie wird erst später an Bedeutung gewinnen (6, S. 14). Nun erzeugen aber Windkonverter der Industrieländer zunächst elektrischen Strom, der dann mit Hilfe eines Motors eine Pumpe antreiben kann. Der „Umweg" über den elektrischen Strom ist jedoch überflüssig, wenn die Windenergie nur zum Betrieb einer Pumpe genutzt werden soll. Verzichtet man auf diesen Umweg, so wird das System einfach und überschaubar. Wie dies technisch möglich ist, zeigen die beiden folgenden Beispiele:

Schlagflügelwindmaschine und Kolbenpumpe (7, S. 2; 2, S. 60 f.)

Bei dieser Maschine wird durch den Wind ein segelbespannter Flügel in eine Schwingbewegung in vertikaler Richtung gebracht (siehe Abb. 3). Windmaschine und Pumpe sind ein im Bewegungsablauf aufeinander abgestimmtes System. Der Auf- und Abbewegung der Kolbenpumpe entspricht die oszillierende (schwingende) Bewegung der Schlagflügelwindmaschine. Dadurch entfallen Getriebe oder andere Bewegungsumsetzer, die Lagerung der bewegten Teile ist konstruktiv einfach.
Die Bauteile der Windpumpenmaschine können handwerklich hergestellt werden. Das Pumpsystem ist speziell geeignet zur Förderung von kleineren Wassermengen, d.h. von 100 bis 200 m^3/Tag aus großen Brunnentiefen (über 40 m). Bei Flauten kann Wasser durch Handbetrieb des Flügelarms gepumpt werden. Die Sturmsicherung der Windmaschine erfolgt durch Festsetzen des segelbespannten Schlagflügels.

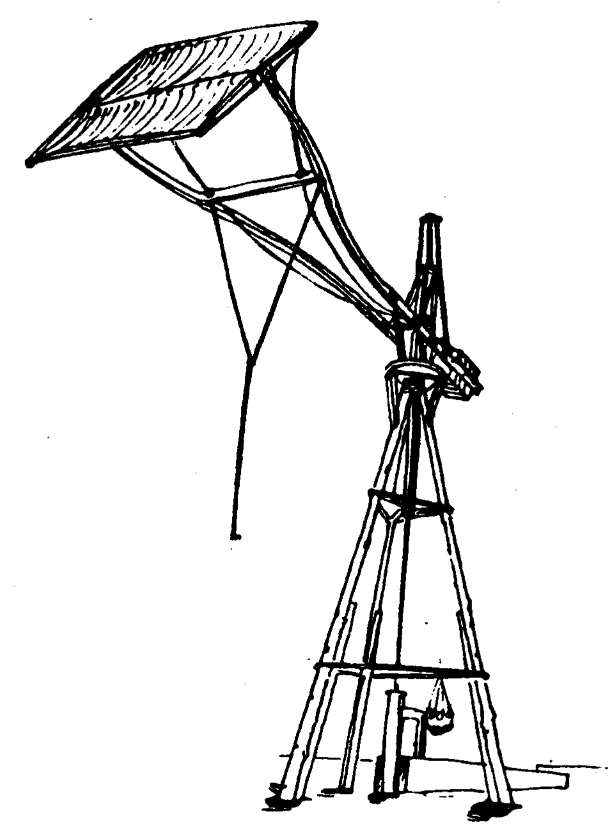
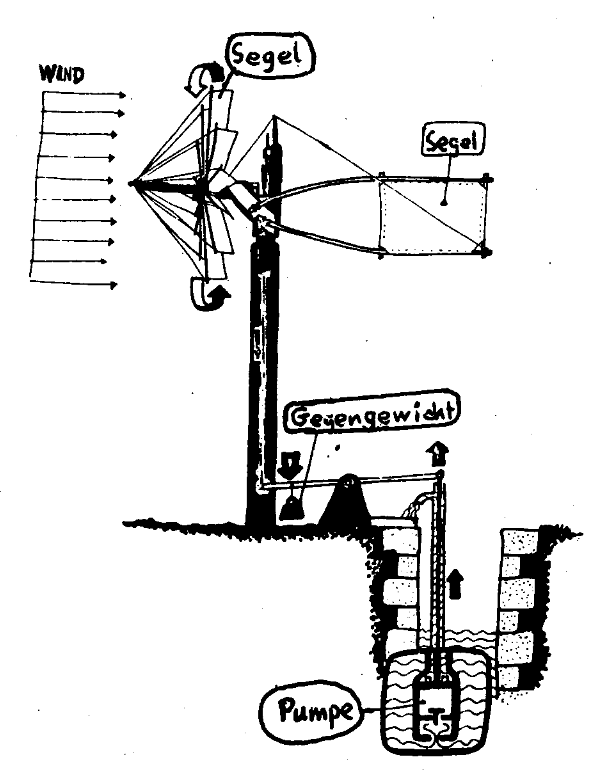


Abb. 3: Schlagflügelwindmaschine

Windmaschine von Sahores

Die Windmaschine von Sahores ähnelt den uns bekannten Windmühlen; jedoch besitzt sie im Unterschied zu letzteren segeltuchbespannte Flügel (etwa 3 m Durchmesser). Eine flexible Befestigung der Segeltücher bewirkt, daß sich die dem Wind dargebotene Fläche bei zunehmender Windstärke verringert. Dadurch ergibt sich eine sehr einfache, aber innerhalb gewisser Grenzen brauchbare Regelung: Schwacher Wind trifft auf eine große Angriffsfläche; dadurch wird die Maschine schon bei einer Windgeschwindigkeit von 2 m/s in Bewegung gesetzt (und kann dann stündlich ca. 120 l Wasser 6 m hoch pumpen). Bei höheren Windgeschwindigkeiten verringert sich die Segelfläche; so werden zu schnelle Umdrehungen vermieden. Vor größeren Stürmen müssen die Segel jedoch eingeholt bzw. das Windrad abgebaut werden, damit es zu keinen Zerstörungen kommt.
In Verbindung mit einer Pumpe ist diese Windmaschine zum Pumpen von Wasser aus mittleren Tiefen (bis 40 m) geeignet. Bei einer Umdrehungszahl von 60 pro Minute können stündlich etwa 1,5 m^3 Wasser gefördert werden.
Bis auf die Übersetzung der Drehbewegung in eine Auf- und Ab-Bewegung (Pleuelstange) ist auch diese Windmaschine einfach aus lokal verfügbaren Materialien (u.a. Bambus) zu erbauen. Als Kosten für eine derartige Windmaschine werden knapp 200 DM angegeben (2, S. 60).



Windmaschine von Sahores

Diese beiden Beispiele stellen keineswegs alle Möglichkeiten dar (vgl. 2 und 7). Sie verdeutlichen aber das Prinzip der angepaßten sanften Technik: Die Windmaschinen können handwerklich aus den im Entwicklungsland zur Verfügung stehenden Materialien hergestellt werden. Ihre Funktionsweise ist so einfach, daß es leicht möglich ist, sie zu durchschauen. Daher können Wartung, Reparatur und auch die Weiterentwicklung dieser Maschinen von einheimischen Kräften durchgeführt werden. Eine weitgehende Nutzung derartiger Maschinen würde daher zum einen Arbeitsplätze im Entwicklungsland schaffen, zum anderen verringert sich so die Abhängigkeit des Landes vom Import von Erdöl und dieselbetriebenen Pumpen.
Insofern bilden 1000 derartige Windmaschinen einen größeren Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Regionen in der Dritten Welt als der Import eines modernen Großkraftwerks.

wawi

Quellen:
1) Energiequellen für morgen, Umschau, Frankfurt 1976
2) Energie eoliene, Ecologie, Avril-Mai 1976, No. 6
3) Energie, Heft 162 der Informationen zur politischen Bildung, Bonn, 1975.
4) Michaelis, H.: Kernenergie, dtv 4137, München 1977
5) Arbeitsgruppe Wiederaufbereitung: Atommüll, rororo 4117, Reinbeck, 1977
6) Technologien für Entwicklungsländer, Entwicklungspolitik Materialien Nr. 56, herausgegeben vom BMZ, Bonn, 1976
7) Interdisziplinäre Projektgruppe für angepaßte Technologie (IPAT): Windpumpensysteme für Entwicklungsländer, Berlin (Lentzeallee 86) o.J.

Zukünftige Energieversorgung der Dritten Welt

1. Gegenwärtiger Energieverbrauch in der Dritten Welt
Nach den Statistiken des Oil-Reports der OECD hatten die Entwicklungsländer (ohne China) 1974 am Weltenergieverbrauch einen Anteil von 10,2 %. Damit wurde in allen diesen Entwicklungsländern weniger Primärenergie umgesetzt als in den drei Industriestaaten BRD, Großbritannien und Italien zusammengenommen; deren Anteil betrug 11,1 %. (1, S. 102) Schon dieser Vergleich zeigt, daß der Pro-Kopf-Energieverbrauch in den Entwicklungsländern sehr viel niedriger ist als in den Industriestaaten. Einzelheiten zeigt Tabelle 1. Man entnimmt ihr z.B., daß im statistischen Durchschnitt ein Bewohner der BRD pro Jahr das 13,1-fache dessen an Energie verbraucht, was einer Person in der Dritten Welt zukommt. Dieser Unterschied wird noch krasser, wenn man berücksichtigt, daß die Zahlen der Tabelle 1 in mehrfacher Hinsicht gemittelt sind. So betrug z.B. der Pro-Kopf-Energieverbrauch in Ruanda 1974 0,013 tSKE, das ist etwa der 400ste Teil des Vergleichswerts für die BRD. Daneben ist der Energieverbrauch in Ruanda sicher nicht gleichmäßig verteilt, sondern er konzentriert sich vorwiegend auf die Zentren.

Aufgrund dieses geringen Verbrauchs ist es erklärlich, daß der Energieverbrauch der Entwicklungsländer stark ansteigt. Zwischen 1950 und 1974 verfünffachten diese Länder ihren Gesamtverbrauch an kommerzieller Energie. Die Steigerungsrate lag in diesem Zeitraum bei 7,2 % jährlich (Vergleich: Westeuropa: Jährlich 5,42 %). Für den Zeitraum 1970 bis 1980 wurde noch 1973 eine etwas höhere Zuwachsrate geschätzt (8,2 % pro Jahr, (1, S. 105)), tatsächlin ging dann aber im Jahre 1975 erstmals der Energieverbrauch zurück.

Bei den Energieträgern steht Öl derzeit an wichtigster Stelle. Es deckt etwa 70 % des Energiebedarfs der ölimportierenden Entwicklungsländer .. Daneben werden folgende Energiequellen in größerem Umfang genutzt:
„Erdgas: Erdgas deckt etwa sechs Prozent des Energiebedarfs der Entwicklungsländer. Für Afghanistan, Argentinien,

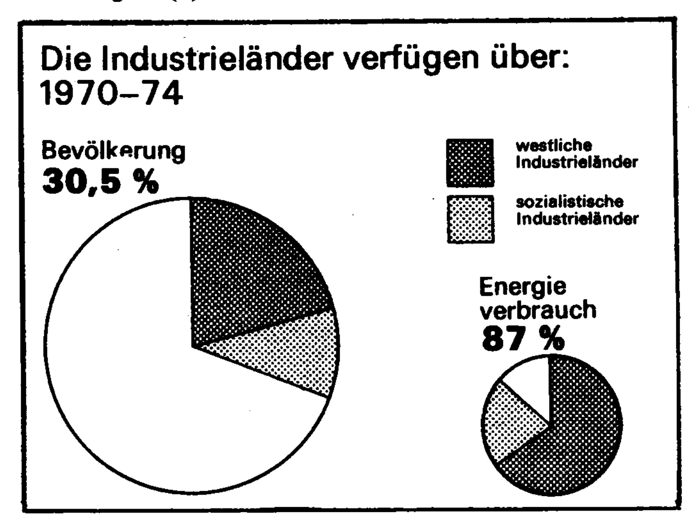
	absolut in SKE/a	Entwicklungsländer = 1
Vereinigte Staaten	11,3 t	26,9
Großbritannien	5,8	13,8
Sowjetunion	5,7	13,6
Deutschland (BR)	5,5	13,1
erweiterte EG	4,8	11,4
Frankreich	4,2	10,0
Japan	3,3	7,9
Italien	2,9	6,9
Weltdurchschnitt	2,0	4,8
Lateinamerika	1,04	2,5
Entwicklungsländer	0,42	1,0
Afrika	0,35	0,8
Süd- und Ostasien	0,28	0,7

Tab. 1: Pro-Kopf-Energieverbrauch in ausgewählten Ländern und Regionen (nach 1, S. 104)

Bangladesch, Chile und Pakistan ist Erdgas ein besonders wichtiger Brennstoff.

Kohle: Kohle ist für mehrere Entwicklungsländer die Hauptenergiequelle. 1974 wurden in Indien 70 Prozent aller Energie aus Kohle gewonnen, in Zimbabwe etwas weniger, in Mozambique waren es 40 Prozent, in Sambia 30 und in Zaire und Malawi 20 Prozent.

Wasserkraft: Wasserkraft liefert den ölimportierenden Entwicklungsländern etwa 4,4 Prozent der benötigten Energie, also mehr als in der übrigen Welt. In absoluten Zahlen verbrauchen Brasilien und Indien mehr als die Hälfte aller in der Dritten Welt durch Wasserkraft erzeugten Energie." (8)



2. **Prognosen über den zukünftigen Energieverbrauch der Entwicklungsländer**

Im letzten Jahr sind ziemlich gleichzeitig von drei verschiedenen internationalen Arbeitsgruppen Studien über den Energiebedarf und die Energieversorgung der Welt bis über das Jahr 2000 hinaus erschienen. Es handelt sich dabei um die Studie des Workshop on Alternative Energy Strategies (WAES), die Arbeit der Conservation Commission, die im Rahmen der 10. Weltenergiekonferenz (WEC) eingesetzt wurde, sowie um die Studie des International Institute for Applied System Analysis (IIASA) in Laxenburg bei Wien. Diese Studien stimmen in drei wichtigen Prognosen überein (nach 2, S. 66 f.):

1) Gegenwärtig leben in den Ländern Südasiens, Afrikas und Lateinamerikas etwa 50 % der Weltbevölkerung. In den nächsten hundert Jahren wird die Bevölkerung in diesen Ländern stärker anwachsen als die der restlichen Länder. In hundert Jahren wird ihr Anteil an der Weltbevölkerung daher auf etwa 75 % gestiegen sein. Da diese Entwicklungsländer eine breite Verbesserung des Lebensstandards erreichen wollen und da dazu die Verfügbarkeit zusätzlicher Energie als notwendig erachtet wird, schätzen die Studien, daß die langfristige Entwicklung des Weltenergiebedarfs vornehmlich durch die Länder der Dritten Welt bestimmt wird. Die WAES-Gruppe schätzt z.B., daß der Anteil der Entwicklungsländer am Weltenergieverbrauch bis zum Jahr 2000 von derzeit ca. 10 % auf 25 % ansteigen wird. Der Pro-Kopf-Energieverbrauch wäre allerdings auch dann noch weniger als ein Zehntel von dem der Industrieländer (10.

2) Der Energieverbrauch wird weiterhin ansteigen. Nach der IIASA-Studie wird er sich bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Jahr 1975 mehr als vervierfachen (2, S. 69 und 67). Daher wird Energie knapper und teurer. Das wird zu einer rationelleren Verwendung von Energie führen.

3) Die sanften Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Biogas, ...) werden bis zur Jahrtausendwende keinen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Nach der WAES-Studie wird ihr Anteil bis dahin unter 2 % liegen.

Da der zunehmende Verbrauch ab 1985 durch Öl nicht mehr zu decken sein wird, werden danach, so die Studien, in zunehmenden Maße Kohle und Kernenergie an Bedeutung gewinnen.
Bei intensiver Nutzung der Kohle ergeben sich folgende Probleme: Zwar können dann einige Entwicklungsländer Energieexporteure werden (z.B. Indien), aber die meisten Länder der Dritten Welt müßten dann auch diesen Energieträger importieren. Außerdem sind Kohlegewinnungs- und verbrauchstechniken sowohl kapitalintensiv als auch umweltbelastend. (10)
Bei der umfangreichen Nutzung der Kernenergie begeben sich die Entwicklungsländer in Abhängigkeiten sowohl von den Uran- als auch von den Technologielieferanten. Trotzdem sagen die Studien eine starke Nutzung der Kernenergie in der Dritten Welt vorher: Die Conservation Commission hält es für notwendig, daß in den Entwicklungsländern bis zum Jahr 2000 Kernkraftwerke mit einer Leistung von 186 GWe installiert werden (zum Vergleich: In den westlichen Industrieländern war 1975 eine Kernkraftwerksleistung von 68 GWe installiert, also etwa ein Drittel des obigen Wertes (2, S. 68). Nach der WAES-Studie soll zu diesem Zeitpunkt zwischen 30 % und 56 % der Elektrizität der Dritten Welt durch Kernenergie erzeugt werden. (10)

3. **Kritik der offiziellen Statistiken und Prognosen**

Unsere Kritik der obigen Studien konzentriert sich auf drei Punkte:

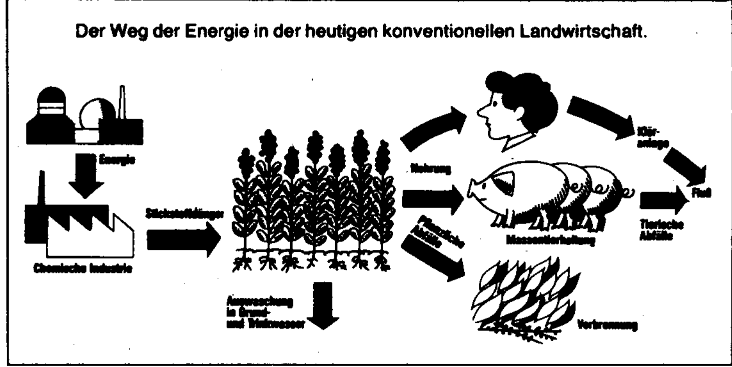
1) Die nicht kommerziell genutzten Energieträger (Brennholz, ...) werden von den UN-Statistiken nicht erfaßt. Nach Meinung von V. Baum, Direktor des UN-Zentrums für natürliche Ressourcen, Energie und Transport, decken diese aber den Energiebedarf des größten Teils der Bevölkerung der Entwicklungsländer. V. Baum nennt als Beispiel: „In Indien liefern Brennholz und landwirtschaftliche Abfälle 50 Prozent mehr Energie als alle kommerziellen Quellen zusammen. In Brasilien stammt ein Fünftel der Energie aus der Verbrennung von Holz, Holzkohle und Bagasse (Rückstände bei der Rohrzuckerproduktion)." (8)
Es ist denkbar, daß in gewissen Regionen durch eine intensivere Nutzung dieser Energieträger auch ein ansteigender Energieverbrauch abgedeckt werden könnte (vor allem im ländlichen Bereich). Das setzt jedoch eine ausreichende Vegetation und systematische Aufforstungsprogramme voraus.
In disem Zusammenhang ist auch ein Produkt der angepaßten Technologie zu nennen, das zeigt, daß eine derartige intensivere Nutzung ohne Raubbau an der Natür möglich ist: Aus einem alten Ölfaß läßt sich mit Hilfe einfacher Mittel ein transportierbarer Holzkohlemeiler herstellen, der es ermöglicht, aus leichtem, bisher ungenutzten Gestrüpp Holzkohle herzustellen:
„In Kenia wurde dadurch die Rodung wieder gewinnbringend gemacht, weil die Holzkohle als Hausbrand verkauft wurde. Außerdem werden dadurch die großen Bäume verschont, die sonst für die Herstellung von Holzkohle geschlagen würden." (5, S. 308)
Die Verbrennung von Holz und anderen pflanzlichen

Stoffen zum Zwecke der Energieerzeugung ist zwar einfach durchzuführen, stellt aber keineswegs immer ein optimales Verfahren dar. Daher ist im Einzelfall jeweils zu prüfen, ob sich die vorhandene Biomasse unter den konkret gegebenen Bedingungen nicht günstiger verwenden läßt (siehe Artikel über Biogas).

2) Geht man, wie die obengenannten Studien, davon aus, daß sich die Länder der Dritten Welt bei ihrer Entwicklung an dem „Vorbild" der Industriestaaten zu orientieren haben, so bedeutet Entwicklung z.B. in der Industrie den Aufbau von möglichst stark automatisierten Fabriken; für die produktion ist dann wesentlich mehr Energie notwendig als bei handwerklicher oder kleinindustrieller Fabrikation. Ähnlich ist es in der Landwirtschaft: Setzt man Verbesserungen in der Landwirtschaft mit der erhöhten Verwendung von Kunstdünger gleich, so bedeutet natürlich auch in diesem Bereich Entwicklung eine Zunahme des Energieverbrauchs (durch die Produktion von Kunstdünger).
In beiden Fällen sind die Schlußweisen logisch; die Grundannahmen sind jedoch keineswegs zwingend. Das soll hier am Beispiel der Landwirtschaft gezeigt werden. Wir referieren dazu die wichtigsten Punkte einer sehr lesenswerten Analyse von B. Commoner (3, S. 138 - 150). Dieser untersucht die Energienutzung der Farmen im Maisgürtel der USA: Damit Mais wachsen kann, muß (wie auch bei anderen landwirtschaftlichen Produkten) chemisch gebundener Stickstoff (z.B. Ammoniak) im Boden vorhanden sein. Man kann nun den Ammoniak in chemischen Fabriken mit Hilfe von viel Energie erzeugen und ihn dann dem Boden zufügen, damit der Mais gut wächst. Andererseits ist es aber auch möglich, (vor der Aussaat des Mais) Klee oder Bohnen auf den Feldern zu säen. Diese Pflanzen verwandeln dann mit Hilfe der Energie des Sonnenlichts den Stickstoff der Luft in biologisch nützliche Formen. Pflügt man nun vor der Aussaat des Mais den Klee unter, so enthält der Boden die notwendigen Stickstoffverbindungen und der Mais kann etwa so gut wachsen wie bei der Verwendung von Kunstdünger. Diese „organische" Methode spart also Primärenergie dadurch ein, daß sie die Energie des Sonnenlichts nutzt. Der Einwand, sie erfordere einen zu hohen Arbeitsaufwand und sie sei deshalb unwirtschaftlich, ist falsch. Eine Vergleichsuntersuchung von 'organischen Farmen' und konventionellen Farmen ergab im Jahre 1974, „daß die organischen Farmen etwa gleich ökonomische Erträge erbrachten wie die konventionellen, dabei aber nur ein Drittel an Energie einsetzten." (3, S. 150) Dies Ergebnis ist besonders bemerkenswert, da es unter den Bedingungen eines Industrielandes (hohe Lohnkosten) durchgeführt wurde; denn die organische Methode verlangt höheren Arbeitsaufwand. Es ist daher zu erwarten, daß letztere in einem Entwicklungsland neben der Energieeinsparung auch ökonomische Vorteile (und auch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten) bringt. Daß derartige Erwartungen nicht übertrieben sind, zeigt das Entwicklungsprojekt Nyabisindu in Ruanda. Dort wurde eine ähnliche organische Landwirtscaft bereits erfolgreich erprobt (11; 20).

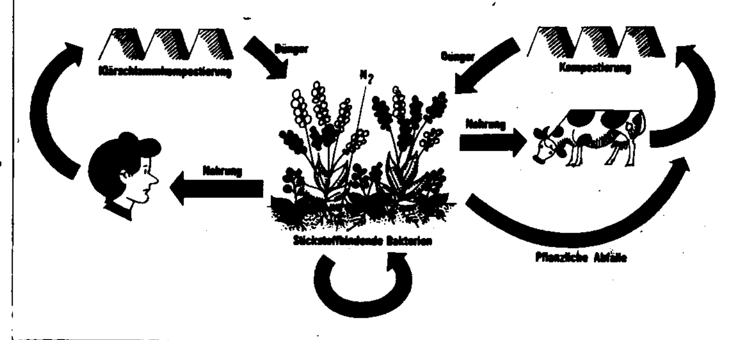
3) Ein wichtiges Argument, das nach Ansicht der drei Studien gegen die sanften Enrgien spricht, sind die Kosten. So schätzt z.B. die IIASA-Studie die Energieerzeugungskosten bei Nutzung der Windenergie im Jahr 2030 auf 1330 $/ t ÖE (Dollar pro Tonne Öleinheiten; bei Preisen von 1977). Bei Leichtwasserreaktoren wird der entsprechende Wert auf 280 $/t ÖE geschätzt.
Es kann hier nicht versucht werden, das Zustandekommen dieser Schätzungen im Detail zu kritisieren. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß weder die kommerzielle Windenergienutzung noch der Betrieb von Kernkraftwerken technisch so erforscht ist, daß Erstellungs-, Betriebs- und Folgekosten derartiger Anlagen heute schon genau angegeben werden können. Zukunftsschätzungen müssen daher zwangsläufig zum Teil spekulativen Charakter tragen. So ist es zu erklären, daß andere Studien schon heute die Konkurrenzfähigkeit von kommerziellen Windenergieanlagen feststellen. (6, S. 66; 7, S. 152).

Der Weg der Energie in der heutigen konventionellen Landwirtschaft.



Für eine Versorgung der ländlichen Gebiete in den Entwicklungsländern sind zudem neben den Energieerzeugungskosten auch die Kosten für Energietransport und -verteilung von großer Bedeutung. Letztere sind aber bei der Nutzung der Kernenergie bzw. anderer zentraler Elektrizitätserzeugung so hoch, daß die so in abgelegene Gebiete transportierte Energie völlig unwirtschaftlich ist. So gibt es z.B. in Mexiko derzeit über 78 000 Landgemeinden (meist weniger als 500 Einwohner), die keine Elektrizitätsversorgung besitzen; in Indien befinden sich rund 500 000 Orte in ähnlicher Lage (12). Der Grund dafür sind im wesentlichen die zu hohen Kosten für elektrische Versorgungsleitungen.

Der Kreislauf der Energie in der biologischen und ökologischen Landwirtschaft.



4. Übergeordnete Ziele einer alternativen Energiepolitik

Bevor wir nun die Möglichkeiten für eine alternative Energiepolitik der Entwicklungsländer skizzieren, sind zunächst einige grundlegende Gedanken über die Ziele einer entwicklungsfördernden Politik notwendig. Denn Energie ist ja kein „Wert an sich", sondern Energie wird erst dann für Menschen sinnvoll, wenn sie zu bestimmten Zwecken eingesetzt wird. Daher kann eine Energiepolitik nur so sinnvoll sein, wie die Zwecke, zu denen die Energie eingesetzt wird. Derzeit ist die Wirtschaft eines typischen Entwicklungslandes zweigeteilt: Auf der einen Seite gibt es den modernen Sektor, der meist auf die größeren Städte konzentriert ist, und in dem

etwa 15 % der Bevölkerung beschäftigt sind. Demgegenüber steht der traditionelle Bereich, in dem die große Mehrheit der Bevölkerung (meist in der Landwirtschaft) arbeitet. Während die Lebensbedingungen der Arbeiter im modernen Sektor relativ gut sind, leben die Bewohner, die dem traditionellen Sektor zuzurechnen sind, im allgemeinen in großer Armut: „Von den rund 750 Mio. Menschen in Entwicklungsländern, die nach den von der Weltbank zugrunde gelegten Definitionskriterien gegenwärtig in absoluter Armut leben, sind mehr als 80 % in den ländlichen Regionen zu finden, davon wiederum 80 % in der Landwirtschaft." (13, S. 2)
Eine wesentliche Ursache dieser Armut ist die Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung: Die Zahl der Arbeitslosen wird weltweit auf mindestens 75 Millionen geschätzt; die Zahl der Unterbeschäftigten auf über 300 Millionen. (14)
Die Landflucht ist eine Folge dieser Unterbeschäftigung: Wer auf dem Land arbeitslos ist, kommt in die Stadt, in der Hoffnung, dort (im modernen Sktor) einen Arbeitsplatz zu finden. Doch die riesigen Slums der Großstädte der Dritten Welt zeigen, daß der moderne Sektor derzeit nicht in der Lage ist, die arbeitswilligen und arbeitsfähigen Leute zu beschäftigen. Auch in Zukunft wird sich daran kaum etwas ändern; denn zum einen vermehrt sich die erwerbsfähige Bevölkerung in den Entwicklungsländern aufgrund der hohen Geburtenrate sehr schnell, zum aderen sind Investitionen im modernen Sektor im allgemeinen kapitalintensiv und schaffen nur wenig Arbeitsplätze.
Es istsogar teilweise zu beobachten, daß durch die Schaffung einiger neuer Arbeitsplätze im modernen Sektor zahlreiche Arbeitsplätze im traditionellen Sektor zerstört werden.
Dies bedeutet aber, daß der moderne Sektor nicht in der Lage ist,(über die Beschaffung von Arbeitsplätzen und damit Verdienstmöglichkeiten) die Lebensbedingungen der breiten Massen in der Dritten Welt zu verbessern. Aufgabe einer an den Bedürfnissen der armen Massen orientierten Entwicklungspolitik wäre es damit, dafür zu sorgen, daß im ländlichen Bereich Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, und zwar so, daß die Produkte der Arbeit die Lebensbedürfnisse der Landbewohner befriedigen können.

E.F. Schumacher präzisiert diese Aufgabe durch vier Thesen:
„Erstens müssen Arbeitsplätze in den Gebieten geschaffen werden, wo die Menschen jetzt leben, und nicht in erster Linie in Großstadtbereichen, wohin sie sonst wandern würden.
Zweitens müssen diese Arbeitsplätze im Durchschnitt billig genug einzurichten sein, so daß eine große Anzahl davon zur Verfügung gestellt werden kann, ohne daß Kapitaleinsatz und unerschwingliche Einfuhren von Maschinen erforderlich sind.
Drittens müssen die angewandten Produktionsverfahren relativ einfach sein, so daß nur ein Mindestmaß an Facharbeit erforderlich ist. Das gilt nicht nur für den eigentlichen Produktionsprozeß, sondern auch für die Organisation, die Rohmaterialbeschaffung, die Finanzierung, den Vertrieb und so weiter.
Viertens muß hauptsächlich aus einheimischen Materialien und hauptsächlich zum Verbrauch am Ort produziert werden." (4, S. 159)
In diesen Thesen verdeutlicht Schumacher auch die Forderungen an die Technologie dieser Arbeitsplätze. Es ist klar, daß sich derartige Forderungen nicht erfüllen lassen, wo es um die Produktion hochwertiger Industriegüter geht; jedoch die (naheliegenden) Bedürfnisse der armen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten der Dritten Welt sind einfacher; die Bevölkerung dort benötigt vor allem Haushaltsartikel, landwirtschaftliche Geräte, Baumaterial, Kleidung ... Derartige Produkte lassen sich aber dezentral mit Hilfe einer angepaßten Technologie wirtschaftlich herstellen. Dazu ein Beispiel:

Beispiel: Textilweberei Philippinen 1970

	Moderne Technik	Mittlere Technik
Einrichtung	kapitalintensive moderne Webmaschinen (Modell Sulzer 1970)	klassische, mechanische Webstühle, gebraucht (Modell Lancashire 1950)
Kapitaleinsatz für Investitionen (in $ pro 100 yards Stoff) **18:1**	2,97 $	0,16 $
Beschäftigte Textilweberei Philippinen **1:4**	1146 Arbeitsplätze	4949 Arbeitsplätze
Indirekte Beschäftigung durch Einsatz des eingesparten Kapitals **0:98**		98596 Arbeitsplätze

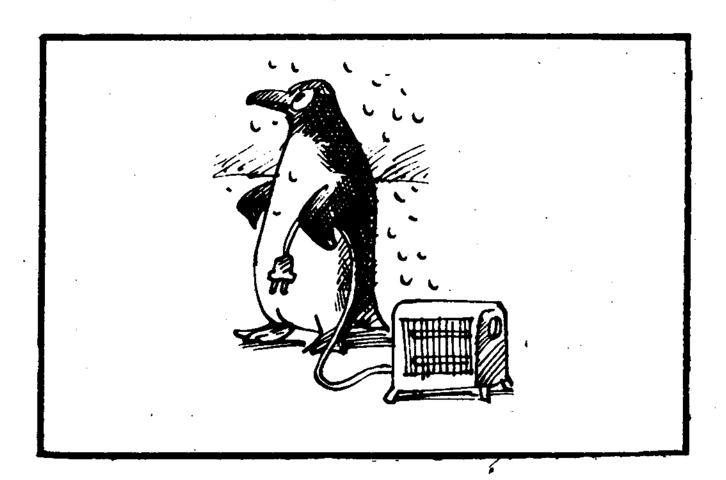
(Symbol) = 1000 Beschäftigte

nach ILO

„Eine typische moderne Ziegelei in einem industrialisierten Land stellt pro Woche eine Million Ziegel her. Die erste von einer Anzahl von Ghana gebauter entweder ausschließlich mit Handarbeit oder sehr einfachen Maschinen betriebene (Ziegelei) erzeugt etwa 10 000 Ziegel pro Woche. Die Kapitalkosten pro Arbeitsplatz der kleinen Anlage betragen rund 2000,– DM verglichen mit rund 200 000,– DM in einer großen Ziegelei. In kleinen Fabriken sind große Einsparungen an Brennstoffkosten dadurch möglich, daß die Ziegel vor dem Brennen an der Luft getrocknet werden. Dazu kommt, daß die Herstellung an Ort und Stelle Transportkosten praktisch überflüssig macht." (5 S. 306)
Die wichtigsten Punkte zur Beurteilung einer derartigen Technologie wurden hier genannt: Derartige Anlagen erfordern wenig Kapital, sind dagegen arbeitsintensiv. Da die Löhne vergleichsweise niedrig liegen, sind die Produkte auf dem lokalen Markt konkurrenzfähig; insbesondere, da die Vertriebskosten (die bei zentraler Produktion bedeutend sind) hier kaum eine Rolle spielen.

5. Möglichkeiten einer alternativen Energiepolitik
Die Darstellung des letzten Abschnitts zeigt, daß eine alternative (sanfte) Energiepolitik der Entwicklungsländer eine Wirtschaftspolitik voraussetzt, die die spezifischen Gegebenheiten der ländlichen Gebiete (viel ungenutzte Arbeitskraft; wenig Kapital) berücksichtigt. Im Rahmen einer solchen Politik, die auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der

armen Massen abzielt, wird Energie vorwiegend für folgende Zwecke benötigt:
Im Bereich des Haushalts: zum Kochen und Waschen. Im Bereich der Landwirtschaft: für das Pumpen von Wasser und die Bereitstellung von Dünger.
Aus den vorangehenden Artikeln dürfte deutlich geworden sein, daß sich derartiger Bedarf durch die Nutzung der sanften Energiequellen decken läßt. Zudem ist dazu keineswegs eine aufwendige Technik oder viel Kapital notwendig; sondern die angepaßte Technologie zeigt Möglichkeiten auf, wie diese Energiequellen auch mit geringem Kapitaleinsatz nutzbar gemacht werden können. Das könnte dann so aussehen:



Die landwirtschaftlichen Abfälle (insbesondere Dung) werden zu Biogas verarbeitet, das zum Kochen und zur Warmwasserbereitung genutzt wird. (Beide Aufgaben können auch durch Nutzung der Sonnenenergie gelöst werden.) Die Abfälle der Biogasproduktion liefern den Dünger für die nächste Anbauperiode. Die Bewässerung der Felder erfolgt über windgetriebene Pumpen.
Diese hier idealtypisch beschriebene Energieversorgung eines landwirtschaftlichen Betriebs ist natürlich den jeweils gegebenen Bedingungen anzupassen.
(Es wurde oben darauf hingewiesen, daß sich die derzeitigen Probleme der Dritten Welt nicht durch den Aufbau großer Industriebetriebe lösen lassen. Daher wird die Frage nach der Energieversorgung derartiger Betriebe im Rahmen einer alternativen Energiepolitik hier nicht erörtert.
Ein derartiges Konzept zur Energieversorgung fordert zwei Rückfragen geradezu heraus:

1) Reichen die sanften Energiequellen aus, um den Bedarf zu decken?
2) Bedeutet ein derartiges Energiekonzept nicht, daß die Entwicklungsländer auf einer technologisch niedrigen Stufe gehalten werden und somit nie zu gleichberechtigten Partnern der Industrieländer werden können?

Eine endgültige Beantwortung dieser Fragen ist derzeit sicher nicht möglich; daher folgen hier nur einige Argumente, die bei der Diskussion dieser Fragen bedeutend sind:

Zu Frage 1: Die Studie der IIASA entstand unter der Leitung von Prof. W. Häfele, der als ein Befürworter des zügigen Ausbaus der Kernenergienutzung (insbesondere des schnellen Brüters) bekannt ist. Es ist daher zu erwarten, daß diese Studie die zukünftige Rolle der sanften Energien eher unter- als überschätzt: Nach Schätzungen des IIASA werden die sanften Energiequellen im Jahr 2030 jährlich etwa 2,3 Mrd. t ÖE liefern, das sind fast 40 % des Weltenergieverbrauchs im Jahr 1975 (2). Diese (von Vertretern der Kernenergie genannte) Zahl macht deutlich, daß den sanften Energien keineswegs nur die Rolle eines „Mauerblümchens" zukommt. Insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich liefern diese Quellen ausreichend Energie. So schätzt z.B. die schweizerische Gesellschaft für Umweltforschung, daß langfristig die gesamte Schweizer Landwirtschaft ihren Energiebedarf (einschließlich Treibstoff) allein durch die Nutzung von Biogas decken kann. (15)
In vielen Fällen lassen sich neben den hier genannten sanften Energien noch andere, bisher ungenutzte regenerierbare Materialien zur Energieerzeugung nutzen (vgl. auch den obengenannten Holzkohlemeiler). So stellte z.B. die BRD auf der Weltwüstenkonferenz 1977 eine „Kraftanlage mit Stückvergaser bzw. mit Fließbrettvergaser" vor. Eine derartige Anlage soll in der Lage sein, die Abfälle einer Reismühle zu vergasen und auf diese Weise soviel Energie zu liefern, daß damit zum einen die Reismühle betrieben werden kann, zum zweiten das Wasser für die nächste Ernte gepumpt werden kann. Zum dritten ist dann noch 30 Prozent der Energie übrig; das reicht aus, um ein Dorf mit Strom zu versorgen (16, 17).
Statt Reisschalen lassen sich auf ähnliche Weise auch Kokosnußschalen verwerten: So hat eine Fabrik, die stündlich 2000 Kokosnüssen verarbeitet, genügend Abfälle, um ein Kleinkraftwerk von 1 500 KW Leistung mit Brennstoff zu versorgen. Auf den Philippinen plant man derzeit drei derartige kombinierte Betriebe zur Kokosnußverarbeitung und Stromerzeugung. (Der erste soll dieses Jahr den Betrieb aufnehmen). Die Kosten für die so erzeugte Energie werden voraussichtlich nur halb so hoch sein wie bei der mit Holzkohle erzeugten Energie. Diese Energiequelle ist „ausbaufähig": Auf den Philippinen werden derzeit jährlich etwa 8 Mrd. Kokosnüsse geerntet. Ihre Abfälle reichen theoretisch aus, um etwa 100 derartige Kleinkraftwerke ganzjährig zu betreiben (18). Deren Gesamtleistung wäre zwar deutlich geringer als die eines Kernkraftwerkes, aber aufgrund der relativ geringen Leistung einer Einzelanlage sind derartige Systeme gut zur dezentralen Stromerzeugung geeignet. Hinzu kommt, daß bei einer dezentralen Nutzung dieser Energie auch die Verarbeitung der Kokosnüsse und damit auch die Arbeitsplätze dezentralisiert werden.

Zu Frage 2: Eine Technologie sollte u.E. nicht primär danach beurteilt werden, ob sie „auf dem modernen Stand" ist, sondern Hauptkriterium bei der Beurteilung einer Technologie sollte ihre Nützlichkeit sein; d.h.: Es ist die (fast lapidar klingende) Frage zu beantworten: Ist die Technologie in der Lage, die ihr zugedachte Aufgabe zu erfüllen?
Betrachtet man harte und sanfte Technologie unter diesem Aspekt, so läßt sich feststellen: Trotz großer Investitionen in die harte Technik sind die Energieversorgungssysteme der Entwicklungsländer nicht in der Lage, den Bedarf in den ländlichen Gebieten, wo der Großteil der Bevölkerung lebt, zu decken. Dagegen könnte mit Hilfe der sanften Technik der größte Teil dieses Bedarfs gedeckt werden. Daneben ermöglicht eine breite Anwendung der angepaßten Technik, die Abhängigkeit des jeweiligen Entwicklungslandes (von Öl-, Ersatzteil- und Technologieimporten) zu verringern, während der Einsatz harter Technologie die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im allgemeinen verschärft.
Es ist also festzuhalten: Sowohl unter dem Aspekt „Eigenversorgung" als auch unter dem Aspekt „Verringerung der Abhängigkeit" erweist sich für ein Entwicklungsland die sanfte Technologie (gegenüber der harten) als nützlicher.
Darüber hinaus ist noch folgender Aspekt zu beachten:
Ein Einsatz von angepaßter Technik (in größerem Umfang)

bedeutet, daß große Teile der Bevölkerung in direkten Kontakt mit dieser Technik kommen. Da die Anlagen von einheimischen Kräften unterhalten und repariert werden, hat dies zur Folge, daß die Funktionsweise der jeweiligen Anlage von den daran beschäftigten Arbeitern verstanden wird. Insofern bedeutet der Einsatz dieser Technologie eine deutliche Verbreiterung des technischen Grundwissens in der Bevölkerung. Es ist zu erwarten, daß ein derartiger Bildungseffekt dazu führt, daß die vorhandenen Anlagen weiterentwickelt werden bzw. daß die erkannten technischen Prinzipien für andere Aufgaben nutzbar gemacht werden. Auf diese Weise kann eine Entwicklung in Gang gesetzt werden, die schon bald zu einem höheren technologischen Niveau führt.
Akzeptiert man den bisherigen Gedankengang, so stellen sich folgende Fragen: Wie läßt sich eine breite Anwendung der angepaßten Technologie in der Dritten Welt erreichen? Welche Schwierigkeiten ergeben sich dabei?
Zur (teilweisen) Beantwortung dieser Fragen werden im Teil 6 einige der bisherigen Aktivitäten in dieser Richtung dargestellt. In Teil 7 werden dann einige Schwierigkeiten aufgezeigt, die sich bei der Einführung angepaßter Technologie ergeben.

6. Aktivitäten zur Verbreitung der angepaßten Technologie
Der Gedanke der angepaßten, mittleren Technologie wurde seit 1965 in einer Londoner Gruppe um E.F. Schumacher diskutiert. Aus dieser Gruppe ging 1966 die Intermediate Technology Development Group (ITDG; Gruppe zur Entwicklung mittlerer Technologie) hervor. Diese Gruppe hat im wesentlichen drei Ziele:
- „Systematische Zusammenstellung von Unterlagen über wirksame Selbsthilfetechniken, die für ländliche und Kleinstadtgebiete in Entwicklungsländern geeignet sind,
- wirksame Weitergabe solchen Wissens an Entwicklungsländer, ...
- Hilfe bei der praktischen Anwendung von Kenntnissen und Verfahren der mittleren Technologie durch Demonstrationsprojekte, Zusammenarbeit mit praktischen Anwendungsprogrammen aller Art sowie Beratung." (5, S. 278)

Die Arbeit der ITDG wird vorwiegend in Ausschüssen geleistet, die sich auf spezielle Themenkreise spezialisiert haben. Diese Ausschüsse behandeln derzeit u.a. folgende Gebiete: Bauwesen und Baustoffe; Ferrozement; Dünger; technische Hilfe für den ländlichen Haushalt; preisgünstige Druckverfahren; Verkehrswesen und einfache Fahrzeuge; ... Ein Ausschuß zum Thema Energieerzeugung befaßt sich mit Wind- und Wasserkraft, Sonnenenergie und Biogas. (5, S. 279)
Diese Ausschüsse arbeiten in Kontakt mit entsprechenden Behörden in den Entwicklungsländern und mit Organisationen der Vereinten Nationen.
In Deutschland arbeitet in Berlin die Interdisziplinäre Projektgruppe für angepaßte Technologie (siehe Kasten) an ähnlichen Fragestellungen.
Da diese (und andere) Gruppen in den Industrieländern arbeiten, stellt sich die Frage, wie ihre Ergebnisse in die Entwicklungsländer übertragen und dort verbreitet werden können. Die Gruppen streben dazu eine enge Zusammenarbeit mit Universitäten und ähnlichen Einrichtungen in der Dritten Welt an. Letzteren fällt bei einer derartigen Kooperation u.a. die Aufgabe zu, die Verfahren zu erproben und sie den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Daneben müssen diese Einrichtungen der Entwicklungsländer auch für die Verbreitung der Anlagen in ihrem Land sorgen. Das beinhaltet eine umfangreiche Ausbildung von großen Teilen der einheimischen Bevölkerung in mindestens drei Bereichen:

„1) **Verstehen der Anlagen**
Zuerst muß die Notwendigkeit zur Errichtung bestimmter Anlagen eingesehen sein (Know Why).
Die Funktion und der Aufbau der Anlage wird verstanden, indem diese Apparate möglichst mit eigenen Materialien selbst erbaut werden (Know how).

2) **Motivation**
Durch die erlernten Kenntnisse und Fertigkeiten wird eine Motivation zur weiteren Arbeit an diesen Projekten geschaffen. Die Motivation wird gefördert, wenn die Anlagen funktionieren.

3) **Weiterentwicklung**
Bestehende Mängel an den Systemen können analysiert und behoben werden. Reparaturen werden selber ausgeführt und die Anlagen weiterentwickelt, ..." (13, S. 17).

Interdisziplinäre Projektgruppe für Angepaßte Technologie (IPAT)
Die IPAT beschäftigt sich mit angepaßten Technologien für den ländlichen Raum in Entwicklungsländern.
Ziel ist es, einen Beitrag bei der Entwicklung einfacher Geräte, Maschinen und Verfahren zu leisten, welche durch die ansässigen Handwerker, bei voller Nutzung der örtlichen Hilfsmittel, weitgehend selbst hergestellt werden können. Diese Geräte, Maschinen und Verfahren
- sollen billig produzieren, so daß die Herstellung von Produkten schon bei niedrigen Stückzahlen betriebswirtschaftlich sinnvoll ist;
- sollen durch die betroffene Bevölkerung selbst unterhalten, repariert und weiterentwickelt werden können,
- sollen eher arbeitsintensiv als kapitalintensiv sein und die vorhandenen intakten sozialen Beziehungen nicht zerstören;
- sollen weit im ländlichen Raum verbreitet werden, ganze Gebiete dezentral überziehen, Großeinrichtungen für Energiegewinnung, Energietransport und Materialtransport ersparen, das kooperative Verhalten in Dorfgemeinschaften durch gemeinsame Nutzung fördern und somit das Leben auf dem Land wieder attraktiv werden zu lassen.

Die IPAT ist eine Gruppe von Technikern und Naturwissenschaftlern, die kooperativ zusammenarbeiten. Ihr gegenwärtiges Arbeitsfeld enthält folgende vier Forschungsschwerpunkte:
1. Wind- und Sonnenpumpsysteme
2. Verwertung organischen Materials
   2.1 Fischteich-Treibhaus-Verbund
   2.2 Biogasanlagen und Kompostierung
   2.3 Verwertung von Nebenprodukten aus der Rohrzuckergewinnung
3. Entsalzung von Meer- und Brackwasser mit Sonnenenergie
4. Bewässerungstechniken

In Kürze (Ende Mai '78) erscheint ein Tätigkeitsbericht der IPAT, in dem genauer auf die bisher bearbeiteten Verfahren der angepaßten Technologie eingegangen wird. Freiexemplare können bei der IPAT bestellt werden.
Titel: „Interdisziplinäre Arbeitsgruppe an der TU Berlin", TUB 277
Umfang: ca. 25 Seiten
Bestelladresse:
IPAT, Lentzeallee 86, 1 Berlin 33, oder
TU-Bibliothek, Str. d. 17. Juni, 1 Berlin 12

Für diese Aufgaben wurden bis 1976 etwa zwanzig Zentren errichtet, in denen Anlagen der angepaßten Technologie vorgeführt werden. In folgenden Ländern bestanden zu diesem Zeitpunkt ein oder mehrere derartige Zentren: „in Botswana, Äthiopien, Ghana, Tansania, Obervolta und Sambia in Afrika, sowie in Bangladesh, Indien, Pakistan und Sri Lanka in Asien. Geplant sind solche Zentren für Indonesien, Papua / Neu-Guinea, Kolumbien und Mexiko" (5, S. 295)
Als Beispiel für die Arbeit einer Gruppe, die in einem Entwicklungsland an Fragen der angepaßten Technologie (u.a. auch zur Energieversorgung) arbeitet, folgt ein kurzer Bericht über die Aktivitäten der Entwicklungsgesellschaft für angepaßte Technologie (AT Development Association) in Lucknow (Bangalore/Indien):

„Die AT-Entwicklungsgesellschaft, Lucknow, wurde im Jahre 1972 in Varanasi mit freundlicher Unterstützung des Gandhi-Instituts gegründet. Im Jahre 1976 wurde sie als unabhängige Stelle in Lucknow neugegründet. Ihre Aufgabe besteht darin, einen Bedarf an verbesserten technischen Verfahren für die Landwirtschaft festzustellen, die notwendige Forschung und Entwicklung voranzutreiben und Praxisversuche und -vorführungen zu organisieren, sowie die Ergebnisse zu veröffentlichen. Zu ihren bisherigen Tätigkeiten gehörte, daß sie bei einer Anzahl von Universitäten und Technischen Instituten Forschungs- und Entwicklungsarbeit als nötig erkannt oder bei ihrer Durchführung geholfen hat:

- Landwirtschaftliches Forschungsinstitut, Kanke, Ranchi: einfacher Säbalken, Drillmaschine, Bodenuntersuchungsgerät.
- Hindu-Universität Benares (BHU), Varanasi: Dreschvorrichtung für Reis, Kleinausrüstung für die Herstellung von Reißverschlüssen, Fahrrad-Rischka mit drei Gängen.
- I.I.T., Kanpur: Algenerzeugung mit Hilfe von Sonnenenergie, Erstellung von Bauten im kleinen Rahmen.
- I.I.T., Kharagpur: Ferrozementschiffe, Drehbank mit Pedalantrieb.
- I.I.T., Pawai, Bombay: Wasserpumpe mit Windgöpelantrieb, Sonnenkollektor, Hydrant, Ölpreßvorrichtung für die Früchte des Keulenbaums, Verdampfung von Teichwasser.
- Für die Technische Hochschule in Allahabad: das Lehrplan-Entwicklungszentrum für die polytechnischen Hochschulen versucht, einen Lehrplan für angemessene technische Verfahren aufzustellen. Einige der IITs haben wie die BHU in Varanasi und Bombay ebenfalls Kurse für angemessene technische Verfahren in ihr Unterrichtsprogramm aufgenommen.
- I.I.T., Delhi: beabsichtigt, die gesamte Arbeit auf dem Gebiet der Mittleren Technologie in Indien zur Veröffentlichung zusammenzustellen und zu sichten.
- Islam-Universität, Aligarh: Windmühle, Stromgenerator, Sonnenkollektor.

Zu weiteren Aufgaben, mit denen die Gesellschaft sich beschäftigt, gehört die Entwicklung kleiner Anlagen (20 bis 30 t täglich) für die Produktion von Portland-Zement und (gemeinsam mit dem indischen Forschungsinstitut) die Entwicklung kleiner mechanisierten Baumwollspinnerei.
Die Gesellschaft steht im Begriff, einen bebilderten Führer für technische Verfahren in der Landwirtschaft herauszugeben, die im ländlichen Indien ihre Nützlichkeit bewiesen haben." (5, S. 300 f.)
Wie ein Bericht von McRobie (5) zeigt, gibt es derartige Gruppen schon jetzt in einer Reihe von Entwicklungsländern.

o

7. Schwierigkeiten bei der Einführung sanfter Technologie

Die vorangehende Darstellung darf nicht zu dem Schluß verleiten, mit der Errichtung geeigneter Forschungsinstitute und der Durchführung entsprechender Bildungsprogramme ließe sich die sanfte Technik problemlos in größerem Umfang einführen.
Es gibt eine Reihe von Faktoren, die der Einführung einer angepaßten sanften Technik entgegenstehen. Einige von ihnen sollen hier angesprochen werden:
Für die Konzerne der Industrieländer bildet die Dritte Welt zwar nicht den bedeutendsten, aber doch einen wichtigen Exportmarkt. Das gilt natürlich auch für die Konzerne im Bereich der Energieerzeugung. So stellt z.B. der Vertrag über die KKW-Lieferungen an Brasilien einen wichtigen Auftrag für die deutsche Firma Kraftwerk-Union (KWU) und deren Zulieferer dar.
Sollte sich abzeichnen, daß sich die sanfte Technologie im Bereich der Dritten Welt im großen Umfang durchsetzt, so könnten sich dadurch die Exportchancen und damit auch die Verdienstmöglichkeiten dieser Konzerne verschlechtern.
Zwar wäre es denkbar, daß diese Konzerne auch auf dem sich neu eröffnenden Markt der alternativen Technologie Produkte anbieten (so baut z.B. die im Kraftwerksbau engagierte Firma BBC seit etwa zwei Jahren auch Solarsysteme); aber sie müßten dann in Konkurrenz mit den im Lande hergestellten Produkten zur sanften Technologie treten. Im Falle eines Landes, das (wie z.B. Tansania) größere Unabhängigkeit von den Industrieländern anstrebt, kann zudem der Import von Anlagen zur sanften Energieerzeugung gestoppt werden, da sich diese Anlagen auch im Lande herstellen lassen.
Insofern widerspricht eine breitangelegte Einführung von sanfter Technik den Interessen der Konzerne der Industrieländer. Es ist daher zu erwarten, daß letztere Maßnahmen ergreifen werden, um die Einführung der sanften Technik zu verhindern und um damit die eigenen Absatzchancen und Gewinnmöglichkeiten zu erhalten.
Die hier angedeuteten Interessen gegen eine Einführung der sanften Technik sollten nicht zu gering eingeschätzt werden; denn nicht nur Firmen im Bereich des Kraftwerksbau würden durch die Einführung der sanften Technik tangiert, sondern auch weite Bereiche der Konsumgüterproduktion: Wo das heiße Wasser für Kochen und Waschen durch einfach gebaute Solarkollektoren erzeugt wird, sinken die Absatzchancen für elektrische Heißwasserbereiter rapide.
Ein weiterer wichtiger Punkt, der in diesem Zusammenhang beachtet werden muß, sind die sozialen Folgen der sanften Technik. In den vorangehenden Abschnitten wurde aufgezeigt, daß im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik, die an den Interessen der armen Massen orientiert ist die sanften Energiequellen einen wichtigen Beitrag leisten können. Das bedeutet aber nicht, daß die Nutzung von z.B. Sonnenenergie und Biogas automatisch zu einer Verringerung der sozialen Unterschiede im Entwicklungsland führt.
Ein Beispiel dafür bilden die Biogasanlagen in Indien: Die Investitionskosten für eine derartige Anlage liegen in der Größenordnung von 500 DM. Das ist zwar im Verhältnis zu den Kosten anderer Energieerzeugungsanlagen relativ wenig; für einen durchschnittlichen indischen Landwirt ist es jedoch ein recht hoher Betrag. Daher ist es zu erklären, daß diese Technologie zunächst nur von den reicheren Bauern genutzt wurde. Auch heute noch verfügen nur solche Familien über eine eigenene Biogasanlage, die mindestens drei Kühe besitzen. Die Auswirkung der neuen Technik waren für die Armen negativ: Früher war der Dung der Kühe für die Reichen wertlos; die Armen konnten ihn daher am Straßenrand aufsammeln und als Brennmaterial verwerten. Durch die Biogasanlagen erlangt der Dung für die Reichen einen ge-

wissen Wert: Er kann in brennbares Gas und hochwertigen Dünger verwandelt werden. Er wird daher in zunehmendem Maße gesammelt und steht damit den Armen nicht mehr zur Verfügung.
Die indische Regierung versucht, diesen Effekt dadurch zu mildern, indem sie diejenigen Gemeinwesen besonders unterstützt, die sich für den Bau von kooperativen Anlagen entschieden haben. Jedoch sind die wirklich Mittellosen oft auch von der Beteiligung an solchen Anlagen ausgeschlossen (19).
Dies Beispiel zeigt einige prinzipielle Schwierigkeiten auf:

1) Es ist zwar möglich, gegenüber der teuren harten Technologie eine „Billig-Technologie" (nämlich die angepaßte Technik für die Entwicklungsländer) zu entwickeln. Es dürfte aber kaum möglich sein, eine „Technologie zum Null-Tarif" zu entwickeln; denn zumindest gewisse Werkzeuge müssen vorhanden sein. Das bedeutet aber, daß die Ärmsten der Armen, die die erforderlichen minimalen Investitionsmittel nicht besitzen, als Einzelne die neuen Technologien nicht nutzen können. Ein Ansatzpunkt, diese Schwierigkeit zu umgehen, wären genossenschaftliche Organisationen.
2) Es ist wohl kaum auszuschließen, daß eine Technik, die den Armen nützt, den Reichen gleiche oder sogar größere Vorteile verschafft.

Diese Punkte unterstreichen nur noch einmal die Aussage von Teil 4, daß eine alternative Energiepolitik den Entwicklungsländern nur dann nützt, wenn sie mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik gekoppelt ist. Insbesondere folgende Bedingungen sollten dabei gegeben sein:

- Dezentrale Produktionsweise, die vornehmlich auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen abzielt,
- Nutzung der lokal verfügbaren Materialien,
- Genossenschaftliche Produktionsgemeinschaften, u.a. damit das notwendige Startkapital aufgebracht werden kann.

8. Schluß

Die angepaßte, sanfte Technologie ist kein Wundermittel gegen die Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt; denn allein durch eine Technik läßt sich soziale Ungleichheit nicht beseitigen, weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene.
Trotzdem eröffnet die sanfte Technologie eine Möglichkeit für die armen Massen der Dritten Welt: Während die harte Technik fast zwangsläufig mit einer Stärkung der Zentralgewalt im Entwicklungsland und größerer Abhängigkeit des Landes von Industriestaaten und multinationalen Konzernen einhergeht, bietet die sanfte Technik die Möglichkeit, daß einzelne Gruppen oder ganze Länder unabhängiger werden von Energieimporten und von der Technik der Industrieländer und zugleich eine bessere Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen erreichen.
Diese Möglichkeit steht offen. Es gilt, sie trotz der bestehenden Schwierigkeiten zu nutzen!

wawi

Quellen

1) Michaelis, H.: Kernenergie, dtv 4137, München 1977
2) Michaelis, H.: Langzeitprobleme der Energieversorgung, Atomwirtschaft, Februar 1978, S. 66-70
3) Commoner, B.: Energieeinsatz und Wirtschaftskrise, rororo 4193, Reinbeck 1977
4) Schumacher, E. F.: Die Rückkehr zum menschlichen Maß, Rowohlt, Reinbeck 1977
5) McRobie, G.: Small is Possible – Mittlere Technologie in der Praxis; in: Schumacher: Die Rückkehr zum menschlichen Maß, (vgl. 4), S. 275-316
6) Energiequellen für morgen?, Umschau, Frankfurt 1976
7) Arbeitsgruppe „Wiederaufarbeitung": Atommüll, rororo 4117, Reinbeck 1977
8) Neue Energiequellen in Entwicklung, Beilage zum Forum Vereinte Nationen, Nov.-Dez. 1977, Seite II
9) BMZ: Dritter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Reihe: Entwicklungspolitik, Bonn, November 1977
10) Agarwal, A.: Keine Hoffnung für die Armen, Die Zeit, 15.7.1977
11) Frank, M.: Die Hilfe kommt vom Rind, Bad. Zeitung, 24./25. 9.1977
12) Ruhr-Nachrichten, 5.1.1978



Publikationen zur Angepaßten Technologie

Ken Darrow, Rick Pam: „Appropriate Technology Sourcebook"
Bestelladress: Appropriate Technology Projekt,
Volunteers in Asia
Box 4543, Stanford, California 94305,
USA,
Preis: 4 Dollar

Dies (leider nicht in deutscher Sprache verfügbare) Buch präsentiert auf 304 Seiten „einen Leitfaden praktischer Pläne und eine Bibliographie für die Technologie auf dem Dorf und in kleinen Gemeinschaften". 375 verschiedene Publikationen aus zahlreichen Ländern, darunter viele aus der Dritten Welt sind aufgeführt, eingehend besprochen und durch über 200 Illustrationen so vorgestellt, daß jeder Leser ein deutliches Bild von jeder Veröffentlichung bekommt und rechtzeitig entscheiden kann, ob sie für seine besondere Arbeit nützlich ist. Alle Rezensionen wurden von aktiven oder ehemaligen Entwicklungshelfern verfaßt. In der jetzt erhältlichen zweiten Auflage gibt es ein Kapitel über „Werkzeuge zum Herstellen von Werkzeugen", ein anderes über landwirtschaftliche Instrumente. Mehrere ausführliche Kapitel zum Thema Energie behandeln die Bereiche:
Allgemeines, Wind, Wasser, Sonnenlicht, Holz, Sägemehl- und Reisstrohöfen, Methangas und Pedalkraft.
Alle Werkzeuge und Methoden, die in diesem Buch erwähnt werden, haben folgende Kriterien miteinander gemein:

- Sie erfordern wenig Kapitalaufwand;
- sie verwenden möglichst Materialien, die am Ort vorkommen;
- sie schaffen Arbeitsmöglichkeiten;
- sie sind dimensioniert, um für kleine Gruppen von Landbewohnern rentabel zu sein;
- sie können von den Dorfbewohnern verstanden, gewartet und repariert werden.

Dieses Buch ist allen jenen zu empfehlen, die sich genauer mit technischen Einzelheiten der angepaßten Technologie beschäftigen wollen.

13) IPAT: „Interdisziplinäre Arbeitsgruppe an der TU Berlin", Berlin, 1978
14) FR, 30.5.1974
15) Bad. Zeitung, 14.9.1977
16) Bremer Nachrichten, 22.8.1977
17) Frankfurter Neue Presse, 5.8.1977
18) Strom aus Kokosnußschalen, Beilage zum Forum Vereinte Nationen, Nov.-Dez. 1977, S. II
19) Chancen für Sonnenenergie, Forum Vereinte Nationen, März 1978, S. 5
20) Meuer, G.: Eco-Farming – Herausforderung des Agro-Business mit einem Überlebensmodell; in: Entwicklung und Zusammenarbeit, 4/78, S. 9-11.

MULTINATIONALE KONZERNE

Die Unterwanderung des UNO-Systems durch Multinationale Konzerne

In ihrer vor kurzem erschienenen Publikation veröffentlicht die „Erklärung von Bern" aufschlußreiche Dokumente, die belegen, wie die großen Schweizer Konzerne (Nestle, Ciba-Geigy, Sandoz, Hoffmann-La Roche, Brown Boveri und Sulzer) versuchten, systematisch Organisationen der UNO in ihrem Interesse zu beeinflussen.

Die „Erklärung von Bern" ist eine aus einem 1968 erlassenen Aufruf vorwiegend kirchlicher Kreise zum Thema „Die Schweiz und die Entwicklungsländer" entstandene Organisation, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit und entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit in der Schweiz befaßt. Wie es im Vorwort der Broschüre heißt, entspringt dieser Bericht – der sich auf über hundert Einzeldokumente stützt, die der Organisation zugespielt wurden – „staatsbürgerlicher Sorge, und nicht etwa dem Interesse an öffentlicher Polemik." Die Dokumente, die ohne jeden wertenden Kommentar veröffentlicht wurden, sprechen für sich und liefern einen weiteren Beweis für die starke Macht und den großen Einfluß der multinationalen Konzerne.

DIE UNTERWANDERUNG DES UNO-SYSTEMS DURCH MULTINATIONALE KONZERNE
Auszüge aus internen Protokollen und Briefwechseln

Herausgeber:
Erklärung von Bern
Gartenhofstraße 27
CH–8004 Zürich

Preis:
Fr./DM 5,–

Der Wirtschafts- und Sozialrat ECOSOC (Economic and Social Council) der Vereinten Nationen verabschiedete am 28. Juli 1972 eine Resolution, die den UN-Generalsekretär mit der Einberufung einer Gruppe von „Eminent Persons" beauftragte, welche die Rolle der multinationalen Gesellschaften und ihre Auswirkungen auf die Entwicklungsländer zu studieren und politische Vorschläge an die Regierungen auszuarbeiten hatte.

Bereits einen Monat später versuchte der Nestle-Konzern, den damaligen Generaldirektor und heutigen Konzernchef, Arthur Fürer, in die Gruppe der „Eminent Persons" einzuschleusen.

Aus taktischen Überlegungen wurde neben dem Nestle-Vertreter auch ein neutral erscheinender Vertreter der UNO vorgeschlagen: Alt-Bundesrat Hans Schaffner. Zur Zeit des Vorschlags (1972) war Schaffner Vizepräsident des Verwaltungsrates des Sandoz-Konzerns und Verwaltungsrat in anderen Konzernen. Vor seiner Wahl zum schweizer Bundesrat war er Direktor der Handelsabteilung und als solcher ein ausgesprochener Vertrauensmann der Industrie.

Aus der Doppelkandidatur ging Schaffner als Sieger hervor und kam als „Regierungsvertreter" zur Gruppe der „Eminent Persons", zu der unter anderem auch der ehemalige Präsident der EG-Kommission, Sicco Mansholt, und der damalige Bundesforschungsminister Hans Matthöfer gehören.



Zur Strategie der Konzerne

Um der UN-Gruppe wirksam begegnen zu können und die verschiedenen anderen, in den Jahren 1972/73 im Gang befindlichen Aktionen gegen die Multinationalen Konzerne zu beeinflussen, bildeten die sechs Schweizer Konzerne eine geheime Koordinationsgruppe, die zwischen 1972 und 1974 mindestens 15 mal tagte. Die Konzerne waren in der Regel auf Direktoren- und Vizedirektorenebene vertreten, was auf die große Bedeutung schließen läßt, welche dieser Aktion beigemessen wurde. Die Zusammenkünfte dieser Koordinationsgruppe wurden ausdrücklich als geheim bezeichnet, und es wurde betont, daß die Existenz der Gruppe nicht bekannt werden dürfe.

Schaffner als Informant und Mittelsmann

Alt-Bundesrat Schaffner wurde von der Koordinationsgruppe als Informant und Mittelsmann eingespannt. Zwischenberichte von Tagungen der „Eminent Persons", die ausdrücklich als streng vertraulich qualifiziert wurden, gab Schaffner sofort an die Sandoz-Zentrale weiter. Der Basler Chemie- und Pharmakonzern sorgte dann für die Verteilung an die anderen fünf Konzerne. Daneben wurden auch holländische Konzerne und französische Unternehmerverbände mit Informationen beliefert.

Im November 1973 veranstaltete die Gruppe der „Eminent Persons" in Genf mehrere öffentliche Hearings mit Vertretern großer und wichtiger Mulitnationaler Konzerne. Schaffner übermittelte den Schweizer Gesellschaften die vorbereiteten Fragen, so daß sich diese ausgiebig auf die Hearings vorbereiten konnten. Schaffner selbst wurde mit Dokumenten, Fakten und Antwortkatalogen beliefert.

Pressekampagne

Parallel zu den Hearings wurde eine intensive Pressekampagne organisiert. Verschiedene „wohlgesinnte" Journalisten wurden nach Genf eingeladen und mit Informationsmaterial versorgt, das die positiven Leistungen der Multis hervorheben sollte. Weitere konzernfreundliche Artikel wurden aus dem Ausland in die Schweizer Presse eingeschleust. (Einer der an der Pressekampagne maßgeblich Beteiligten, Dr. H.J. Abt, damals Direktor und Informationschef von Brown Boveri, ist heute Wirtschaftsredakteur der „Neuen Züricher Zeitung")

Mißbrauch der FAO für einen Gegenbericht

In der Welternährungsorganisation FAO (Food and Agricultural Organisation of the United Nations) besteht seit 1967 das Industry-Cooperative-Programme (ICP), in dem über 100 Konzerne des Agrobusiness vertreten sind. Bereits im März 1973 wurde von den Schweizer Konzernen eine Strategie entworfen, um die Bemühungen des ECOSOC mit einem FAO/ICP-Gegenbericht zu unterlaufen. Getarnt als offizielles FAO-Dokument wurde dieser Bericht, in dem die Zusammenarbeit zwischen FAO und Multis positiv gewürdigt wird, den „Eminent Persons" vorgelegt.



Ausschalten von Kritikern

Der ehemalige Präsident der EG-Kommission, Sicco Mansholt, ebenfalls Mitglied in der Gruppe der „Eminent Persons", erregte wegen seiner kritischen Bemerkungen ganz besonders den Zorn von Alt-Bundesrat Schaffner. Über einen Kontaktmann wurde der Philipskonzern beauftragt, den Holländer zu disziplinieren.

Hans Matthöfer, damals Bundesforschungsminister, wurde von Schaffner in seiner Berichterstattung an die Konzerne als „extrem-links"-orientiertes Mitglied der „Eminent Persons" denunziert.

Gegen den international bekannten Gewerkschaftssekretär Charles Levinson, einem engagierten Konzern-Kritiker, bei den „Eminent Persons" jedoch nicht vertreten, vereinbarten die schweizerischen und später auch die europäischen Konzerne eine Boykottstrategie. Indem kein Konzernvertreter an öffentlichen Debatten teilnehmen sollte, zu denen Levinson eingeladen war, wollte man ihn kaltstellen. Nach einigen Monaten wurde dann auch mit Befriedigung festgestellt, daß „Levinsons Stern im Sinken" sei.

Maßnahmen gegen einen Verhaltenskodex

Um die von verschiedenen UN-Organisationen unternommenen Bemühungen für einen einheitlichen Verhaltenskodex gegenüber den Multinationalen Konzernen zu behindern, versuchten die Konzerne eine mehrstufige Strategie. Diese lief darauf hinaus, die Kodexe zu verzögern und abzuschwächen, deren neutrale Überwachung und Sanktionsmöglichkeiten zu verhindern und deren Wirkung durch eigene Kodexe zu unterlaufen und neutralisieren.

Unterwanderung der UNO geht weiter

Auch 1977/78 hat das Bemühen der Multis, sich in der UNO Einfluß zu sichern, nicht nachgelassen. So versuchte Nestle im vergangenen Herbst, einen kritischen Artikel der FAO-Zeitschrift „Ideas and Action" zu beeinflussen. Die Konzerne versuchten auch, das Industry-Cooperative-Programme als Lobbybehörde in den UN-Apparat einzuschleusen.

Reaktion der Beschuldigten

Nach Veröffentlichung der Broschüre reagierten die Beschuldigten sehr erregt, konnten aber die Vorwürfe nicht dementieren.

Alt-Bundesrat Schaffner, der keine eigentliche Stellungnahme abgeben wollte, bezeichnete die Publikation als „persönlichen Diffamierungsversuch". (NZZ, 4./5. Juni 78) H.J. Abt, verantwortlicher Wirtschaftsredakteur der „Neuen Züricher Zeitung", vertrat die Meinung, es wäre lächerlich anzunehmen, die Multis besprächen nicht gemeinsam ihre Probleme. Die sechs genannten Firmen hätten weder etwas Illegales noch etwas Staatsgefährdendes unternommen. (NZZ, 4./5. Juni 1978)

Dr. Hans Fehr, Vizedirektor von Hoffmann-La Roche, äußerte sich anläßlich der Bilanz-Pressekonferenz des Unternehmens. Er erklärte, die Schweiz sei in einer besonders schwierigen Situation, da sie in der UNO keine Stimme habe und die Möglichkeit, auf internationalem Parkett staatliche Machtmittel für wirtschaftliche Interessen einzusetzen, somit nicht gegeben sei. Man sei daher gezwungen, sehr subtil vorzugehen, um überhaupt die Chance zu haben, irgendwo zu Worte zu kommen (NZZ, 7. Juni 1978)

Den Darstellungen braucht im Grunde nichts hinzugefügt werden. Den Konzernen geht es nun darum, ihre Strategie zu rechtfertigen. Die Dokumente der „Erklärung von Bern" wurden in keinem Punkt widerlegt, die Darstellungen konnten nicht dementiert werden. – Die Vorwürfe bleiben bestehen.

psc

Informationsangebot

Bestellschein

ich/wir bestellen hiermit:

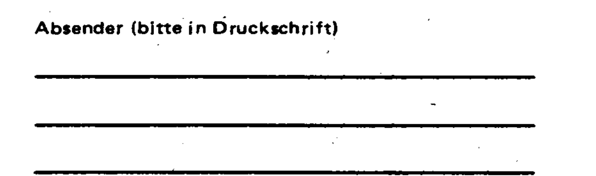
Stück	Nr.	Autor, Titel	Einzelpreis DM	Gesamtpreis DM
....	1	iz3w und OK Südliches Afrika, „Für ein freies Azania" (Südafrika) Dez. 1977	1,50	....
....	2	Hg.: iz3w und OK Südl.Afr., „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst" Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976	1,50	....
....	3	Eduardo Fereirra, Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung	0,60	....
....	4	E. Fereirra, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa 1972	4,00	....
....	5	E. Fereirra, wie oben, englische Ausgabe	4,00	....
....	6	Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (UNO-Bericht) 1972	1,00	....
....	7	Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von Andre Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977	2,00	....
....	8	Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas	0,60	....
....	9	Phil Schönbäck, Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwickelter Länder am Beispiel Indiens. 4. unveränderte Auflage 1975	2,50	....
....	10	Blickpunkt, Schwerpunktausgabe China, Okt. 1974	1,50	....
....	11	basis 1/72 (Freiburger Studentenzeitung) Dritte Welt Ausgabe in Zusammenarbeit mit dem iz3w	kostenlos	
....	12	J. Wilhelm / H. Futterlieb, Erziehung zur Solidarität. Materialien zu Paulo Freire's politischer Alphabetisierung	2,50	....
....	13	iz3w, Einführung in die Dritte Welt Problematik für Schüler der Sekundarstufe I, Mai 1978		....
....	14	iz3w, Abhängigkeit der Dritten Welt: Privatinvestitionen, Handelsbeziehungen, Rohstoffe, Entwicklungshilfe, 3. Auflage, Dez. 1977	2,00	....
....	15	Plakat „Ordnung muß sein"	1,00	....
		Plakate zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der „Entwicklungsländer", z.B. „Investititonen schaffen Arbeitsplätze" ab März 1978 erhältlich		
		Summe (ohne Versandkosten) inkl. 6 % MWSt.		

Proto- und Versandkosten (mind. DM 1,–) werden gesondert in Rechnung gestellt. Rabatt für Gruppenbestellungen auf Anfrage.

BEZAHLUNG

Bestellungen unter 10,– DM; zum errechneten Betrag DM 1,– (unter 5,– DM Bestellwert) bzw. DM 1,50 (ab 5,– DM Bestellwert) addieren und das Geld in Briefmarken beilegen.
Bestellungen ab 10,– DM: Überweisung binnen 14 Tagen nach Rechnungseingang; bitte keine Vorauszahlung, die Rechnung kommt bestimmt!





Absender (bitte in Druckschrift)

____

____

____

....

(Unterschrift)

Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 74003

Informationsangebot

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

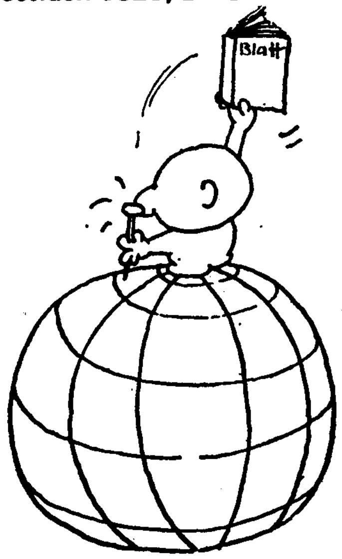
Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestle - Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Pressekampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich befreiten Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der Dritten Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung.

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+ berichtet über die Lage der Dritten Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der Dritten Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit.

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten: DM 28,– / öS 200,– / Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,– / öS 140,– / Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg



○ **Jahresabonnement**

Name ______________________

Vorname ______________________

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

5. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Solidaritätspreis DM 2,–

Dokumente, Berichte und Analysen über Wirtschaft und Politik, Repression und Widerstand in Chile und anderen Ländern Lateinamerikas, über die Beziehungen zwischen der BRD und Lateinamerika, sowie über die internationale Solidaritätsbewegung.

Jahresabonnement DM 30,-; Vorauszahlung auf das Sonderkonto des Komitees „Solidarität mit Chile", Elfriede Kohut, Postscheckkonto Nr. 38 00 87-108, Berlin (W), Kennwort: Neuabo. Bezugsbedingungen für Mehrfach-Bezieher auf Anfrage.

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. (030) 313 50 65

Informationsdienst südliches afrika

Kontinuierliche und kritische Informationen über die Verflechtungen westlicher Unternehmen und Staaten mit Südafrika. Nachrichten, Dokumente und ausführliche Analysen zu den aktuellen Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Umfang ca. 32 Seiten
Einzelpreis: 3,00 DM
Abo incl. Porto: 30,00 DM

Schwerpunktthemen 1978

Heft 3/78	Multis und Gewerkschaften
Heft 4/78 Heft 11:	Die "system-interne Lösung" in Rhodesien
Heft 5/78	Polizeistaat Südafrika
Heft 6/78	Namibia vor der UNO

Herausgeber:
Informationsstelle Südliches Afrika e. V. und Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD



Informationsstelle
Südliches Afrika e. V.
Blücherstr. 14, 53 Bonn 1, Tel. 02221/213288

ZUR DISKUSSION

Übergangsgesellschaften

Trotz ihrer Länge drucken wir die beiden folgenden Leserbriefe vollständig ab, da sie ein Thema berühren, das für jede Politik, die sich auf marxistische Theorien beruft, höchst problematisch ist: welches Verhalten ist in und gegenüber Gesellschaften angebracht, die sich im Übergang (zur nächsten im historischen Materialismus vorgesehenen Produktions- und Herrschaftsweise) befinden? Besonders in der internationalen Solidaritätsbewegung für die Dritte Welt ist dieses Problem umstritten. Wir wollen deshalb dazu beitragen, daß es weiter diskutiert und geklärt wird. Obwohl sie in Spezialfragen versiert sind, beziehen die beiden Leserbriefe allerdings Positionen, die wir für falsch halten. Deshalb schließen wir ihnen eine vorläufige Stellungnahme von unserer Seite an, die in wichtigen Punkten noch unvollständig ist. Wir hoffen also, daß die Diskussion damit nicht beendet ist und warten auf weitere Stellungnahmen.

Red.

Leserbrief

Liebe Freunde,
zunächst einmal herzlichen Dank für die intensive Behandlung des oben erwähnten Themas in den Blättern des IZ3W. Es ist gut, daß sich auch mal fortschrittliche Leute mit dieser Problematik, die bisher in der Diskussion in der BRD noch zu kurz gekommen ist, befassen.
Mir scheint jedoch, daß einige Aussagen in Euren Artikeln kritisch zu überprüfen sind. Zunächst möchte ich mich auf den Beitrag „Agrarreform im Kapitalismus" (Blätter No. 67, S. 21 ff.) beziehen, der die Rolle von Agrarreformen in kapitalistischen Entwicklungsländern behandelt. – Um es vorauszunehmen: die darin enthaltene Analyse erscheint mir zu vereinfachend und daher teilweise falsch.
Der Artikel spricht von kapitalistischen Entwicklungsländern und basiert auf der Annahme, daß sich die kapitalistische Produktionsweise als vorherrschende in diesen Ländern schon voll herausgebildet hat. Dementsprechend wird dann auch von der Bourgeoisie als der (einzig- und allein?)- herrschenden Klasse gesprochen.
Hier scheint mir die wesentlichste Fehleinschätzung zu liegen. Meiner Meinung nach gibt es nur wenige Länder, auf die diese Analyse zutrifft. Stattdessen sind die meisten 'Entwicklungsländer' dadurch gekennzeichnet, daß es noch keine ausgebildete Produktionsweisen (weder feudale, noch kapitalistische oder sozialistische) gibt, sondern, daß die vorhandenen Produktionsweisen (vor allem vorkapitalistische und kapitalistische) nebeneinander, jedoch nicht unabhängig voneinander existieren. In der Wirtschaft dieser Länder bestehen mehrere Wirtschaftsformen nebeneinander, so z.B.:

- *die Wirtschaftsform der patriarchalisch (und manchmal sogar noch matriachalisch) organisierten Urgesellschaft, die feudale und die halbfeudale Wirtschaftsform sowie verschiedene Zwischenformen, sie basieren alle auf der Naturalwirtschaft;*
- *die auf Ware-Geld-Beziehungen beruhenden Formen der kleinen Warenproduktion, die privatkapitalistische Form (nationales und ausländisches Kapital) sowie die staatskapitalistische Form;*
- *der auf staatlichem Eigentum begründete staatliche Sektor in den Ländern, die den nichtkapitalistischen Weg beschreiten;*
  (vergl. a. Tjulpanow: Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt/M., 1972, S. 98).

Diesen Wirtschaftsformen entsprechend gibt es auch in der Landwirtschaft der Entwicklungsländer ein Nebeneinander bzw. eine Überlagerung unterschiedlicher Agrarverhältnisse, vor allem patriachalischer Stammesverhältnisse (besonders in Afrika, z.Z. jedoch stark in der Auflösung begriffen), feudaler und halbfeudaler Verhältnisse (Südasien, Südostasien, z.T. auch Lateinamerika), kleiner Warenproduzenten und kapitalistischer Landbewirtschafter. Ein interessanter Versuch der Beschreibung und Kategorisierung dieser Agrarverhältnisse scheint mir in Eurer Arbeit über „Die Entwicklung der Armut – kapitalistische Unterwerfung traditioneller Agrarsysteme" (Blätter, No. 66, S. 20 ff.) gemacht worden zu sein.
Ferner ist bei der Analyse der Agrarverhältnisse in Entwicklungsländern zu beachten, daß sich in der Regel der Kapitalismus in der Landwirtschaft langsamer durchsetzt als in anderen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Handel). In vielen dieser Länder wird der Kapitalismus erst durch Aktivitäten dieser Wirtschaftsbereiche mit der zunehmenden Ausdehnung der Ware-Geld-Beziehungen in den Agrarsektor eingeführt.
Zusammenfassend ist daher meiner Meinung nach festzuhalten: kapitalistische Agrarverhältnisse haben sich bisher in den meisten Ländern der Dritten Welt noch nicht als vorherrschende Wirtschaftsform durchgesetzt, obwohl eine eindeutige Tendenz in diese Richtung festzustellen ist.
Diese Einschätzung ist nicht rein akademischer Natur. Sie hat u.a. wichtige Konsequenzen für die Analyse und Beurteilung der Auswirkungen von Agrarreformen in Entwicklungsländern. – Zunächst einmal gibt es in den Ländern, in denen feudale und halbfeudale Wirtschaftsformen in der Landwirtschaft noch vorherrschend sind, einen objektiven Widerspruch zwischen den Interessen der einheimischen Bourgeoisie und den feudalen und halbfeudalen Grundeigentümern, der sich auch in der Agrarpolitik des Staates widerspiegelt. Während die feudalen und halbfeudalen Grundbesitzer, die auch im Staatsapparat vertreten sind (und nicht nur die Bourgeoisie!) sich (in unterschiedlichem Ausmaß) einer antifeudalistischen Agrarreform widersetzen, liegt diese vor allem im Interesse der Kräfte der einheimischen Bourgeoisie, die zur Entfaltung ihrer ökonomischen Herrschaft die Herausbildung eines nationalen Marktes und die Steigerung der Agrarproduktion benötigen. – Agrarreformen sind daher nicht einzig und allein „Maßnahmen des Staates, die auf den Druck der ländlichen Bevölkerung hin vorgenommen werden", sondern resultieren oftmals auch aus dem obenerwähnten Widerspruch zwischen feudalen und halbfeudalen Kräften einerseits und der nationalen Bourgeoisie andererseits wie er auch in der konkre-

ten „inkonsequenten" Durchführung der Agrarreformprogramme zum Ausdruck kommt. Es ist meines Erachtens nach notwendig, vor einer Idealisierung der Möglichkeiten einer Agrarreform als Allheilmittel zur Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den 'Entwicklungsländern' zu warnen. Dies ist richtigerweise im Artikel über „Agrarreform im Kapitalismus" geschehen. Trotzdem sollte man die Dialektik solcher Agrarreformen nicht aus dem Auge verlieren: einerseits dienen sie tatsächlich der Befriedigung der Landbevölkerung und der Schaffung besserer Voraussetzungen für eine kapitalistische Agrarentwicklung durch Schaffung kleiner Warenproduzenten in der Landwirtschaft, andererseits können sie zu einer tatsächlichen Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Lage der landlosen und landarmen Landbewirtschafter führen, die zu begrüßen ist. Ferner hat die geschichtliche Erfahrung bisher gezeigt, daß jede Reform eine revolutionäre Komponente beinhaltet, indem sie von politisch bewußten Kräften dazu benutzt werden kann, um die Grenzen des existierenden Systems aufzuzeigen und revolutionäres Bewußtsein zu schaffen. So kann z.B. den Massen von landlosen Landarbeitern in Indien klar gemacht werden, daß eine konsequente Durchführung der Agrarreform nur durch den Sturz derjenigen Kräfte erreicht werden kann, di e z.Z. die Macht in der Hand halten. Ferner begreifen die kleinen Warenproduzenten, die durch die Landreform ein Stück Land zugesprochen bekamen nach einer bestimmten Zeit, daß sie ökonomisch zu schwach sind, um ihr Land auf die Dauer vor dem Zugriff kapitalistischer Grundeigentümer zu bewahren und daß sie, wollen sie nicht wieder proletarisiert werden, für die Umverteilung auch anderer Produktionsmittel kämpfen müssen.

Aus dieser Einschätzung heraus sollten fortschrittliche Kräfte meiner Meinung nach die Durchführung solcher Agrarreformen auch dann unterstützen, wenn diese letztendlich ‚nur' die Voraussetzungen einer kapitalistischen Agrarentwicklung schaffen. Geschichtlich gesehen sind solche Agrarreformen als ein Fortschritt zu betrachten, da sie erst die Voraussetzungen einer für die weitere Entwicklung der Gesellschaft notwendige Akkumulation schaffen. Ferner ist unter den derzeitigen Gegebenheiten (Klassenverhältnisse, Wirtschaftsformen, Entwicklungsstand der Produktivkräfte) jede Agrarreform zunächst notwendigerweise eine kapitalistische (vergl. a. hierzu Ausführungen von Gutelmann: Structures et réformes agraires, Pais, 1974).

Eine sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft (und nicht nur in dieser), kann erst in einer weiteren Etappe vorgenommen werden, z.B. durch erneute Konzentration des Bodeneigentums in den Händen der unmittelbaren Produzenten, sei es in Form von genossenschaftlichem oder später staatlichem Eigentum. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Schaffung kapitalistischer Agrarverhältnisse notwendigerweise immer die Voraussetzung für die spätere sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse sein muß. – In einigen Ländern, insbesondere denjenigen, die eine nichtkapitalistische Entwicklung anstreben und in denen sich halbfeudale bzw. frühkapitalistische Agrarverhältnisse noch nicht als die dominierenden herausgebildet haben, ist durchaus eine Entwicklung unter Umgehung des kapitalistischen Zwischenstadiums denkbar. Allerdings dürfte die Anzahl der Länder, die einen solchen Weg beschreiten, relativ gering sein. Möglichkeiten einer solchen Entwicklung sehe ich in einigen Ländern Afrikas, in denen das traditionelle Gemeineigentum an Grund und Boden noch vorherrschend ist und in denen im Zuge der Entkolonialisierung eine revolutionäre Befreiungsbewegung entstanden ist, die nach Möglichkeiten einer nichtkapitalistischen Entwicklung Ausschau hält und unter dem derzeitigen veränderten Kräfteverhältnis in der Welt Unterstützung fortschrittlicher Kräfte enthält (z.B. Angola, Guinea-Bissau, Mozambique etc.).

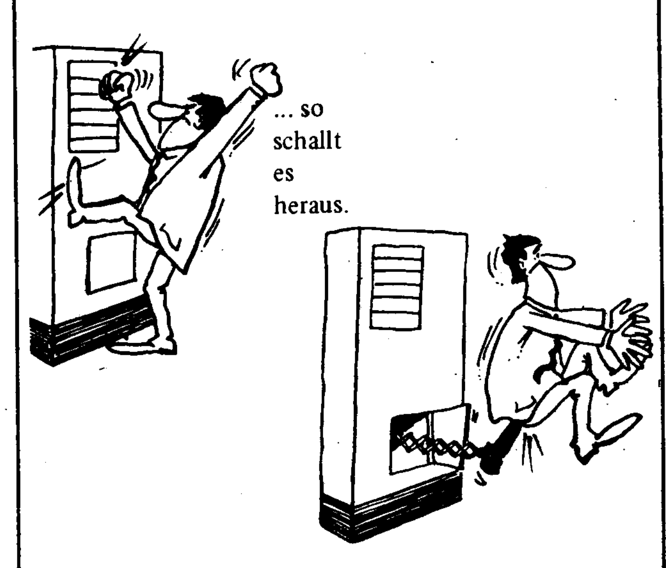
Mir scheint ferner, daß die in Eurem Artikel aufgeworfene Frage, ob sich das landwirtschaftliche Mehrprodukt nicht auch im Austausch mit anderen Wirtschaftszweigen realisieren muß und ob „diese Arbeitsteilung nicht auch ein klein wenig notwendig ist" (Blätter, Nr. 67, S. 26), eindeutig mit ja zu beantworten ist. Meiner Meinung nach bildet die Existenz eines agrikolen Mehrprodukts und dessen Realisierung über den Austausch mit anderen Wirtschaftseinheiten eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Akkumulation, die sowohl in kapitalistischen als auch in sozialistischen Gesellschaftsformationen eine Notwendigkeit ist. Aus dieser Einschätzung heraus, sollten fortschrittliche Kräfte meiner Meinung nach einer Idealisierung der alten „intakten", in sich selbst genügsamen Dorfgemeinschaften und Stammesverbände, wie sie teilweise von bürgerlichen Ideologen, aber auch kleinbürgerlichen Kräften vorgenommen wird, als rückwärtsgerichtet, entgegentreten.

Ich bin mir über die Unvollständigkeit und daher notwendigerweise auch Unzulänglichkeiten meiner hier gemachten Aussagen durchaus bewußt. Ich sehe sie als einen Beitrag zu einer hoffentlich fortgeführten und breiteren Diskussion des Themas an.

S. I.

LESERBRIEFE

Wie man in den Wald hineinruft . . .



Die Resonanz **unserer** Bemühungen läßt allerdings zu wünschen übrig. Zu verwegen scheint uns die Annahme, daß die „blätter des iz3w" nichts mehr zu wünschen übrig lassen. Also rufen wir jetzt noch einmal alle Leser auf, uns zu den „blättern" allgemein und zu einzelnen Artikeln im Besonderen ihre Meinung zu sagen, damit wir eine Leserbriefspalte eröffnen können. (Kürzungen abgedruckter Leserbriefe müssen uns vorbehalten bleiben.)

Red.

Leserbrief

Artikel zur VR Benin (iz3w Nr. 63, Aug. 77): Einschätzung der Projektgruppe Westafrika

Revolutionen in kolonialen, halbkolonialen und neokolonialen Ländern, die eine sozialistische Gesellschaftsordnung zum Ziel haben, vollziehen sich, so zeigt es die bisherige revolutionäre Praxis, in zwei Etappen: (1) Die Etappe der volksdemokratischen Revolution und (2) die Etappe der sozialistischen Revolution. Die VR Benin durchläuft zur Zeit die Etappe der volksdemokratischen Revolution und ist noch nicht bei der Etappe der sozialistischen Revolution angelangt. Dies geht eindeutig aus der „Préambule du projet de loi fondamentale", veröffentlicht in „Ehuzu" (Revolutionsorgan der VR Benin), vom 23.5.1977 hervor, welcher Verfassungsentwurf im August 1977 durch Volksentscheid Verfassung geworden ist. Die Einschätzung der Projektgruppe Westafrika geht mithin in ihrer ganzen Anlage von der falschen Prämisse eines bereits existierenden sozialistischen Staats aus!
Welches sind die Zielsetzungen und Inhalte eines volksdemokratischen Revolutionsprozesses? Volksdemokratische Revolutionen gehören nicht derselben Kategorie an wie die bürgerlich-demokratischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, welche in Europa die feudale Monarchie durch die Macht der Bourgeoisie ersetzt haben. Unter volksdemokratischen Revolutionen in der „dritten Welt" sind solche Umwälzungen zu verstehen, die in erster Linie von den Volksmassen und nicht von der Bourgeoisie getragen werden. Letztere ist in Anbetracht ihres sozialen Status und ihrer Abhängigkeit vom Neokolonialismus vielmehr außerstande, eine Entwicklung und Politik zur nationalen Unabhängigkeit hin voranzutreiben. Eine volksdemokratische Revolution beinhaltet im wesentlichen einen anti-imperialistischen, einen anti-feudalen und einen volksrevolutionären („durch das Volk, für das Volk") Anteil.
(a) Der volksrevolutionäre Anteil in der VR Benin betrifft die von den Autoren erwähnten Punkte wie „Ruralisation", allgemeine Feldarbeit, Alphabetisierung („Jeder Beninois ein Lehrer und jedes Haus eine Schule"), Agrarrevolution (Art. 15 der Verfassung: „Die Landwirtschaft ist die Basis der Wirtschaft im Kampf für die Agrarreform und für die Bildung von Agrarkooperativen") usw.
(b) Der anti-feudale oder demokratische Anteil betrifft die Liquidation der präkapitalistischen, insbesondere der tribalen, patriarchalen und semi-feudalen Strukturen. Konkret bedeutet dies im Fall der VR Benin:
Entrechtung der Häuptlinge (Chefferie), welche als bezahlte Agenten der franz. Kolonialverwaltung die Transmissionsriemen der Macht darstellten (z.B. die Toffa-Dynastie in Porto Novo).
Liquidierung des Tribalismus. Tribalismus war stets ein probates Instrument des Kolonialismus, tribale Konfrontation zu schüren oder zu fördern. So ist z.B. aus der Geschichte der Dahomeys bekannt, daß die Kolonialmächte Portugal, England und Frankreich in die mehrfachen Kriege zwischen den Königen von Abomey und Porto Novo eingriffen. Die geschichtliche Argumentation der Projektgruppe, Tribalismus werde beim Gerangel um die Regierungsgewalt als Ausrede für falsche Politik vorgebracht, ist unter diesen Gesichtspunkten allerdings unverständlich.
Bekämpfung der Fetischeure (Hexenjagd). Fetischeure sind als integrierender Bestandteil tribaler Strukturen und tribaler Hierarchie (in welcher sie oben rangieren) zu betrachten. Fetischeure sind reich begütert, geben ihr „Wissen" nur käuflich und widerspenstig (um ihres allwissenden Status nicht verlustig zu gehen) und zu hohen Preisen weiter. Sie schalten sich in den nationalen Geldkreislauf ein, indem sie (meistens mit Einverständnis des Staats) Steuern abschöpfen und als „Gegenleistung" den in Westafrika dringend benötigten Regen „herbeiführen". Da Fetischeure in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießen, ist Kerekous Kampfansage an diese als äußerst unpopuläre Maßnahme zu werten. Die Interpretation der Projektgruppe, Kerekou habe bei dieser „Hexenjagd" auf Beifall der Bevölkerung rechnen können, ist meines Erachtens unrealistisch und zeugt von der Unkenntnis der Politik zur Liquidation tribaler Strukturen.
(c) Der anti-imperialistische Bestandteil einer volksdemokratischen Revolution betrifft die Liquidation von Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus. In allen westafrikanischen Staaten sind koloniale Strukturen noch vorhanden, zumal diese mit der omnipräsenten kapitalistischen Produktionsweise, welche die präkoloniale kommunalistische Produktionsweise abgelöst hat, verknüpft ist.
Die neokoloniale Struktur hat 1960 in Dahomey, wie damals der Benin hieß, die koloniale Struktur ihrerseits abgelöst. Mit der französischen Metropole mußten präferentielle Verträge aller Art, um die angestammten „Rechte" des ehem. Okkupanten zu sichern, „Kooperationsverträge" (kulturelle und militärische) usw. eingegangen werden, damit die ökonomische und politische Kontrolle, auch nach physischer Abwesenheit der Kolonialmacht immer noch von der Metropole ausgeübt werden konnte. Aussagen des Projektgruppenartikels wie „Auch 1976 gab Frankreich wieder einen Zuschuß zum Nationalbudget..." müssen aus dieser Perspektive beleuchtet werden, wobei der Begriff „Zuschuß" zu definieren ist. Hat nun im Verlauf des anti-imperialistischen Kampfes in der VR Benin eine Ausschaltung der Kompradorenbourgeoisie, bzw. eine Emanzipation der Militärs von der Bevormundung durch die Kompradorenbourgeoisie stattgefunden und ist die Kontrolle über die „Entwicklungshilfe" aus den Metropolen (Frankreich, USA, EWG) bzw. Kontrolle der Produktionsmittel durch das überseeische Monopolkapital in eine Kontrolle durch die beninsche Revolutionsregierung und das beninsche Volk übergegangen?
Einer der inneren Widersprüche des Neokolonialismus, an denen er letztlich scheitern muß, ist die Notwendigkeit, mit der Kompradorenbourgeoisie ein Bündnis eingehen zu müssen. Denn der Einsatz ist hoch; geht es doch um die Sicherung der Investitionen. Der Kompradorenbourgeosie obliegt u.a. die Eliminierung der lokalen produktiven Bourgeoisie, so daß die Kontrolle der lokalen Wirtschaft durch die Metropole(n) quasi total ist. Da, aus Gründen der Profitmaximierung, die Kompradorenbourgeoisie mit kleinen „Happen" (um die 20 % der Gewinnanteile wie Dividenden u.ä.) abgespriesen wird, stellt sie einen unsicheren Machtfaktor für das Monopolkapital dar. Doch auch als „sicherer" Komplize des Monopolkapitals muß die Kompradorenbourgeoisie zu repressiven Maßnahmen gegen die innere Opposition Zuflucht ergreifen: Es droht der revolutionäre Klassenkampf! In beiden erwähnten Fällen kommt „ferngesteuerte Hilfe" aus der Metropole.
Dies ist aufgrund der „Verteidigungs"- und militärischen „Kooperationsverträge", bzw. vermöge der schon vorhandenen Militärbasen oder militärischen Berater kein Problem. Die sicherste Lösung ist allemal die Installation eines Militärregimes. Diese Lösung ist in Westafrika von den Metropolen mit Erfolg im Togo (eine diesbezügliche Analyse folgt nach), in Obervolta, Ghana und Nigeria praktiziert worden. Mithin liegt eine Situation genau umgekehrt als wie im Artikel der Projektgruppe Westafrika beschrieben vor: Militärregime bevormunden i.a. die Kompradorenbourgeoisie. Anders im Fall der VR Benin. Da sich hier eine volksdemokratische Revolution vollzieht, hat Kerekou die Kompradorenbourgeoisie in eine „patriotische Front" gegen den Neoko-

nialismus einbezogen. In der Tat besagt Art. 2 des „Projet de loi fondamentale" („Ehuzu"): „Die revolutionäre Macht in der VR Benin geht von der nationalen Vereinigung aller Klassen (....) aus...". Es hat mithin keine Ausschaltung der Kompradorenbourgeoisie im Benin stattgefunden, wie der Artikel behauptet, vielmehr ist auf diese Weise das schwächste Kettenglied des neokolonialen Imperialismus im Benin zerschlagen worden. Am Rande sei erwähnt, daß die Kompradorenbourgeoisie in Afrika ungewollt Teile ihrer Beute wieder hergeben muß, denn im Rahmen der noch intakten Großfamilie, des Klans, kommt den armen Familienmitgliedern teils wieder zu, was von den Kompradorenmitgliedern der Familie dem Volk gestohlen worden ist.

Was die Ausschaltung der alten Garde von neokolonialen Politikern anbetrifft, ist der Standpunkt der Projektgruppe äußerst unklar! Zinsou ist eine Marionette genau von dem Schlag, wie ihn sich die französische Metropole vorgestellt hat, sollte er doch nach dem geplanten Staatsstreich vom Januar 1977 Kerekous Platz übernehmen. Bezieht man sich auf die „Afrique Asie" Nr. 138 „Benin, dossier de l'agression", so ergibt sich, daß Zinsou zum Zeitpunkt der Invasion bereits im benachbarten Lomé bei General Eyadéma Quartier genommen hatte, um nach erfolgreichem Staatsstreich in „Reichweite" zu sein. Die Invasionssöldner waren von Frankreich angeheuert und ausgebildet worden (N.B.: Die meisten von „Afrique-Asie" angeführten Indizien lassen sich übrigens an Ort und Stelle im Benin verifizieren!). Unter den geschilderten Umständen erscheint es äußerst unverständlich, warum die Projektgruppe Westafrika (a) den Überfall durch eine neokoloniale Söldnertruppe auf die VR Benin in ihrer Analyse völlig unerwähnt gelassen hat und weshalb (b) die These vorgebracht wird, Zinsou müsse von Kerekou zum Hauptfeind hochstilisiert werden. Zinsou sitzt, das pfeifen bereits die Spatzen von den Dächern Cotonous, seit Jahren im Pariser Exil und agitiert von dort aus nach Leibeskräften gegen das derzeitige Regime in der VR Benin.

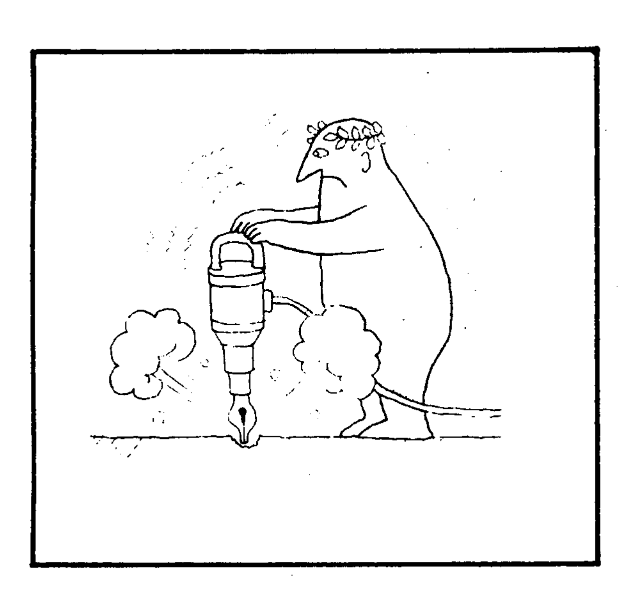
Um sich ein Bild von der Güte bzw. des Erfolgs einer volksdemokratischen Revolution, wie sie im Benin stattfindet, machen zu können, ist wohl nichts abwegiger, als mit westlichen Maßstäben destruktive Kritik zu üben, wie das von der Projektgruppe Westafrika gemacht wird. Vielmehr muß eine fundierte politische Analyse von Vergleichen mit afrikanischen Ländern, die ähnliche sozio-ökonomische Verhältnisse aufweisen wie der Benin vor der Revolution, ausgehen. Hier bietet sich z.B. der benachbarte Togo an oder etwa der Zaire. Bei solchen Vergleichen ergibt sich folgendes:

(a) Die Agrarproduktion des Togo beträgt bei gleicher Einwohnerzahl und etwa gleicher Verteilung der bebaubaren Gesamtfläche und produktiven Bauern ein Bruchteil derjenigen des Benin. Im Togo macht sich das Fehlen landwirtschaftlicher Genossenschaften spürbar, auch ist die Auswanderung der Landbevölkerung in die Städte im Togo bedeutend höher. Beim Durchqueren beider Länder läßt sich feststellen, daß im Togo wegen mangelnder Motivation (trotz Steuererlaß für die togolesischen Bauern) ganze Landstriche unbebaut sind, im Gegensatz zum Benin.

(b) Korruption gibt es in fast allen afrikanischen Staaten. Im Vergleich mit den vierzehn Kerekou vorangegangenen neo-kolonialen Regimen, aber auch im Vergleich mit den anderen afrikanischen Staaten, schneidet die VR Benin augenscheinlich sehr gut ab! Die im Projektgruppenartikel angeführten Beispiele, insbesondere das Beispiel des illegalen Straßenzolls, sind naturgemäß subjektive Erhebungen und entsprechen als solche keinem wissenschaftlichen Stichprobenverfahren. Persönlich hatte ich verschiedentlich im Benin Straßenzoll zu entrichten. Mir wurde aber stets eine ordnungsgemäße Quittung ausgehändigt.

(c) Die Außenpolitik der VR Benin ist progressiv! Die VR Benin übt materiell und moralisch Solidarität mit allen unterdrückten Völkern Afrikas. Weil sie dies tut, polemisiert die Projektgruppe gegen den Benin . . . und scheint der Benin den Autoren des Benin-Artikels suspekt . . .

(d) Verkehrswege, wie Schienenstränge und Straßen wurden von den Imperialisten zwecks Ausbeutung der Rohstoffquellen u.ä. gebaut. Die zweihunderttausend Kilometer neuer Schienenwege in den Kolonien während der Imperialismusperiode bedeuteten außerdem damals Milliarden an Mark neuer Kapitalanlagen, verknüpft mit profitablen Aufträgen für die heimische Stahlindustrie. Wenn sich nun ein Staat wie der Benin im Zuge seiner Befreiung vom Imperialismus anschickt, ein Verkehrsnetz, welches seinen eigenen Anforderungen genügt, anzulegen und welches, im Sinne einer afrikanischen Einheitspolitik, auch den Nachbarn Nigerien und Niger zugute kommt, was, so muß man die Autoren des Projektgruppenartikels fragen, ist hieran objektiv zu bemängeln?



(e) Es ist richtig, daß Kerekou 1972 zum gleichen Zeitpunkt wie eine marxistische Widerstandsgruppe einen Staatsstreich plante und mit dieser zusammen durchführte. Nach erfolgreicher Operation wurde dieser Gruppe zunehmend Verantwortung übertragen, was sich natürlich auch in der Gesellschaftsideologie niederschlug. Wenn Kerekou anfänglich möglicherweise kein überzeugter Marxist war, so muß ihm immerhin zugestanden werden, daß auch er durch Lernprozesse zu Einsichten bezüglich der geschichtlichen Notwendigkeiten zu gelangen vermag!

(f) Es ist bekannt, daß die Beninsche Untersektion der FEANF in Frankreich den Überfall der Söldnertruppe auf die VR Benin vom Januar 1977 gutgeheißen hat . . . .

Zusammenfassend muß leider gesagt werden, daß die politische Analyse und die Einschätzung der VR Benin durch die Projektgruppe wohl bestenfalls dem Standard liberaler bürgerlicher Blätter Genüge leistet. ▲

gez. C. v. Westenholz
Nkrumah-Liga zur Bekämpfung von Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus
Lusaka, den 6. 12. 1977



Übergangsgesellschaften in revolutionärer und in ideologischer Sicht

Nach meiner Ansicht sind gerade in den Übergangsgesellschaften oder zumindest in bestimmten Phasen ihrer Entwicklung die „determinierenden" Elemente der geschichtlichen Verursachung die schwächsten und gerade die „voluntatistischen" die wesentlichsten. Wenn dem so ist, bedeutet es, daß bei der Analyse dieser Gesellschaften wir uns besonders davor hüten müssen, in Dogmen und Schablonen zu denken.

Sweezy, 1969

So sehr die beiden Leserbriefe von C.v. Westenholz und S.I. sich in ihren Gegenständen und auch in der Art, wie sie ihre Kritik vorbringen, unterscheiden, in ihrer Argumentationsweise stimmen sie überein: beide gehen von der marxistischen Geschichtsphilosophie aus, die bestimmte Phasen vorsieht auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung endlich ganz aufgehoben sein werden: Urgesellschaft – Feudalismus – Kapitalismus – Sozialismus. Sie betrachten Produktionsweisen und Staaten in der Dritten Welt daher unter dem Aspekt ihres Übergangs und versuchen zu bestimmen, auf welcher Stufe dieses für die Anwendung auf abhängige Länder von Mao Tsetung etwas abgewandelten Entwicklungsschemas sie heute angelangt sind: Nach S.I., der sich in ökonomischen Begriffen ausdrückt, ist die Dritte Welt dabei, aus verschiedenen vorkapitalistischen Produktionsweisen in den Kapitalismus überzugehen; nach C. v. Westenholz, der sich mehr für die politische Seite der Medaille interessiert, befindet sich die VR Benin in der Phase der volksdemokratischen Revolution, in der die bisher unter Ausnutzung von Tribalismus und Aberglauben herrschenden ausländischen Imperialisten durch ein Bündnis verschiedener Schichten des Volks abgelöst werden, in dem (jedenfalls nach C.v. Westenholz) sogar die Kompradorenbourgeoisie (die definitionsgemäß die Interessen ausländischer Kapitalisten im Land vertritt) ihren Platz hat. Beide Leserbriefe stellen fest, daß sich die Völker der Dritten Welt auf der richtigen, d.h. von der Geschichtsphilosophie vorgesehenen Stufe ihrer Entwicklung befinden, weshalb Kritik an diesen Verhältnissen, wie sie in unseren Artikeln zur Landreform in kapitalistischen Entwicklungsländern und zur VR Benin geäußert worden war, fehl am Platze sei.

Vorläufige Annahme: Die marxistische Geschichtsphilosophie läßt sich auf die Dritte Welt anwenden

Ob es überhaupt sinnvoll oder möglich ist, das marxistische Stufenschema auf die Dritte Welt anzuwenden, wie Mao es versucht hat, ist fraglich, soll hier aber nicht untersucht werden. Marx selbst hat angenommen, daß sein Modell nur für die eigenständige Entwicklung der europäischen und aus Europa verpflanzten Gesellschaften gültig ist. Entscheidend ist die Frage, ob das Modell mit den von Mao unter Berücksichtigung der besonderen chinesischen Erfahrungen vorgenommenen Abwandlungen allen Ländern der Dritten Welt gerecht werden kann. Zweifellos falsch wäre, daß sie alle Etappen in vorgeschriebener Reihenfolge absolvieren müssen. S.I. deutet an, daß die sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auch unter Umgehung des kapitalistischen Zwischenstadiums möglich sein kann. Schwieriger ist die Frage, ob die verschiedenen Etappen überhaupt erreicht werden können: ob es z.B. möglich ist, daß sich in der Dritten Welt eine kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise herausbildet, die dem Kapitalismus europäischer Prägung vergleichbar ist; oder ob nicht die jahrhundertelange Abhängigkeit von den Metropolen die traditionalen Produktionsweisen derart verformt hat, daß dort heute besondere, mit marxistischen Begriffen nicht mehr zureichend erklärte Verhältnisse sich bereits verfestigt haben, die völlig neue politische Strategien zur Befreiung der Massen von ihrem Elend erfordern. Dies wird vor allem von den sogenannten „Dependencia"-Theorien vertreten.

Wir wollen annehmen, das marxistische Entwicklungsschema sei im großen und ganzen auch auf die Dritte Welt anwendbar, wenn die besonderen Bedingungen im jeweiligen Land genügend erforscht und beachtet werden. Worin besteht dann der politische Sinn, auf den Übergangscharakter der Wirtschaftsgesellschaften in diesen Ländern hinzuweisen, wie es S.I. und C. v. Westenholz in ihren Leserbriefen tun? Aus welcher Perspektive und mit welcher Absicht können und sollen solche Übergangsgesellschaften betrachtet werden?

Übergangsgesellschaften aus revolutionärer Sicht

Das Revolutionäre am Übergang ist seine Bewegung nach vorn, auf das Ziel der Klassenlosigkeit und der vollkommenen Befreiung des Menschen zu, wie weit sie auch noch entfernt sein mag. Ein Land verdient erst dann, „Übergangsgesellschaft" genannt zu werden, wenn es konkrete Anzeichen für solche Bewegung gibt: In der „neuen Demokratie", daß die Großgrundbesitzer und die ausländischen Konzerne tatsächlich enteignet werden und die Stammeshäuptlinge ihre Macht verlieren; im Sozialismus, daß die Lohnunterschiede verschwinden und anfänglich noch notwendige materielle Anreize überflüssig werden, weil die Arbeiter selbst über die Produktion bestimmen.

Ob es sich um den Übergang aus vorkapitalistischen Produktionsweisen in den Kapitalismus handelt oder bereits um den Übergang zu Sozialismus und schließlich Kommunismus: Der revolutionäre Blick ist stets nach vorn gerichtet und bemißt die bestehende Gesellschaft an dem großen Ziel, in das aller Übergang münden soll. In der „neuen Demokratie" gibt es noch Profitmacherei und Korruption, im Sozialismus noch Lohnarbeit und Leistungsprinzip. Nur die hartnäckige Kritik daran, daß auf der schon erreichten historischen Stufe noch Ausbeutung und Unterdrückung herrschen, hält die Bewegung nach vorn in Gang. Nur sie befähigt zur fortwährenden Veränderung, zur permanenten Revolution. Übergang wird nicht von der Geschichte geschenkt, sondern muß gemacht werden von den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und denen, die mit ihnen

solidarisch sind.

Das erfordert, daß sogar schon während eine revolutionäre Klasse noch um neue Produktionsverhältnisse und die politische Herrschaft kämpft, die mit ihr heraufkommenden neuen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung kritisiert werden im Interesse der nächsten revolutionären Klasse. Historische Etappen sind nicht hermetisch voneinander abgeschieden. Während die deutsche Bourgeoisie im 19. Jahrhundert noch damit beschäftigt war, die feudalen Fesseln zu sprengen und den bürgerlichen Einheitsstaat zu errichten, beutete sie selbst schon das Proletariat aus, das seinerseits bereits um seine Befreiung kämpfte. Während die kommunistischen Soldaten und Kader 1947/48 in China noch dabei waren, die Koumintag-Truppen zu vertreiben und die Großgrundbesitzer zu enteignen, wurden viele von ihnen schon wieder zu örtlichen Bonzen, gegen deren Willkür und Korruptheit die armen Bauern sich wehren mußten.

Hartnäckige Kritik, die zu fortwährendem Übergang führt, leugnet nicht den Fortschritt, den eine neue Etappe mit sich bringt, und schließt auch die Unterstützung fortschrittlicher Forderungen derjenigen Klasse nicht aus, die in der neuen Etappe die herrschende sein wird. Umgekehrt gilt aber auch: Diese Unterstützung darf die Kritik an der neuen herrschenden Klasse und ihrer Produktionsweise nicht zum Schweigen bringen. Während der Revolution von 1848 schlossen Marx und Engels sich den Forderungen des liberalen Bürgertums an: Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Einheitsstaat ohne Binnenzölle und Feudalabgaben. Das hinderte sie aber keineswegs, in der „Neuen Rheinischen Zeitung" ihren beißenden Spott über die halbherzige Bourgeoisie auszugießen. Dies Programm steht im „Kommunistischen Manifest":

> In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionärer auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt.

Marx und Engels ist es niemals eingefallen, das Bürgertum zu schonen, nur weil mit seiner Herrschaft die richtige, in ihrer Geschichtsphilosophie vorgesehene Etappe des Kapitalismus erreicht war!

Die revolutionäre Auffassung vom Übergang hat sich auch im Denken Mao Tse-tungs und in der chinesischen KP immer wieder durchgesetzt, besonders während der Kulturrevolution. 1958 beschloß das ZK der KPCh:

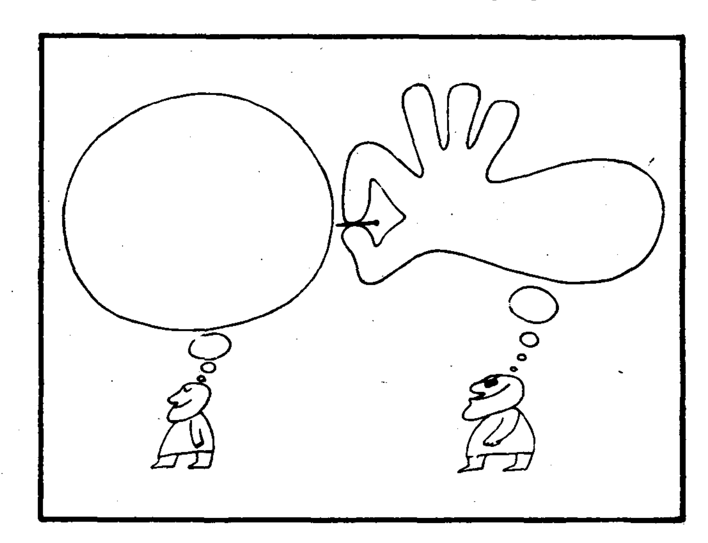
> Hinsichtlich der Frage des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus dürfen wir nicht im sozialistischen Stadium steckenbleiben, wir sollten uns aber auch nicht dem utopischen Traum hingeben, die Etappe des Sozialismus übergehen und direkt in das kommunistische Stadium springen zu können.
>
> Wir verfechten die marxistisch-leninistische Theorie der permanenten Revolution. Wir sind der Ansicht, daß zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution und zwischen dem Sozialismus und dem Kommunismus keine „Große Mauer" bestehen kann und darf. Gleichzeitig aber befürworten wir die marxistisch-leninistische Theorie der etappenweisen Entwicklung der Revolution und vertreten den Standpunkt, daß die verschiedenen Entwicklungsetappen die qualitativen Veränderungen widerspiegeln und daß diese qualitativ verschiedenen Etappen nicht verwechselt werden dürfen.

Übergangsgesellschaften aus ideologischer Sicht

Der revolutionären steht die ideologische Auffassung vom Übergang gegenüber, deren Blick nach hinten gerichtet ist.

An den Anfang aller geschichtlichen Entwicklung setzen Marx und Engels einen Zustand, in dem die Fähigkeiten und Hilfsmittel der Menschen, ihr Leben durch Bearbeitung der Natur herzustellen, äußerst gering sind. In diesem Urzustand sind sie weitgehend abhängig von feindlichen Naturgewalten und müssen ein Höchstmaß an notwendiger Arbeit verrichten, um zu existieren. Deshalb entwickeln sie ihre Produktionskräfte weiter – Naturwissenschaft, Technik, organisatorisches Können. Das Anwachsen der Produktivkräfte sprengt immer wieder die gesellschaftlichen Normen, nach denen sich die Produktion des Lebens auf den verschiedenen geschichtlichen Stufen vollzieht. Die fortschreitende Industrialisierung z.B. führt dazu, daß immer weniger Leute über immer mehr Kapital verfügen und die Produktion bestimmen (Monopolisierung). Indem der Industrialisierungsfortschritt so das wichtigste kapitalistische Produktionsverhältnis, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, ad absurdum führt, fordert er die sozialistische Revolution heraus. Auf diese Weise treibt die Entfaltung der Produktivkräfte den Übergang zu neuen Produktionsweisen und historischen Etappen an.

Diese Seite der marxistischen Geschichtsphilosophie verführt dazu, die Produktivkraftentwicklung für den einzigen Motor der geschichtlichen Vorwärtsbewegung zu halten.



Weil aber immer erst der bewußte Kampf ausgebeuteter und unterdrückter Klassen den revolutionären Sprung von einer Produktionsweise in die andere bewirkt, ist diese Auffassung falsch. Sie hat zur Folge, daß Übergang als etwas Automatisches mißverstanden wird, das keiner besonderen Anstren-

gungen und keiner konkreten Nachweise bedarf. Bestehende Ausbeutung und Unterdrückung erscheint in dieser mechanistischen Perspektive dadurch gerechtfertigt, daß die entsprechende Etappe – sei es nun Kapitalismus, neue Demokratie oder Sozialismus – auf dem Plan der Geschichte steht und wie von selbst in die nächste historische Etappe übergehen wird.

Es kommt dann nur noch darauf an, die gerade anstehende Übergangsetappe „objektiv" zu bestimmen. Die offizielle Bestimmung nimmt in der Regel die herrschende Klasse eines Landes vor, die sich natürlich keine Übergangsetappe aussuchen wird, in der die eigene Macht nicht mehr gerechtfertigt wäre. Es ist z.B. kaum zu erwarten, daß die „revolutionären" Militärs in Benin von sich aus den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen, was ja die Privilegien der Bourgeoisie in Frage stellen würde, der sie selbst angehören. Da verkünden sie lieber die Etappe der volksdemokratischen Revolution, in der es sogar der Kompradorenbourgeoisie noch erlaubt sein soll, der herrschenden „patriotischen Front" anzugehören. Die elenden Massen haben von solchen Definitionskunststücken garnichts, im Gegenteil: die Herrschenden besitzen mit dem Hinweis auf den Übergangscharakter ihrer Gesellschaft sogar ein Instrument, um den Forderungen der Massen nach sozialen Veränderungen abwehrend zuvorzukommen. Anstatt Veränderungen konkret herbeizuführen, die die Lage der Massen verbessern würden, speist man sie mit der Hoffnung auf eine glänzende, aber ferne Zukunft ab, die sich mit den erwünschten Produktivitätszuwächsen eines Tages schon von selbst ergeben wird. Wenn überhaupt versucht wird, Fortschritt konkret nachzuweisen, dann durch den rückwärtsgerichteten Vergleich mit vorangegangenen Etappen. Da Fortschritt allein aus Produktivkraftentwicklung bestehen soll, genügt es dazu der herrschenden Klasse in den Ostblockländern, aber auch in vielen Ländern der Dritten Welt, voller Stolz auf ein paar spektakuläre Industrialisierungsprojekte, bessere Straßen oder ähnliches hinzuweisen.

Der ideologische Gipfel dieser rückwärtsgerichteten, mechanistischen Auffassung vom Übergang ist, daß aus ihrer Logik jede Kritik an bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen als überflüssig, ja schädlich erscheinen muß. Da Profitmacherei, Korruption, Leistungszwang (je nachdem, in welcher Etappe man sich vermeintlich befindet) aufgrund der geschichtlichen Eigendynamik eines Tages schlagartig wie von selbst verschwinden werden, ist es müßig danach zu fragen, ob etwas und wieviel von diesem Ziel in den bestehenden Verhältnissen schon erreicht ist, und was seiner Verwirklichung noch im Wege steht. Solche Kritik verbreitet nur Unzufriedenheit und bringt die Gemüter durcheinander, was im Endeffekt den Schwung der Produktivitätssteigerung hemmt und die reibungslose Produktivkraftentwicklung gefährdet. Wozu kann Kritik an bestehender Ausbeutung und Unterdrückung nütze sein, wenn doch feststeht, daß man sich auf der richtigen Entwicklungsstufe befindet und auf ihr nun einmal Profitmacherei, Korruption oder Leistungszwang dazugehören?

Damit verkommt die Übergangstheorie endgültig zu einer Ideologie in marxistischem Gewand, mit der herrschende Klassen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse rechtfertigen, von denen sie profitieren. Sie wird zur konterrevolutionären Bremse der geschichtlichen Vorwärtsbewegung, weil sie den Übergang unter Berufung auf die Produktivkraftentwicklung automatisiert, sich konkret immer nur am Maßstab des Vergangenen mißt und Kritik am Bestehenden für überflüssig, ja schädlich erklärt.

Schulbeispiele für diese verkommene Übergangsideologie sind die Sprüche Stalins aus den dreißiger Jahren. Er versprach den russischen Arbeitern den Übergang in eine großartige Zukunft, wenn sie sich nur im Augenblick noch etwas mehr ausbeuten und unterdrücken ließen, auf Kritik verzichteten und keine Schwierigkeiten machten. 1935 verkündete er:

> Ist es etwa nicht klar . . . , daß die Stachanowbewegung die Zukunft unserer Industrie darstellt, daß sie den Keim des künftigen kulturellen und technischen Aufschwungs der Arbeiterklasse in sich birgt, daß sie uns den Weg öffnet, auf dem allein jene Höchstleistungen der Arbeitsproduktivität erzielt werden können, die für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und für die Aufhebung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit notwendig sind?

Übergangsideologie in der Praxis: Kritikverbot

Unverkennbar neigen S.I. und besonders C.v. Westenholz in ihren Leserbriefen zur ideologischen Auffassung von Übergang, auch wenn sie in einigen Detailfragen gegenüber unseren Artikeln recht haben mögen, was der Leser durch unmittelbaren Vergleich der Texte entscheiden kann.

Typisch ist, daß z.B. die Bestimmung der anstehenden Etappe als „Volksdemokratische Revolution" durch die herrschenden Militärs in Benin kritiklos übernommen wird. Zitiert wird dazu das offizielle „Revolutionsorgan" der VR Benin, während unser Artikel gerade den revolutionären Charakter der gegenwärtigen Politik im Benin in Frage stellt. Möglicherweise ist ja Kereou nicht aus „Einsicht bezüglich der geschichtlichen Notwendigkeit" zum Marxisten geworden, sondern weil er entdeckt hat, daß sich mit der Übergangsideologie in marxistischem Gewand so ziemlich alles rechtfertigen läßt, was zu seinem eigenen und dem Nutzen seiner Klasse ist. Typisch ist auch, daß nur rückwärtsgerichtete Vergleiche gezogen werden, um die gegenwärtigen Verhältnisse im Benin zu rechtfertigen: Eine fundierte politische Analyse müsse „von Vergleichen mit afrikanischen Ländern, die ähnliche sozio-ökonomische Verhältnisse aufweisen wie der Benin vor der Revolution, ausgehen." Oder: „Im Vergleich mit den vierzehn Kerekou vorangegangenen neo-kolonialen Regimen, aber auch im Vergleich mit den anderen afriaknischen Staaten, schneidet die VR Benin augenscheinlich sehr gut ab." Wenn etwas bestenfalls dem Standard liberaler bürgerlicher Blätter Genüge leistet, dann diese „fundierte Analyse"! Der „revolutionäre" Charakter der VB Benin läßt sich wohl kaum daraus ableiten, daß es in anderen afrikanischen Ländern noch mehr Korruption gibt (selbst wenn das stimmen sollte).

Typisch ist weiterhin, daß zwar laufend von Verbesserungen der Verkehrswege, Steigerung der Agrarproduktion usw. die Rede ist, aber niemals davon, wie es den Massen im Benin denn nun wirklich ergeht, niemals etwas von ihrer Befreiung aus dem Elend. Auch S.I. reduziert den Fortschritt im wesentlichen auf Produktivkraftentwicklung im landwirtschaftlichen Bereich.

Noch bezeichnender als diese für die Übergangsideologie typischen Argumentationsformen sind die Anlässe und Absichten der beiden Leserbriefe. Unsere Artikel zur VR Benin und zur Landreform in kapitalistischen Entwicklungsländern kritisieren bestehende oder im Entstehen begriffene Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse in der Dritten Welt. Damit stellen sie sich auf die Seite derjenigen, die von diesen Verhältnissen betroffen sind, und die die Subjekte kommender sozialistischer Revolution sein werden.

Die beiden Leser erklären diese Kritik mit dem Hinweis auf den Übergangscharakter der betreffenden Gesellschaften für überflüssig und schädlich. Damit wenden sie sich gerade gegen das, was – neben der Produktivkraftentwicklung – die geschichtliche Bewegung des Übergangs antreibt. S.I. schreibt: „Ferner hat die geschichtliche Erfahrung bisher gezeigt, daß jede Reform eine revolutionäre Komponente beinhaltet, indem sie von politisch bewußten Kräften dazu benutzt werden kann, um die Grenzen des existierenden Systems aufzuzeigen und revolutionäres Bewußtsein zu schaffen." Genau dazu sollte unser kritischer Artikel über kapitalistische Landreformen beitragen. Indem S.I. uns mit der Forderung, solche Agrarreformen müßten unterstützt werden, die Kritik an ihnen verbieten will, stellt er sich also seiner eigenen Argumentation in den Weg. Unterstützung fortschrittlicher Komponenten und Kritik neuer Ausbeutungsformen müssen sich aber nicht ausschließen, wie Marx und Engels in der bürgerlichen Revolution von 1848 gezeigt haben. Es mag sein, daß wir uns in der Redaktion der „blätter" unsicher und uneinig sind, ob und wie die marxistische Geschichtsphilosophie auf bestimmte Länder der Dritten Welt anzuwenden ist. Über eins sind wir uns aber ganz sicher und einig: Sie darf nicht zum Instrument werden, mit dem Kritik an bestehender oder entstehender Ausbeutung und Unterdrückung – egal in welcher Produktionsweise und geschichtlichen Etappe – mundtot gemacht wird. Nur eins kann solche Kritik zum Schweigen bringen: Der Nachweis, daß Ausbeutung und Unterdrückung aufgehört haben. Weder S.I. noch C.v. Westenholz haben das nachgewiesen; sie haben es auch nicht versucht.

hpö



Argentinien

Mitteilung der Informationsstelle Lateinamerika
Römerstr. 88, 53 Bonn 1, Tel. 02221 – 658613

Uns liegt ein Brief der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder vor (nicht an uns, an einen anderen Adressaten) aus dem hervorgeht, daß die Innenminister auf Bitte der Bundesregierung besprochen haben, 400 Argentinier anstelle von 400 noch nicht in Anspruch genommenen Plätzen für Chilenen in die BRD aufzunehmen.

Der Brief ist vom 18. 5. datiert und von einem Dr. Dickwisch unterschrieben. Das Ganze ist eine dreifache Sauerei:

– Es wird nur noch von 400 Leuten gesprochen.
– Es wird von 400 Personen, nicht mehr von politischen Gefangenen gesprochen; das heißt in der Praxis, daß die Zahl der politischen Gefangenen sich noch mal erheblich reduziert, da die gewöhnlich ihre Angehörigen mitbringen und die dann in die Gesamtzahl eingerechnet werden. Unsere Forderung war aber 500 politische Gefangene!
– Es werden Chilenen gegen Argentinier ausgespielt!! Als ob es unser Ziel sei, bedingungslos Argentinier rauszuholen und die Chilenen können ruhig im Knast bleiben!

Es scheint uns sehr wichtig, daß hier ganz schnell klar wird, daß die Gruppen nicht bereit sind, das hinzunehmen. Die ila bittet Euch darum, hier ganz schnell was zu unternehmen (Öffentlichkeit, Presse, Innenministerkonferenz, Bundesregierung– die das Ganze nach anderen Informationen auch so machen will – „Eure" MdB's, usw.)



Paraguay
Biographie eines Indianerjungen

Wir waren keine Ache mehr, weil wir traurig waren

In der Nr. 62 der „blätter des iz3w" (Juni 1977) berichteten wir im Rahmen des Themenblocks „Die Situation der Indios in Südamerika" auch über den Völkermord an den Ache-Indianern in Paraguay.

Die Ache-Indianer erleiden das Schicksal vieler anderer Indianer-Stämme, die aufgrund von wirtschaftlichen Interessen einheimischer Bodenspekulanten oder ausländischer Rohstoff-Konzernen von ihrem angestammten Land vertrieben werden. Wir schilderten, wie diese Indianer von Weißen in regelrechten Hetzjagden verfolgt werden, um sie zu versklaven und die Frauen und Mädchen sexuell zu mißbrauchen.

Auf diese perverse Art machen sich paraguayische Staatsbürger auch heute noch die Ache zunutze, bevor die meisten dieser Indianer an Hunger und Krankheiten elend zugrunde gehen. Die „Washington Post" veröffentlichte im Dez. 77, es gäbe glaubhafte Beweise dafür, daß auch der Präsident Paraguays, Alfredo Stroessner, direkt an dem sexuellen Mißbrauch von Indianer-Kindern beteiligt ist (pogrom „Indianer in Europa", Mai 1978, S. 135).

Wir wollen im folgenden eine biographische Darstellung eines Ache-Jungen wiedergeben. Dieser Bericht ist keine Analyse, sondern schildert die alltäglichen Ängste und Probleme eines vom Völkermord bedrohten Indianers und veranschaulicht damit bisherige Artikel zu diesem Thema. Die in der Schilderung auftauchende Person, Pereira, ist authentisch. Pereira war zumindest 1972 Leiter der „Nationalen Kolonie Guajaki", eine Art Konzentrationslager für Ache-Indianer, in Paraguay. Die Biographie ist erschienen in dem Wochenblatt der paraguayischen Bischofskonferenz „Sendero" vom 23. 9. 77.

Red.

Ich heiße Anibal Weypygi; Weypy ist eine Art Frosch, während der erste Teil meines Namens schon von den Weißen stammt. Ich bin ein Ache-Guayaki. Ich habe es jedoch lieber, wenn die Leute mich Ache nennen, denn das bedeutet ‚Person' und ich möchte als eine solche behandelt werden.

Früher lebte ich im Wald, nackt, mit meinen Eltern und anderen Aches zusammen. Wir wanderten die Küste des Parana-Flußes entlang; aber ich kannte schon Casory – das ist eine Siedlung auf dem Grundbesitz der „Industrial Paraguaya", in der Zone des Alto Parana – denn mit meinen Eltern und den Freunden machten wir auch kilometerweite Reisen durch den Wald. Wir lebten gut, im Wald gab es viel zu essen. Wir aßen von allem, aßen alle Sorten Früchte, die uns unser ‚Freund Wald' bot, selbst junge Blätter und Palmschößlinge, aber auch Fleisch, sehr viel Fleisch sogar. Wir aßen und essen bis heute das Fleisch der kleinen und großen Tiere, so z.B. einige Sorten von dicken Larven wie: Kracho, pichu, Mbuchu, chakaacho usw. Im Wald hatten wir keine Angst, denn er ist unser Freund, er schenkt uns viele Dinge; er verkauft nichts. Wir respektieren nur die Geister „AJAVE und VEREBDY", die manchesmal einen Ache mitnehmen, doch alle kamen irgendeinmal wieder zurück. Außerhalb des Waldes hatten wir Angst, denn wir wußten aus Erfahrung, daß es Menschen gibt, die uns nicht mögen, die unsere Eltern töten und unsere Geschwister stehlen – ja stehlen. Warum und weshalb? Wir wissen es nicht; wir laufen weg vor ihnen.

Wenn wir den Wald durchquerten, fanden wir Wege, denen wir folgten, aber wenn wir das Geräusch eines Autos hörten, ließen die Frauen die Kinder auf dem Weg zurück und wir rannten alle so schnell wir konnten davon. Warum liessen die Mütter die Kinder zurück? Nicht weil sie ihre Kinder nicht liebten, sondern weil sie genau wußten, daß die Autos schnell und die Waffen der Weißen noch schneller waren.

Nachdem das Geräusch vorbei war, warteten wir im Wald, während die Mütter weinend zum Weg zurückkehrten, in der Annahme, daß ihre Kinder nicht mehr dort sein würden. Und so war es auch. Das mysteriöse und furchterregende Geräusch hatte sie verschlungen. So war jedes Zusammentreffen mit den „Zivilisierten“ sehr traurig. Oh – ich möchte jetzt nicht daran denken. Nach solch einer Tragödie waren wir alle sehr traurig, denn viele Kinder verloren so ihre Eltern und waren keine Töchter und Söhne mehr und viele Frauen waren keine Mütter mehr, weil ihre Kinder verschwunden waren; und wir waren keine Ache mehr, weil wir traurig waren.

Mein Vater hat mich nie verlassen, bis heute nicht, und ich bin schon älter als 14 Jahre. Ich weiß nicht, was die Liebe einer Mutter ist, denn als ich noch klein war, verließ sie uns und meine Großmutter kümmerte sich um mich. Mein Vater erzählte mir, daß meine Mutter an einer Krankheit gestorben sei, als ich noch klein war; sie hatte jedoch die Familie schon zuvor alleine gelassen, deshalb wurde ich nicht zusammen mit ihr beerdigt. Unsere Sitten wollen es, wenn eine Mutter stirbt, daß ihr Kind lebend mitbegraben wird, auch wenn es schon 15 Jahre als ist. Was beachtet wird, ist allein die Liebe; wenn der Sohn stirbt und die Mutter um ihn weint, begräbt man auch sie gemeinsam mit dem Toten und so geschah es auch mit einem Halbweisen, wenn der Vater starb.

Auf meinen Vater hat man geschossen – schon zweimal – er hat eine Narbe in der linken Schulter oberhalb des Herzens und eine andere in seinem linken Arm. Ich war noch nicht geboren, als er zum erstenmale verletzt wurde, aber als er das letztemal am Arm verwundet wurde, war ich mir dessen schon bewußt. Ich erinnere mich gut. Wir gingen mit einigen anderen Aches durch den Wald; wir liefen geschwind, ich wurde schnell müde und mein Vater trug mich auf seinen Schultern. In dem Moment der Tragödie klammerte ich mich an seinem Hals fest, er wurde von einem Schuß getroffen, doch er rannte mit mir davon. Bei dieser Gelegenheit wurden viele Aches getötet. Wir führten junge Jaguare und Wildschweine mit uns, die wir zurücklassen mußten. Der Grund der Tragödie war, daß wir die Kühe der Paraguayer gejagt hatten. Wir konnten nicht begreifen, warum sie diese schützten, denn wir haben immer alles geteilt, so wie wir es auch heute noch tun – im Gegensatz zu den Paraguayern.

Es war an einem Tag, als wir nahe am Parana-Fluß lebten, da kamen unbekannte Aches zu uns. Sie waren von einem Herrn Pereira aus Arroyo Moroti geschickt worden – dies erfuhren wir erst später. Wir verließen den Wald und lebten mit diesem Herrn Pereira. Eines Tages wollten wir jedoch wieder das essen, was wir im Wald gegessen hatten. Wir hatten Hunger auf das, was unser Freund Wald uns schenkte. Wir sagten es dem Herrn Pereira und gingen fort. Wir liefen jetzt auch nicht mehr vor den Autos weg, doch die ‚Zivilisierten‘ nutzten das aus. Wir gingen einen Weg entlang, als ein Auto kam. Mein Vater, der Lust auf Galletas (eine Art Brot) hatte, hielt den Lastwagen an und bat den Fahrer um Galletas; dieser war Paraguayer und das erste was er sagte war: „Gib mir deinen Sohn und ich gebe dir dies“, wobei er auf einen Sack mit Galletas zeigte. Mein Vater sagte zu mir, daß ich mitgehen solle, doch ich begann zu weinen, weil ich nicht weg wollte und ich ging auch nicht mit. Nach diesem Zusammentreffen verließen wir die rote Erde des Weges – hier schenkte uns niemand etwas. Und wir begannen wieder auf die frischen grünen Blätter des Waldes zu laufen, wir jagten Gürteltiere, Vögel und coati.

Dann nach langem Wandern durch den Wald kamen wir zu dem Haus des Herrn Gonzalez in Punto Cuarto. Dieser Herr sagte uns, daß bald der ‚Apawachu‘ käme – dies bedeutet großer Vater, gemeint war der Priester P. Nicolas – der dann auch eintraf. Der Priester betete, zelebrierte eine Messe und anschließend stiegen wir in seinen Lastwagen, um zu einem Ort, der Paloma hieß, zu fahren, hier trafen wir uns mit anderen Aches. Später lebten wir in Manduyi, wo wir auch jetzt sind. Auch nachdem wir in den Wald zurückgekehrt sind, schweben wir in der Gefahr, wie Tiere ausgenutzt zu werden.



Ich hatte einen Freund in meinem Alter. Wir waren unzertrennlich, als wir im Wald lebten. Er hieß Julio Wachugi. Er kam mit mir hierher, aber er ging dann mit dem Herrn Benitez nach Yvyrarovana und von dort nahm man ihn mit nach Paraguay' (I). Wie hoch der Preis für ihn war, weiß ich nicht, meistens sind die Versprechen Lüge, denn ich habe ihn nie mehr gesehen. Und nicht nur Julio, sondern auch viele andere Aches wurden nach Paraguay gebracht. Auch bei anderen Gelegenheiten wollten mich die Zivilisierten mitnehmen. Ich und zwei weitere Aches gingen zum Fischen am Fluß bei Punto Cuarto. Dort trafen wir ein Auto mit einer Frau und einem Jungen. Sie riefen uns. Zuerst kam mein Freund Felipe Jakugi zum Wagen. Sie hoben ihn in das Auto hinein. Ich konnte mich verstecken, weil ich wegrannte. Ihn haben sie nach Paraguay mitgenommen und bis heute habe ich keine Nachricht von ihm.

Anibal Weypyggi seufzte nachdenklich und dann mit einem Lächeln auf den Lippen schloß er: und jetzt bin ich hier.

(I) Anmerkung: ‚Paraguay‘ ist ein Wort aus der Guarani-Sprache, es ist der Name für Asuncion. Für die Ache-Indianer ist Paraguay jedoch nicht nur Asuncion. Paraguay ist für sie eine ‚grüne Hölle‘, denn niemand weiß, was es ist und niemand weiß, wo es ist. Sie wissen hingegen, daß jeder, der dorthin geht, nie mehr zurückkehrt. ‚Paraguay‘ ist für die Aches irgendein Punkt in Paraguay, wie auch ‚Paraguay‘ irgendein Ort des Kontinents sein kann.

KOREA

Kongreß der Auslands-Opposition

Internationale Korea-Konferenz in Bonn forderte Truppen-Abzug von Südkorea und Stop aller Wirtschaftshilfe.

Die Opposition gegen das korrupte und unterdrückerische Park-Regime in Südkorea wächst. Im Lande flackert der Protest trotz brutaler Unterdrückung immer wieder auf, und im Ausland entsteht ein Zusammenschluß der verschiedensten Anti-Park-Kräfte zu einer „Union der Auslands-Koreaner für Demokratie und Wiedervereinigung".

Dies spiegelte sich bei einer Internationalen Korea Konferenz, die am 5./6. Juni in Bonn von dieser Union veranstaltet wurde, unterstützt vom westdeutschen Korea Komitee. Wie bei zwei ähnlichen Konferenzen im vergangenen Jahr in New York und Tokyo kamen zahlreiche führende Koreaner der Park-Opposition sowie Korea-Experten aus USA, Kanada und Westeuropa zusammen.

Von allen Rednern wie von der Schlußresolution wurden die permanenten Verletzungen der Menschenrechte und aller demokratischen Prinzipien durch das Regime des General Park in Südkorea in Zusammenhang gesehen mit den Folgen des kapitalistischen Entwicklungsprozesses dort. Denn diese Entwicklung, das viel gepriesene ‚Wirtschaftswunder', führte zwar zu enormem Wachstum des Bruttosozialproduktes, aber um den Preis so großer sozialer Konflikte, daß diese nur mit diktatorischen Mitteln unter Kontrolle gehalten werden können. So war es nur folgerichtig, daß die Konferenz einmütig von den ‚westlichen' Regierungen (insbesondere der USA und Japans, aber auch der Bundesrepublik) die Einstellung aller Wirtschaftshilfe an das Park-Regime forderte.

Daß ebenso einmütig der Abzug aller amerikanischer Truppen und Waffen (insbesondere Atomwaffen) von Südkorea gefordert wurde, ist eine neuere Entwicklung der Diskussion unter den oppositionellen Südkoreanern. Denn die Konservativen unter den Park-Gegnern erhoffen sich noch immer von den US-Truppen in Südkorea eine Hilfe zur Demokratisierung! Auch die Furcht vor dem vermeintlich aggressiven Nordkorea steckt manchem aufrechten Demokraten noch tief im Blut. Dennoch wurde von den ‚westlichen' Regierungen eine „balancierte Diplomatie", also auch eine diplomatische Anerkennung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (nach dem Vorbild Frankreichs) erwartet.

Die Frage der Wiedervereinigung Koreas war neben den Menschenrechtsverletzungen zweites Hauptthema der Konferenz. Aber obwohl der Wille zur Wiedervereinigung bei Koreanern ungleich stärker ist als bei Deutschen, gerieten entsprechende Beiträge merkwürdig blaß. Der einzig konkrete und wirklichkeitsnahe Vorschlag zur Wiedervereinigung, nämlich als Übergang eine Konföderation der beiden so unterschiedlichen Teilstaaten zu bilden, wurde nur einmal kurz gestreift. (Weil der Vorschlag aus dem Norden stammt?) Der naheliegende Vergleich mit der deutschen Teilung erbrachte nur Unterschiede: vor allem den, daß die beiden Deutschlands Beinahe-Großmächte sind, deren Wiedervereinigung alle Nachbarn fürchten, während die beiden Teile Koreas ihre Vereinigung dringend brauchten, um sich gegenüber den Großmacht-Nachbarn Sowjetunion, China und Japan behaupten zu können.

Trotz dieser scheinbaren Nähe zur deutschen Situation ist es in der Bundesrepublik sehr schwierig, öffentliche Aufmerksamkeit für koreanische Probleme zu wecken. Das „KOREA KOMITEE in der BRD und Berlin (West) e.V." versucht dies dennoch, auch über diese Konferenz hinaus. Es besteht aus vier örtlichen Gruppen in Berlin (West), Dortmund/Bochum, Frankfurt und Osnabrück. Außer den üblichen Aufklärungsveranstaltungen geht es um materielle Solidarität mit den politischen Gefangenen in Südkorea, besonders aus den Reihen der protestierenden Arbeiter dort. Korea-Interessenten sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen!

Kontaktadressen: Prof. Dr. Günther Freudenberg (1. Vors.)
Zeppelinstr. 25, 4500 Osnabrück

Dr. Rainer Vowe (Geschäftsführer)
Alte Marktstr. 11, 4630 Bochum 1

Bank-Konto: Nr. 10 625 116 00, Bank für Gemeinwirtschaft Dortmund.
Beim Geschäftsführer kann das soeben erschienene Heft mit grundlegenden Aufsätzen über Vergangenheit und Gegenwart Koreas bestellt werden (3,– DM).

Gerhard Breidenstein

Schwarzbuch des entwicklungspolitischen Films erschienen,
herausgegeben vom Medienausschuß der entwicklungspolitischen Gruppen.
Aus dem Inhalt:
Erfahrungen bei der kritischen Durchsicht des Filmangebots der Landesfilmdienste zum Thema „Dritte Welt und Entwicklungspolitik", Negativbeispiele (Detaillierte Kritik einzelner Filme), Die Afrika-Berichterstattung in ARD und ZDV 1976 - 1978, Entwicklungspädagogik mit schlechten Medien? Antwort auf eine riskante These, Kriterienkatalog zur Beurteilung entwicklungspolitischer Filme.
Die Broschüre ist beziehbar über Kurt Biere, Clemensstraße 120, 8000 München 40.

„Wir planen eine Broschüre zum Thema „Frauen in Lateinamerika" und bitten alle, die Informationen über Frauen in der 3. Welt, insbesondere Lateinamerika besitzen, an folgende Kontaktadresse zu schicken:
ai-Brasilien-KoGruppe
Gerlinde Rübel
Baudristraße 9, 5000 Köln 60
Auf Wunsch werden Unkosten erstattet."

REPRESSION IN DER BRD

Sie lesen gerade: blätter des iz3w- linksextremistisch beeinflußtes Druckwerk Nr.36

Die Frankfurter Rundschau enthüllte es am 16.5.: Der Bundesgrenzschutz hatte die Aufgabe, beim Grenzübergang alle Personen zu registrieren, die „linksextremistische oder linksextremistisch beeinflußte Druckschriften" mit sich führten oder als Mitglieder entsprechender Organisationen identifiziert wurden, und diese „Erkenntnisse" an den Verfassungsschutz weiterzuleiten. Grundlage dieser Überprüfungen bildeten zwei mittlerweile veröffentlichte Listen, die 287 Zeitschriften und 239 Organisationen aufführten, die in entsprechender Weise tituliert worden waren: alle sozialistischen und kommunistischen Gruppen in der BRD, Frauengruppen, Komitees und Zeitschriften, die sich gegen die Berufsverbote wenden, antimilitaristische Periodika, eine Elterninitiative aus Hamburg, die Berliner Mietergemeinschaft e.V., Stadtzeitungen, den Bund demokratischer Wissenschaftler, kurzum, (fast) alles, was aus antikapitalistischer Sicht an der staatlichen Politik Kritik übt.

...Ihr Toren, die ihr im Koffer sucht! Hier werdet ihr nichts entdecken! Die Konterbande, die mit mir reist, die hab ich im Kopfe stecken...

Im Kopfe trage ich Bijouterien, der Zukunft Krondiamanten, die Tempelkleinodien des neuen Gottes, des großen Unbekannten.

Und viele Bücher trag ich im Kopf! Ich darf es euch versichern, mein Kopf ist ein zwitscherndes Vogelnest von konfiszierlichen Büchern.

Glaubt mir, in Satans Bibliothek kann es nicht schlimmere geben; sie sind gefährlicher noch als die von Hoffmann von Fallersleben!

Heinrich Heine 1843

Auch wurden – und damit sind wir unmittelbar betroffen – die Dritte Welt-Gruppen sorgfältig aufgelistet. Unter anderem: Aktion Dritte Welt / Informationszentrum Dritte Welt Freiburg mit den blättern des iz3w und der (vor einigen Jahren eingestellten) Broschürenreihe „aktion dritte welt", die Chile-Nachrichten, Zeitungen und Initiativen zu Indochina, Freundschaftsgesellschaften zu sozialistischen Dritte-Welt-Ländern, Palästina- und Nah-Ost-Komitees (ohne Ortsangabe: die Beschäftigung mit diesem Thema allein ist somit schon Beweis genug für eine „linksextremistische" Gesinnung) sowie Pogrom, die Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker.
Die Reaktion des verantwortlichen Ministers Maihofer steht in einer langen Tradition von Dementis, mit denen auf Berichte über die Einschränkung demokratischer Rechte reagiert wird. Noch im Januar hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, von Schoeler, auf eine Anfrage behauptet, „daß dem Bundesgrenzschutz grundsätzlich die Nachprüfung des Textes etwa mitgeführter Schriftstücke nicht gestattet ist". Jetzt konnte man die Existenz der Listen nicht mehr leugnen. Maihofer versuchte jedoch, ihre Relevanz herunterzuspielen und sie zum Schulungsmaterial für den Grenzschutz zu erklären, das nicht als Grundlage für die Überprüfung von Reisenden gedient habe. Maihofer steht damit zum einen in Widerspruch zu Informationen der Frankfurter Rundschau: „Danach sind die Listen keineswegs als 'Schulungsmaterial' gebraucht worden, sondern lagen bei den einzelnen Dienststellen der Grenzschutzämter aus. Teilweise mußten die Beamten des Grenzschutzeinzeldienstes (GSE) mit ihrer Unterschrift bestätigen, daß sie von diesen Listen Kenntnis genommen hätten. Beamte, die über einen längeren Zeitraum keine 'Erkenntnisse' nach diesen Listen weitergemeldet hätten, wurden zur Rede gestellt" (FR, 7.6.78).
Maihofer wird aber auch Lügen gestraft durch seinen eigenen Staatssekretär Fröhlich, der die Kontrolle und Überprüfung von Reisenden anhand der Listen sowie die Auswertung der Erkenntnisse durch den Bundesnachrichtendienst und den Verfassungsschutz bestätigte (FR, 7.6.78).
Da alle Grenzstellen mittlerweile an ein zentrales Computersystem angeschlossen sind, sind die „Erkenntnisse" zentral registrierbar und bei Verfahren für die Einstellung in den öffentlichen Dienst prinzipiell verfügbar.

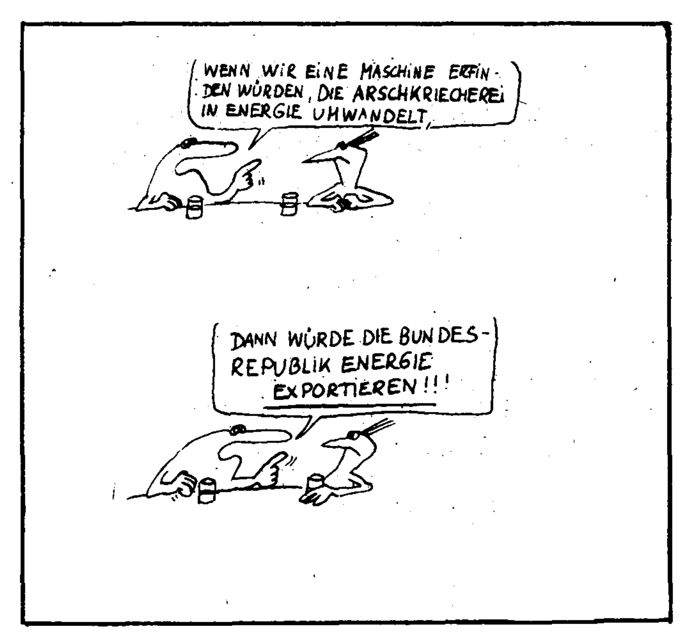
Im Rahmen der mehr als durchsichtigen Dementierstrategie des Innenministeriums wurde versucht, die Erstellung der Listen als Werk eigenmächtiger, ohne Kenntnis der politischen Leitung des Ministeriums handelnder subalterner Beamter hinzustellen, gegen die eine dienstliche Untersuchung einschließlich disziplinarischer Konsequenzen angeordnet sei (FR, 7.6.78). Dagegen sprechen nicht nur die umfangreichen Recherchen und der organisatorische Aufwand, die für Erstellung und Weiterleitung der Listen an alle Grenzstellen notwendig sind. Die in der Liste vorgenommenen Diskriminierungen sind zudem offizielle Politik des Bundesinnenministeriums, wie sie sich zum Beispiel auch im Verfassungsschutzbericht 1976, also in einer hochoffiziellen Publikation, niederschlägt: Auch hier wird die Unterstützung von Widerstandsbewegungen in der Dritten Welt, etwa im Südlichen Afrika und in Chile unter „linksextremistische Bestrebungen" abgehandelt, wird die Alternativpresse (etwa die Stadtzeitungen) als „Vorfeld" der Terrorgruppen diskriminiert, ja werden sogar Bilder von Demonstrationen iranischer Studenten gegen Hinrichtungen im Iran als Beleg für die „Ausschreitungen der Conföderation Iranischer Studenten" ausgegeben. (betrifft: Verfassungsschutz 1976, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1977, S. 66, 126, 162).
Als unmittelbar betroffene Gruppe können wir anhand unserer eigenen Arbeit und unserer Ziele aufzeigen, was als „linksextremistisch" bezeichnet und damit in der Öffentlichkeit mit dem Stigma des Antidemokratischen belegt werden soll:

– Die Darstellung des Zusammenhangs zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur eines Landes wie der BRD und dem Elend in der Dritten Welt, die Darstellung der Auswirkungen, die die Tätigkeit westlicher Konzerne auf die Lebensbedingungen der armen Massen haben.
– Der Versuch, durch Information der breiten Öffentlichkeit zumindest einige Maßnahmen zu verhindern oder zu behindern, die die Abhängigkeit der Dritten Welt verstärken und die Arbeit der dort für Unabhängigkeit kämpfenden Bewegungen erschweren, wie etwa die direkte und indirekte Unterstützung für die rassistischen Regime im Südlichen Afrika.
– Die Organisation von materieller Unterstützung für Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt: sei es, daß sie sich gegen die Ausbeutung durch internationale Konzerne und die Unterdrückung durch rassistische oder faschistische Regime wehren (wie z.B. in Südafrika oder im Iran), wobei ihnen – nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung ihrer Gegner durch die westlichen Länder – oft keine andere Wahl bleibt, als zum notwendigen Übel der Gewalt zu greifen; sei es, daß sie sich bereits um eine auf die eigenen Bedürfnisse ausgerichtete Wirtschaft und den Aufbau des Gesundheits- und Bildungswesens bemühen. Als Beispiele einer materiellen Unterstützung sind zu nennen das Landwirtschaftsprojekt für den Widerstand in Zimbabwe oder die Kinder- und Gefangenenhilfe Argentinien, die sich um die materielle Absicherung der Familien von politischen Gefangenen bemüht.
Diese Arbeit ist auf die Unterrichtung einer breiten Öffentlichkeit ausgerichtet durch Erstellung von Informationen für Leser, die selbst in der Bildungsarbeit tätig sind (Lehrer, Journalisten, Mitarbeiter des kirchlichen Dienstes), durch Veranstaltungen oder durch die Betreuung von Informationsanfragen aus dem Bereich der Schule und der außerschulischen Jugendarbeit.
Unsere Reaktion auf diese Listen (auch nicht die der anderen Dritte Welt-Gruppen) ist nicht das Jammern; wir gehörten nicht auf eine solche Liste, um damit indirekt dem Innenministerium das Recht zuzugestehen, solche schwarzen Listen zu erstellen, auch wenn es sich in unserem Falle vergriffen hätte. Leider haben einige der Betroffenen in dieser Weise reagiert. Wenn es solche Listen gibt, die Gruppen der antikapitalistischen Kritik und des Versuchs, zu einer sozialistischen Alternative zu finden, erfassen, so wundert es uns nicht, hierauf eine ehrenvolle Erwähnung zu finden. Ein offensives Vorgehen gegen diese schwarzen Listen und damit gegen die Einschränkung der unteilbaren Rechte der freien Meinungsäußerung und der freien Information ist angebracht.

Herr Keuner begegnet Herrn Wirr, dem Kämpfer gegen die Zeitungen. „Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen", sagte Herr Wirr, „ich will keine Zeitungen". Herr Keuner sagte: „ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen. Ich will andere Zeitungen".

B. Brecht

Das notwendige offensive Vorgehen stößt auf ein Hindernis, das durch die Veröffentlichung der vollständigen Listen eine neue Qualität bekommen hat: die Einschüchterung kritischer Gruppen und derjenigen, die z.B. Material dieser Gruppen im Unterricht eingesetzt haben, infolge der Überprüfungs- und Registrierungspraxis. Aus diesem Grunde kritisieren wir die vollständige Veröffentlichung der Listen ohne Rücksprache mit den Betroffenen durch die Frankfurter Rundschau, die nun auch Antidemokraten außerhalb von Verfassungsschutz und Innenministerium eine Benützung der Listen erlaubt.



Die Wirkung der Einschüchterung wird erhöht durch die Vermischung von Furcht vor realen Bedrohungen, die als Risiken bei jedem Vorgehen berücksichtigt werden müssen, mit der Angst vor irrealen Bedrohungen. Für amnesty international beispielsweise ist es – wie die Organisation selbst mitteilte – durch den Radikalenerlaß schwieriger geworden, Unterschriften für Petitionen zugunsten politischer Gefangener zu sammeln. Dieses Phänomen ist nicht auf eine reale Bedrohung, sondern auf die Angst zurückzuführen, die mit dem Abbau der demokratischen Rechte verbunden ist: die Unsicherheit darüber, bis zu welcher Grenze die Wahrnehmung dieser Rechte uns gnädigerweise gestattet ist. Diese Angst vor irrealen Bedrohungen führt aber zu einer weiteren Einschränkung des Handlungsspielraums, weil zu verteidigende Positionen kampflos geräumt werden. Um die Abgrenzung zwischen realen und irrealen Bedrohungen zu erleichtern: Kein früherer oder jetziger Mitarbeiter der Aktion Dritte Welt / Informationszentrum Dritte Welt hat wegen seiner Tätigkeit bei uns bei Übernahme in den öffentlichen Dienst Schwierigkeiten bekommen (wir können dies natürlich für die Zukunft nicht ausschließen), bei dieser Lage ist nicht zu erwarten, daß diejenigen entsprechendes befürchten müssen, die das Material unserer Gruppe bei ihrer Arbeit in der Schule einsetzen.
Wir bitten alle Leser, die bei Benutzung unserer Materialien in der Schule Schwierigkeiten mit Kontrollinstanzen bekommen haben, um Mitteilung, damit wir solche Erfahrungen bei unserer Arbeit berücksichtigen können.
Wie weit ein Lehrer offensiv vorgehen kann, ohne sich zu sehr zu gefährden, ob er also beispielsweise unsere Zeitschrift direkt im Unterricht einsetzen kann (etwa als Grundlage für Schülerreferate, wie dies viele Lehrer tun) oder darauf verzichtet und mehr die dort angegebenen Quellen einsetzt und unsere Zeitschrift mehr als Grundlage für die Vorbereitung einzelner Stunden benützt, muß jeder Lehrer selbst aufgrund der Situation in seinem Bundesland, der Kontrollfreudigkeit seines Schulleiters und des Rückhalts in seinem Kollegium entscheiden. Wir haben uns stets bemüht, unsere Aussagen quellenmäßig so abzusichern, daß

wir keine zusätzlichen Schwierigkeiten für kritische Lehrer verursachen. Sicherlich wird es nötig sein, auch formal (etwa gegenüber einem Schulleiter) zu argumentieren: die Listen sind mittlerweile vom Bundesinnenministerium eingezogen worden (FR, 3.6.78), eine Kontrollinstanz kann sich somit nicht offiziell auf sie berufen. Im Rahmen einer mehr formalen Argumentation könnte auch darauf hingewiesen werden, daß das iz3w von zahlreichen Institutionen (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, kirchliche Institutionen) sowie in Büchern als Quelle für weitere Informationen angegeben wird.
Wir selber halten es mit Namen und Adressen unserer Leser peinlich genau, wir allein haben Zugriff zu ihnen. Auf alle Wünsche etwa von lokalen Initiativen um Überlassung von Adressen haben wir stets so reagiert, daß wir die Leser darüber informiert haben, um ihnen die Entscheidung über eine Kontaktaufnahme zu überlassen; wir haben die Adressen aber nicht an Dritte weitergegeben. Aus diesem Grund haben wir unsere Kartei auch nicht auf Datenverarbeitung umgestellt, bei der eine Weitergabe der Adressen notwendig geworden wäre.
Das erforderliche offensive Vorgehen gegen die Einschränkung demokratischer Rechte kann nur Erfolg haben, wenn es gelingt, in der gewerkschaftlichen und kirchlichen Basis ein Potential zu erschließen, das heute selbst noch nicht betroffen ist, das aber bereit ist, für die heute Betroffenen Partei zu ergreifen, und somit zu verhindern, sich morgen selbst auf ähnlichen Listen wiederzufinden.

gc



Zur Haltung der Evangelischen Kirche zum Anti-Rassismus-Programm

Gemeinsam mit der Schriftleitung der Zeitschrift ‚Junge Kirche' haben wir, die Anti-Apartheid-Bewegung, eine Dokumentation zum Konflikt zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Ökumenischen Rat der Kirchen herausgebracht. Streitpunkt ist wieder einmal die Stellung zum Apartheidsystem in Südafrika. Das ‚Programm zur Bekämpfung des Rassismus' des ÖRK hat in einem Hintergrundpapier die Kirchen aufgefordert, ihre Position neu zu bedenken, nachdem in Südafrika keinerlei legale Opposition mehr möglich ist. Neben einer Analyse der südafrikanischen Situation werden insbesondere die Frage der Gewalt, der Verflechtung der westlichen Industrienationen mit dem Regime in Südafrika und der konkreten Solidaritätsmöglichkeiten neu zur Diskussion gestellt. Nachdem der Rat der EKD sich lediglich von diesen Fragen distanzierte, statt sie aufzugreifen, haben zahlreiche Einzelpersonen und Gruppen zur ernsthafteren Behandlung der aus Genf gestellten Fragen aufgerufen. Um diese notwendige Diskussion zu fördern, an deren Ende ein engagierteres Verhalten der deutschen Kirchen als wichtiger gesellschaftlicher Kraft in der Bundesrepublik stehen könnte, sind die wichtigsten Simmen hier zusammengestellt:
„Ökumene – EKD – Südafrika. Dokumente eines Konflikts." Zu beziehen durch Verlag Junge Kirche GmbH, Mathildenstr. 86, 2800 Bremen, Tel. 0421/71648
oder Regionalgruppe Hamburg der Anti-Apartheid-Bewegung, Forsmannstr. 19, 2000 Hamburg 60.
Preis: DM 2,50. (ab 10 Ex.: DM 2,30; 30 Ex.: DM 2,– 50 Ex.: DM 1,50).



Neue Kinder- und Jugendliteratur zum Thema „Dritte Welt"



Muraho!
Zu Besuch bei der Familie Sibomana
Gemalt von Kathrin Lutz-Marxer
Erzählt von Christoph Lutz
32 Seiten / Bilderbuch-Querformat
ca. DM 16,80

Das vorliegende Kinderbuch führt den Leser nach Ruanda/ Innerafrika. Der durchgehende Erzählstrang dieser ‚Geschichte' (zwei Kinder aus Europa besuchen eine Familie im Hochland Ruandas) wird immer wieder durch kleingesetzte, erläuternde Zusatzinformationen ergänzt. Diese Texte knüpfen jeweils an der eigentlichen Geschichte an; sie geben Hintergrundinformationen zur wirtschaftlichen und politischen Lage Ruandas, erläutern aber auch in einfachen Worten die Lebensumstände der Bauernfamilien. Trotz der vereinfachenden Darstellungsweise werden die wesentlichsten Momente der Situation Ruandas angesprochen:

- so z.B. die einseitige wirtschaftliche Ausrichtung Ruandas, welche auf die Kolonialzeit zurückzuführen ist: bis 1962 war Ruanda Teil des belgischen Treuhandgebietes, zuvor „gehörte" es zu Deutschostafrika. (Textauszug: „Die Belgier, die früher in Ruanda regierten, befahlen den Bauern, viel Kaffee anzupflanzen. Die Ruander trinken selber keinen Kaffee. Er ist für die Weißen bestimmt . . . ")
- Die Stadt – Land – Kluft, welche sich in der Zweiteilung der Städte selbst wieder fortsetzt (Wellblechhütten grenzen an feudale Kolonialbauten bzw. an moderne ‚Glaspaläste'),
- Ernährungs- und Gesundheits- und Wohnraumprobleme,
- Arbeitslosigkeit durch zunehmende Mechanisierung (die Plastiksandalenfabrik ersetzt mehrere Dutzend Schuhmacher, welche zuvor Ledersandalen herstellten).

Die Darstellung dieser Probleme wird wie selbstverständlich in die Schilderung des Alltags der Familie Sibomana eingeflochten, wobei die komplexe Thematik nur stichwortartig angerissen werden kann. Weitere Zusatzinformationen für den Vorleser (bzw. jungen Leser) sind daher für eine befriedigende Aufarbeitung der nur angetippten Probleme nötig. Schade ist, daß der Verlag keine Bezugsadressen für weitere Informationen im Anhang angegeben hat. Hinweise für die Verwendung des Kinderbuches in Kindergarten bzw. Grundschule werden beim Verlag z.Z. vorbereitet.

Dieses Bilderbuch sollte unbedingt gemeinsam in der (Schüler-) gruppe angeschaut und besprochen werden. Die in der „Geschichte" angelegte Konfrontation Europäische Kinder/ afrikanische Familie fordert geradezu einen Vergleich der unterschiedlichen Lebensgewohnheiten bzw. -bedingungen heraus. Ein Gespräch kommt daher sicherlich gut zustande.

Das Bilderbuch ist mit gemalten Bildern, welche in einem naiven Realismus gehalten sind, illustriert. Die Text – Bild-Entsprechung wird durch das ganze Buch konsequent durchgehalten. Die detailfreudigen, farbenprächtigen Bilder ‚erzählen' quasi die auf knappen Text gebrachte „Geschichte" weiter. Zu befürchten ist allerdings, daß diese z.T. bunt schillernde, exotische „Ananas- und Kokosnußwelt" letztlich – wie andere Bilderbücher – im Bewußtsein der Kinder reine Fiktion bleibt. Es liegt daher an den Eltern/ Erziehern, solche Klischeevorstellungen erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Die Gefahr, daß sich der junge Leser an den bunten Versatzstücken einer exotischen Welt ‚festbeißt' hätte man sicherlich dadurch vermeiden können, indem man F o t o s zur Illustration herangezogen hätte. Daß sich mit (dokumentarischen) Fotos sehr wohl Kinderbücher illustrieren lassen, zeigt das Kinderbuch ‚Indiokinder in Bolivien . . . ', welches im gleichen Verlag erschienen ist (Eine Besprechung dieses Buches findet sich in den ‚blättern . . . ' Nr. 62, Seite 57f.).

Trotz dieser Bedenken ist das vorliegende Kinderbuch zu empfehlen, liefert es doch wesentliche Informationen über ein Land der Dritten Welt, ohne die Vorstellungskraft der Kinder zu überfordern.

JUGENDDIENST VERLAG



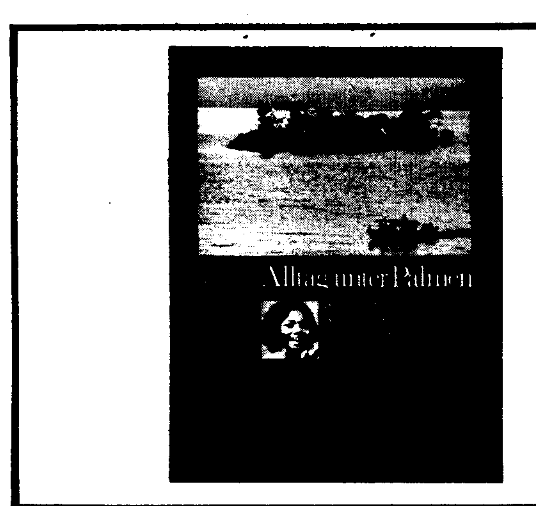
Rüdiger Siebert. Alltag unter Palmen. Bilder und Geschichten aus Afrika und Asien. Mit über 30, zum Teil ganzseitigen Schwarz-Weiß-Fotos. Jugenddienst Verlag Wuppertal 1978 64 S., Großformat, 8,00 DM.

Der Journalist Rüdiger Siebert versucht in seinem Text-Bild-Band nicht globale Zusammenhänge klar zu machen, sondern schildert in komprimierter Form die Auswirkungen politischer Zustände eines Landes auf das einzelne Individuum.

Viele Charakteristika abhängiger Länder werden in scheinbar „alltäglichen Geschichten' ausschnitthaft wiedergegeben:

- Landflucht und Verelendung in den Städten,
- Einbruch der mechanisierten (z.T. hochautomatisierten) Welt in ‚unterentwickelte' Länder – bei gleichzeitiger Verdrängung traditioneller Techniken,
- Repressionsmaßnahmen unterdrückerischer Regime (am Beispiel Indonesien),
- das ‚Erbe' aus der Kolonialzeit (Übernahme des Militarismus, Ausrichtung auf die westliche Kultur; das ideologische Erbe welches den Menschen in der Dritten Welt ‚Fortschritt' mit Anpassung an die Klassenstrukturen westlicher Gesellschaften verwechseln ließ . . .).
- die negativen Auswirkungen des (Massen-) tourismus welcher immer mehr Länder der Dritten Welt erreicht.

Die Darstellungen wesentlicher Momente abhängiger Länder ist jeweils an die Schilderung von Einzelpersönlichkeiten geknüpft: Namenlose, die sonst nur als Teil der Elendsstatisken in ‚Dritte-Welt'-Sachbüchern auftauchen. Rüdiger Sieberts versteht es sehr gut abstrakte Begriffe (Kulturimperialismus, Neokolonialismus . . .) mit denen in der herkömmlichen Literatur Zustände abhängiger Länder ‚abgedeckt' werden, anschaulich zu machen. Einzelschicksale bleiben in Sieberts (Kurz-) Geschichtenallerdings eben Einzelschicksale; eine Einbettung in größere (polit-ökonomische) Zusammenhänge wird nicht geleistet. Belässt man den (weniger informierten) Leser bei dieser auf Einzelpersönlichkeiten reduzierten Darstellung, so ist dieser Text-Bild-Band sicherlich nicht zu empfehlen.



Nimmt man diese ‚Geschichten' jedoch (zum Beispiel in einer Unterrichtseinheit) als ‚Einstieg', (um Probleme der Dritten Welt überhaupt erst einmal bewußt zu machen) so ist die Broschüre sicherlich brauchbar. Einsetzbar ist die Broschüre aber wohl nur für Schüler der Sekundarstufe I und II: Die Darstellungsform Rüdiger Sieberts fordert vom Leser nämlich einige Leseerfahrung. Der ständige Perspektiven- und Tempuswechsel, die unmittelbaren Anfänge (bzw. abrupten Schlüsse) lassen die Geschichten, (die man nach dieser Charakterisierung der journalistischen Darstellungsform des „Features" zuordnen kann) zwar an Unmittelbarkeit und Aktualität gewinnen, beansprucht aber auch sehr stark die Aufmerksamkeit des Lesers.

Zwischen den Features sind an typographisch exponierten Stellen Schwarz-Weiß-Fotos (ebenfalls von R. Sieberts) eingefügt. – Fotos, die zwar (technisch gesehen) exzellent sind, z.T. aber den artistischen Stilisierungen des herkömmlichen Fotojournalismus verfallen: Die perfekten Arrangements und aufdringlichen Kompositionen liefern nur noch ‚Sehköder' ohne Informationen zu vermitteln.

uk



Probleme der Dritten Welt –
Eine Einführung für Schüler.
Herausgeber: Aktion Dritte Welt/Freiburg
44 Seiten – Broschüre,
Preis für Schüler 0,50 DM,
(für Berufstätige 1,50 DM).

Dieses ‚Heft' versteht sich als Zusatzinformation zu herkömmlichen Schulbüchern, in welchen die Länder der Dritten Welt meist auf klimatische und ‚erdkundliche' Fakten reduziert werden. Ziel der Broschüre ist es nicht, Mitleidsgefühle für das Elend der Massen in den abhängigen Ländern zu wecken; stattdessen sollen Ursachen der Armut in der Dritten Welt herausgearbeitet und Nutznießer der Unterdrückung benannt werden.

Zu Anfang werden die Hauptcharakteristika abhängiger Länder aufgelistet:

- Unterernährung (bei gleichzeitiger Lebensmittelvernichtung in vielen Ländern, um die Preise in die Höhe zu treiben).
- Gesundheitsprobleme,
- Arbeitslosigkeit,
- Analphabetentum etc.

Eine differenzierte Untersuchung einzelner Faktoren der Unterentwicklung wird am Beispiel Brasilien durchgeführt (Das Beispiel Brasilien wurde deshalb gewählt, weil dieses Land in vielen Schulbüchern ebenfalls herangezogen wird.).

Schritt für Schritt wird aufgezeigt, daß die Geschichte Brasiliens eine Geschichte der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer und der Menschen des Landes war (und ist), daß diese Ausbeutung dem Luxus- und Rohstoffbedürfnis der Industriegesellschaften dient, – daß die Industriestaaten die einheimische Oberschicht Brasiliens zu deren Vertreter macht, – daß diese Fremdbestimmung eine weitreichende Verarmung des Landes und der Bevölkerungsmehrheit zur Folge hat.

Die (technologische) Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von den Industriestaaten wird am Beispiel ‚VW do Brasil' klar gemacht. Mit diesem Beispiel verknüpft sich gleichzeitig das Problem der Arbeitslosigkeit:

Die Einführung hochautomatisierter Produktionsverfahren in den Ländern der Dritten Welt führt wohl zu höherem Wirtschaftswachstum, vergrößert aber auch gleichzeitig das Arbeitslosenheer.

Ob ‚Hilfe von außen' (‚Entwicklungshilfe') das Elend der Massen in der Dritten Welt mindern kann, kommt in einem weiteren Kapitel zur Sprache. Gezeigt wird (am Beispiel der Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung), daß Entwicklungshilfe meist nach rein ökonomischem Kalkül vergeben wird. (Jede deutsche Mark, welche als ‚Entwicklungshilfe' vergeben wird, bringt 75 Pfennige an Aufträgen für westdeutsche Firmen zurück . . .).

Auch für kirchliche Entwicklungshilfeorganisationen wird ein Frageraster entwickelt, welches eine Beurteilung der einzelnen kirchlichen Hilfsprojekte erleichtert.

Nach der Darstellung direkter und indirekter (neokolonialer) Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen werden im Schlußteil der Broschüre Möglichkeiten der Befreiung aus Unterentwicklung und Abhängigkeit aufgezeigt.
Geschildert wird – die Arbeit der Befreiungsbewegungen – eine Erörterung der ‚Gewaltproblematik' ist dabei unvermeidlich. Unterschieden wird in der Broschüre einerseits die Gewalt, die in ungerechten Gesellschaftsordnungen selbst angelegt ist (‚strukturelle Gewalt'), die unterdrückerische Gewalt der Herrschenden –, andererseits die reagierende Gewalt der Aufständischen, die ‚Gewalt von unten'.

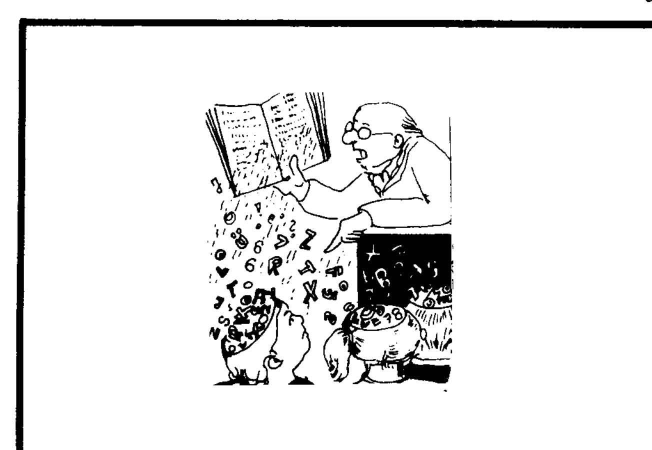
Ausführlich eingegangen wird auf das Erziehungswesen der FRELIMO (Befreiungsbewegung in Mosambique), ergeben sich doch für die Zielgruppe der Broschüre (Schüler) mögliche Analogieschlüsse bzw. Konsequenzen bezüglich des Schulsystems in der BRD.

Aufgezeigt werden Möglichkeiten, durch arbeitsintensive Technologien Arbeitsplätze zu schaffen.

Sämtliche Themenbereiche werden nicht trocken abgehandelt, sondem durch viele Fotos, Karikaturen, Schaubilder und Comics anschaulich gemacht. Das Bildmaterial der Broschüre wurde konstruktiv eingesetzt: Fotos, die unterernährte Kinder zeigen, stehen so z.B. neben Dokumentaraufnahmen großangelegter Lebensmittelvernichtungen, anhand des Bildmaterials lassen sich also (weitere) Widersprüche herausarbeiten – neue Fragen tun sich auf.

Selbstverständlich können in der 44-seitigen Broschüre (Hauptzielgruppe: Schüler ab 14 Jahren) nur einige Aspekte der Unterentwicklung angesprochen werden. Interessierte finden im Schlußteil Literaturhinweise, Tips für mögliche Aktionen, Adressenlisten und Hinweise auf Dritte-Welt-Zeitschriften.

uk



Vermittlung von Unterrichtseinheiten

Wir wenden uns an Lehrer (-innen) und Mitarbeiter in der kirchlichen oder gewerkschaftlichen Fortbildungsarbeit mit der Bitte, uns Unterrichtseinheiten über die Dritte Welt zu schicken: z.B. über Beziehungen der Industriestaaten zu den 3.-Welt-Ländern, über spezielle Sachthemen wie Gesundheitswesen, Landwirtschaft, natürlich über einzelne Länder, an deren exemplarischer Darstellung man wohl am besten die Dritte-Welt-Problematik veranschaulichen kann.

Ziel dieses Aufrufs ist, vereinzelt eingesetzte Unterrichtseinheiten zu sammeln und diese über ein konzentriertes Angebot einer größeren Zahl von Lehrern zugänglich zu machen.

Es geht uns nicht darum, ein weiteres Verzeichnis von Unterrichtsmaterialien den schon bestehenden hinzuzufügen, sondern durch Bereithalten bestimmter schon ausgearbeiteter Unterrichtsheinheiten gestreßten und zurückhaltenden Lehrer (-innen) Material für den direkten Einsatz im Unterricht zu vermitteln.

Es genügt auch schon, wenn Lehrer, die Unterrichtseinheiten zu bestimmten Themen ausgearbeitet haben oder solches ausgearbeitetes Material suchen, uns dies unter Angabe von Name und Adresse schreiben. Wir veröffentlichen solche Angebote oder Gesuche dann in den „blättern" fortlaufend als Kleinanzeigen.

Red.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg